

SEDUTA n. 6 del 23.03.1994

Presidenza del Presidente Franco Tretter

Ore 10.04

PRESIDENTE: Prego procedere all'appello nominale.

DENICOLO' (segretario): (fa l'appello nominale)

PRESIDENTE: Signori consiglieri la seduta è aperta.

Hanno giustificato la loro assenza i consiglieri Andreotti (al mattino), Durnwalder, Fedel, Klotz, Montefiori, Saurer e Zendron.

Sono inoltre assenti i cons. Frick e Munter.

Diamo lettura del processo verbale della precedente seduta.

DENICOLO' (segretario): (legge il processo verbale)

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni in merito al processo verbale? Nessuna, il processo verbale si intende approvato.

Comunicazioni:

In data 22 marzo 1994 il Consigliere Siegfried Messner ha dichiarato di appartenere al gruppo consiliare **S.V.P.**

Procediamo con il punto 1) dell'ordine del giorno: Elezione del Presidente della Giunta regionale.

Siamo in discussione generale sulle dichiarazioni programmatiche del Presidente designato Grandi.

Ha chiesto di intervenire il Vicepresidente Peterlini, ne ha facoltà.

PETERLINI: Danke, Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten gestern einen sehr staatspolitischen Tag, wenn man das so kurz zusammenfassen möchte, sodaß ich mir heute erlauben werde, in meiner Stellungnahme einige Probleme aufzuzeigen, die den Menschen und die kleinere Gemeinschaft betreffen.

wir haben in den letzten Jahrzehnten auch im Trentino glücklicherweise einen zunehmenden Wohlstand verzeichnen können, einen Wohlstand, der eigentlich in einem armen Berggebiet keine Selbstverständlichkeit darstellt und der es ermöglicht hat, nicht nur in der Stadt den arbeitenden Menschen, die sich auf einem gewissen Niveau befinden, sondern auch den Bergbewohnern eine gewisse soziale Sicherheit und auch vielleicht ein angenehmeres Leben zu beschern. Mit diesem Wohlstand einhergegangen ist leider Gottes keine Zunahme des individuellen Glückchseins des Menschen,

sondern ich würde fast wagen zu sagen, daß das glatte Gegenteil der Fall war. Wir haben - ich habe die Daten von Südtirol, aber Sie haben sicher auch entsprechende Daten aus dem Trentino vorliegen - auch eine negative Bilanz dieser Leistungsgesellschaft, die für Südtirol folgendermaßen aussieht: Wir haben im Jahr etwa 50 bis 90 Selbstmorde, das sind etwa 1 bis 2 in der Woche, wir haben eine konstante Zahl von Abtreibungen um etwa 500, das sind etwa 10 pro Woche, wir haben eine erschreckende Zunahme der Verkehrstoten, 90 bis 100 im Jahr, das sind 1 bis 2 in der Regel pro Woche und wir haben eine zunehmende Zahl an Drogentoten, die vor allem junge Menschen treffen.

Es ist natürlicherweise weder der Regionalrat noch die Politik insgesamt in der Lage, auf solch schwerwiegende Probleme einfach eine Rezeptantwort zu geben. Die gibt es nicht. Wohl aber wissen wir, daß Menschen, die das Glück haben, in einer glücklichen Familie aufzuwachsen, daraus Kraft für ihr ganzes Leben schöpfen. Wenn wir das wissen, dann müssen wir als politisch Verantwortliche davon ableiten, daß wir alles tun müssen, um diese Familie im Kern zu fördern und Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ihr erleichtern, ihrer Aufgabe in einer zunehmend schwierigeren Gesellschaft, in der wir leben, gerecht zu werden.

Damit bin ich beim zentralen Thema, das ich anschnneiden wollte, nämlich bei den Maßnahmen im Bereich der Sozialvorsorge, die Gegenstand unserer Aufmerksamkeit in der vergangenen Legislaturperiode waren und die die ersten wichtigen, großen Schritte zum besseren Schutz und zur Förderung der Familie darstellten. Ich habe mir für diese Legislaturperiode in diesem Bereich drei Punkte vorgemerkt, die mir wichtig erscheinen und die auf dem Art. 6 des Autonomiestatutes und den daraus folgenden Durchführungsbestimmungen aus dem Jahre 1978 mit der Nr. 58 beruhen. Wir haben einige Schritte gesetzt, um endlich nach vielen Jahren Verspätung die Zuständigkeiten im Bereich der Sozialvorsorge und Sozialversicherung auszuschöpfen.

Aus meiner Sicht ist es jetzt in dieser Legislaturperiode Zeit, das Gesamtprojekt anzugehen. Zu diesem Gesamtprojekt zähle ich als erstes, daß wir den Art. 6 in seiner vollen autonomiepolitischen Tragweite ausschöpfen. Ich darf zu diesem Zwecke die Durchführungsbestimmungen kurz ausleuchten, die uns die Möglichkeit dafür vorzeichnen. ...Kollege Benedikter, diese Diskussion müßte vertieft werden, so einfach wie Du sie darstellst, ist sie nicht ... Der Art. 1 sieht folgendes vor, ich darf zitieren: "In materie di protezione dei lavoratori sia dipendenti che autonomi, nei casi di infortunio, malattia, invalidità e vecchiaia, disoccupazione involontaria e maternità, la Regione nell'esercizio delle attribuzioni ha facoltà di integrare la legislazione dello Stato e di costituire appositi istituti autonomi o di agevolarne l'istituzione".

Wir haben vor drei Jahren - und Kollege Benedikter hat mich eben mit einem Zwischenruf daran erinnert - darüber diskutiert, ob wir die Institute errichten oder zunächst konkrete Inhalte schaffen sollen. Wir haben uns - und das war der Streitpunkt und darüber haben wir uns dann auch auseinandergesetzt - dafür entschieden, zunächst einmal Inhalte und nicht "leere Schachteln" zu schaffen, wie ich sie damals genannt habe. Aber jetzt haben wir Inhalte und es wird an der Zeit, daß wir diese Landesinstitute

vorsehen, weil diese Inhalte von den Ländern derzeit mit kleinen Ämtern verwaltet werden, die der Aufgabe in dieser Form nicht gerecht werden können. Es fließen dort Geldmittel für Hausfrauenrente, für Familiengelder hinein, regionale Geldmittel, die pünktlich kommen und verspätet ausgezahlt werden, weil sie über den Landeshaushalt revolviert werden und dort in den gesamten Topf einfließen. Es fließen dort private, von den Hausfrauen eingezahlte Gelder ein, die im Landeshaushalt überhaupt nichts zu suchen haben. Es braucht jetzt zur Ordnung der Materie Landesinstitute.

Ich gehe weiter zum Art. 2: "Agli istituti autonomi costituiti dalla Regione ai sensi del precedente articolo, con decreto del Presidente della Repubblica su proposta del Ministro cui spetta la vigilanza sull'ente od istituto interessato, su richiesta della Regione o in caso di decentramento generale di funzioni nel sistema previdenziale, possono essere attribuite anche funzioni esercitate dall'INPS, dall'INAIL e da altri enti o istituti operanti nel settore della previdenza e delle assicurazioni sociali., Zweiter Punkt also: Il ... su richiesta della Regione ... I', also ich glaube, daß es Zeit ist, daß wir unsere Autonomie in diesem Bereich ins Auge fassen, entsprechend den Möglichkeiten ausweiten und vom Staat diese Übertragung der Zuständigkeiten von INPS und INAIL und anderer Körperschaften im Versicherungswesen verlangen. Es wird vielleicht nicht auf Anhieb klappen. Aber das Ziel muß es doch sein, unseren Menschen eine gesicherte Altersvorsorge zu bieten.

Wir wissen alle, wie sehr der Staat Italien aufgrund seiner Wahlgeschenke, aufgrund der 40 Jahre langen Ausbeutung in der Verwaltung, das Rentenwesen zugrunde gerichtet hat und wie wir heute dastehen: mit Auflagen für die ärmsten Teile der Bevölkerung, mit Erschwernissen bei der Rente, mit Hinaufsetzung des Alters, mit Verlängerung der Beitragsjahre, Maßnahmen, die sicherlich notwendig waren, um das System vor dem Zusammenbruch zu retten, Maßnahmen, die aber keine Aussicht auf eine endgültige Lösung bringen. Ich bin der Meinung, daß wir autonomiepolitisch neben Straßen, Schulen und allen wichtigen Bereichen aufgefordert werden müssen, endlich die Übernahme der Altersversorgung und der Sozialversicherung insgesamt zu fordern, zumal wir die rechtlichen Möglichkeiten dazu haben. Diese Durchführungsbestimmungen sind nicht rein theoretisch geblieben - ich verlese Ihnen jetzt nicht alle Passagen - sondern regeln im Detail sogar die Möglichkeit und die Garantiesicherheiten für den Übergang des Personals, das die Möglichkeit haben muß zu wählen, sodaß seine Rechte gewährleistet werden müssen und dergleichen mehr. Ich ersuche den Ausschuß, diesen Punkt auch tatsächlich aufzugreifen und ich möchte dem designierten Präsidenten Grandi recht herzlich dazu gratulieren, daß er auch den Mut gehabt hat, das in seinen Erklärungen und in unserem gemeinsamen Regierungsprogramm mit vorzusehen. Also Schaffung der Landesinstitute und Übernahme der Aufgaben von INPS und INAIL.

Zweiter Punkt: Ich habe vorhin kurz an die familienpolitischen Maßnahmen erinnert, die wir gesetzt haben. Sie waren sehr umstritten, sie sind in eine unglückliche Periode hineingefallen. Wir standen damals vor Wahlen, man hat gemeint, der Mehrheit vorhalten zu müssen, daß das alles gemacht wird, um die Wahlen irgendwie zu unseren Gunsten zu beeinflussen. Das war nicht der Fall, weil die

Diskussion viele Jahre vorher in den Organisationen KVW, Familienverband, in den Gewerkschaften usw. entstanden und zufällig dort angereift ist und dann sind Maßnahmen herausgekommen, aufgrund der umstrittenen Lage und der Schwierigkeiten im Regionalrat, die sehr kompliziert sind und die vereinfacht werden müssen, um sie den Hausfrauen zugänglicher zu machen und auch um sie in ihrer sozialen Ausrichtung noch feiner abzustimmen. Also eine feinere soziale Abstimmung dieser Maßnahmen wird verlangt, eine Vereinfachung der Materie und eine Zusammenfassung der Bestimmungen. Wir haben drei Familienpakete und ich stelle mir z.B. vor - beim ersten Familienpaket sind 5 Maßnahmen vorgesehen: Betreuungsgeld, Geburtzulage, Familiengeld, Krankenhausversicherung und Versicherung für Haushaltsunfälle -, daß wir für die Hausfrauen einen einzigen Versicherungsschutz machen, mit dem sie ein Mal beitreten können und nicht sechs Gesuche stellen müssen, wie es derzeit der Fall ist, das sechste ist nämlich für den Beitritt zum Hausfrauenalbum. Das ist für eine einfache Hausfrau eine fast zu komplizierte Prozedur. Also daß man den Versicherungsschutzbrief für die Hausfrauen vorsieht und alle diese Maßnahmen mit einfaßt und auch ausbaut. Wir haben gesehen, daß sie gar nicht so schwierig sind. Ich habe auch dafür gekämpft, daß man bei der ersten Anwendung das Geld vorsichtig ausgibt, weil man ansonsten möglicherweise später schwer tut, zurückzugehen, wenn man das Geld nicht mehr zur Verfügung hat. wir haben gesehen, daß die Möglichkeit finanziell gegeben ist, daß wir sie gar nicht ganz ausgeschöpft haben. Also können wir auch den Mut haben, sie weiter auszubauen, um die Hausfrau, vor allem diejenige mit vielen Kindern, stärker zu fördern und das Familiengeld und die Betreuungszulage aufstocken.

Dritter Punkt: Neben INPS und INAIL Ausbau der familienpolitischen Maßnahmen zur Altersvorsorge. Erst neulich ist vom World Economics Forum in Davos, das Ende Jänner getagt hat, ein Bericht veröffentlicht worden, in dem nachgewiesen wird, daß alle Pensionssysteme Europas sehr schwer in Krise stecken und unser italienisches System ganz besonders. Das aus einem zweifachem Grund. Die Bevölkerungspyramide steht sozusagen auf dem Kopf, ein immer kleinerer Anteil von jungen arbeitenden Menschen muß einen immer größeren Anteil von alten Menschen erhalten, so wie das System aufgebaut ist, aufgrund der Lebensverlängerung und aufgrund der schwindenden Geburtenrate. übrigens hat Italien - das sei nur am Rande vermerkt - von allen europäischen Staaten mit 1,3 die niedrigste Geburtenrate, während die höchste Geburtenrate in den EU-Ländern Irland mit 2,11 hat. Italien ist niedriger als die Bundesrepublik Deutschland mit 1,6, bei Italien sind es genau 1,3. Da haben wir auch einen Negativrekord an Kindern vorzuweisen. Diese umgekehrte Pyramide hat dazu geführt, daß fortschrittliche europäische Länder längst erkannt haben, daß das Solidaritätsprinzip, daß nämlich die jungen arbeitenden Menschen die alten erhalten, nur mehr zum Teil ausreicht, um eine gesicherte Rente zu zahlen.

Das hat dazu geführt, daß man neben diesem Rentensystem eine zweite Schiene aufgebaut hat und diese zweite Schiene heißt: integrierende Vorsorge oder Zusatzrente, die auf einem anderen Prinzip beruht. Man spart in jungen Jahren und nach dem Kapitalisierungsprinzip bekommt man dann eine Zusatzrente im Alter ausbezahlt. Und

es braucht nachweislich - und dieser Bericht von Davos hat es bestätigt - beide Schienen, um den Menschen im Alter eine gesicherte Zukunft garantieren zu können. Wir sind auch diesmal in Europa die letzten und im Staate diskutiert man recht zögernd darüber und mit immer so starken gesetzlichen Auflagen, daß dieses System der "previdenza integrativall, um den terminus technicus zu verwenden, diese lintergrierende Sozialvorsorgell dann nicht mehr so attraktiv ist. Wir haben ergänzende Zuständigkeit und ich glaube, daß es die Chance ist, so wie wir es bei den Hausfrauen gemacht haben, auch hier Pionierarbeit und Vorleistungen zu erbringen, die mustergültig sind und dann Nachahmungseffekte auch für den gesamten Staat auslösen können. Das ist ein Bereich, der der Region eigentlich im Prinzip gar nichts kostet, weil das Prinzip ja das ist, daß der Mensch für sich selber diese Rente aufbaut. Es geht mehr darum, eine Organisation zur Verfügung zu stellen und das gesamte Modell auch zu propagieren und Einstiegsmöglichkeiten zu schaffen. Im Prinzip zahlt dann jeder seine Zusatzrente selber, man kann es bei Betriebsverhandlungen mit einhandeln und anstatt ein Zuckerbrot zur Pause eben gewisse Leistungen für diese Zusatzrente geben. Jeder Bürger schafft sozusagen sein zusätzliches Paket im Laufe seines Lebens. Aber natürlicherweise kann das nur geschaffen werden, wenn man rechtzeitig dafür wirbt, wenn man die jungen Leute dazu anhaltet und wenn man auch ein gesichertes System vorlegt und da bin ich jetzt beim einschlägigen Punkt.

Ein gesichertes System: Es gibt ja nämlich schon die Privatversicherungen, die so etwas anbieten. Aber Privatversicherungen sind halt Privatversicherungen, die in der Garantie für lange Zeiträume auch gewisse Fragezeichen offen lassen. Deswegen besteht die Idee darin, zusammen mit den privaten Trägern streng nach privatwirtschaftlichen Kriterien - ansonsten würde sich niemand diesem Fonds anvertrauen - einen gemeinsamen Fonds zu schaffen und anzubieten, also eine kleine Organisationsstruktur als Start zur Verfügung zu stellen und dann mustergültig ein System auszuarbeiten, das man dem Bürger anbieten kann, damit er zu dieser Zusatzrente kommt. Dann kann man noch zur Lösung der sozialen Frage mit diesem System jenen Kategorien, die es sonst nicht schaffen würden, die im Alter dann uns, dem Steuerzahler, zur Last fallen würden, weil sie sonst kein Einkommen hätten, zumindest diese Zusatzrente zusichern, beispielsweise den Hausfrauen, beispielsweise behinderten oder kranken Menschen und man könnte ihnen je nach Bedürftigkeit helfen, die Rate zu zahlen. Das System sollte intakt bleiben und betriebswirtschaftlich geführt werden.

Das sind die drei Punkte, die ich mir vorgenommen habe, besonders zu unterstreichen. Sie sind im Regierungsprogramm vorgesehen und damit geht es eigentlich mehr darum, auch die Notwendigkeit davon zu unterstreichen.

Erlauben Sie mir, Herr Präsident - wenn ich noch einige Minuten Zeit habe - in aller Kürze kleinere Probleme anzufügen, die mir am Herzen liegen. Einmal ist es die Situation des Personals, der Zweisprachigkeit und des Proporz. Wir hinken in der Region immer hinten nach. Das ist ein altes Übel. Der Grund liegt wohl darin, daß der Sitz in Trient ist und daß man sich jetzt vorgenommen hat, die Sitze ein bißchen aufzuteilen und auf die beiden Provinzen gerecht zu verteilen. Das finde ich einen

wesentlichen Fortschritt. Trotzdem wird ein gewisser Schwerpunkt immer in Trient bleiben und es wird immer Sondermaßnahmen brauchen, um auch deutsches Personal aus Südtirol anzuregen, nach Trient zu gehen. Die öffentlichen Wettbewerbe werden bei uns nicht gebührend wahrgenommen, weil Trient entfernt ist, weil man in Südtirol vor der Haustür bereits Arbeit findet, in der Landesverwaltung, im öffentlichen Dienst und Südtirol glücklicherweise bis dato noch einen guten Arbeitsmarkt bietet. Also müssen wir besondere leichtere Einstiegsmöglichkeiten bieten. Diese besonderen leichteren Einstiegsmöglichkeiten waren bisher der Art. 17 und der Art. 26 der Personaldienstordnung.

Die Gewerkschaften hören das nicht gerne, aber ich sage es trotzdem, weil mir das gesamtpolitische Ziel am Herzen liegt. Der Art. 17 sieht die Aufnahmemöglichkeit von Personal in provisorischer Form vor und der Art. 26 in Form von Vertretungen auf Zeit. Das waren die beiden einzigen Kanäle, über die auch Südtiroler - weil es schnell und formlos geht - mit in den Regionaldienst aufgenommen wurden. Wir haben ca. knapp 25 Prozent - meine Daten sind nicht aktuell, vielleicht könnte man sie einmal überprüfen - an deutschsprachigem Personal in der Region, Grundbücher mit eingeschlossen, und zustehen würden uns 34 Prozent, also hätten wir schon noch einiges aufzuholen.

Deswegen ist mein Ersuchen an den Präsidenten Grandi, diese agilen Instrumente beizubehalten, und zwar gerne mit dem Zusatz nach Prüfung der Leistung, das soll ohne weiteres bleiben oder ausgebaut werden, indem man ein kleines Aufnahmeprüfungsverfahren vorsieht. Nur über diese beiden Instrumente war es möglich, Südtiroler zu gewinnen, die auch nach Trient gegangen sind und hier Dienst leisten, teilweise heute noch aufgrund der Art. 17 und 26, sodaß es auch richtig und notwendig wäre, mit einer gesetzlichen Maßnahme sie nach vielen Jahren und nach Prüfung der Eignung und der Leistung -wenn sie fähig waren und getaugt haben - auch jetzt endgültig in den Stellenplan mit einzubauen.

Das nächste Problem, das ich kurz andeuten möchte, betrifft die Sprachminderheiten und das ist für mich sehr wichtig, weil im Bereich des Schutzes der Sprachminderheiten, des Schutzes auch der kleinen Minderheiten der deutschen Volksgruppe im Fersental und in Lusern und der Ladinier im Trentino eigentlich noch der letzte Rest an Begründung für die Region liegt. Diese Solidarität müssen wir als Südtiroler, als stärker gesicherte Sprachgruppe, gegenüber jenen erbringen, die - obwohl sie das gleiche Statut haben und in der gleichen Region leben - vergessen, vernachlässigt und im wesentlichen schutzlos sind. Wir haben in der letzten Legislaturperiode einen Anlauf genommen, der dann nicht mehr zum Tragen gekommen ist, wir haben Maßnahmen zur Änderung des Autonomiestatutes in Form eines Begehrensgesetzes vorgelegt, der die Förderung der ladinischen und deutschsprachigen Minderheiten im Trentino vorsieht und die statutarischen Garantieklauseln aus Südtirol auch für diese Minderheiten im Trentino ausbaut. Ich habe mir erlaubt, mit meinen Kollegen diesen Gesetzentwurf neu einzubringen, der den Schutz der Sprache, des Unterrichts in der Schule - deutsch und ladinisch Übrigens - und in den entsprechenden Gemeinden vorsieht, sowie eine Vertretung der deutschen und ladinischen Bevölkerung auch im

Regionalrat gewährleisten und die Finanzierung der kulturellen Tätigkeit sichern soll. Darüberhinaus geht es aber auch um wirtschaftliche Maßnahmen. Ich möchte da an die Vertreter der Provinz Trient appellieren. Im Fersental ist eine riesige Abwanderung von jungen Leuten zu vermerken, die dort keine Beschäftigung finden und wenn sie abwandern, dann werden sie auch bald ihre besondere Integrität verlieren und aufgeben. Deswegen würde ich bitten, daß man mit einer großen Sensibilität diese Probleme prüft.

Ich hatte kürzlich Gelegenheit kurz vor den Regionalwahlen in Friaul-Julisch Venetien, in Triest, zu sein und dort in der Region zu reden. Da haben auch die Vertreter der dortigen Parteien kurz vor den Wahlen geredet und u.a. hat sich der Vertreter der Slovenska Skupnost darüber beklagt, daß er aus dem Regionalrat aufgrund des neuen Wahlsystems verschwinden wird, was dann auch erfolgt ist. Ich habe damals auch noch an die Vernunft der anderen Parteien appelliert, es war allerdings schon zu spät, weil das Wahlgesetz schon gemacht war und ich habe gesagt: Paßt auf was ihr macht. Wenn ihr eure slowenische Minderheit zum Verschwinden bringt, dann verliert ihr eigentlich den Aufhänger und das Recht, das euch zum Sonderstatus geführt hat. Weil mit welchem Recht ist Veneto, das ja auch für sich behauptet, ein venezianisches Volk zu sein, von diesem Sonderstatus ausgeschlossen und die Nachbarprovinz Friaul-Julisch Venetien genießt ihn? Eben mit dem Recht, daß dort sprachliche Minderheiten leben. Im Interesse des Trentino liegt es, um die Parallele zu ziehen ' diese Minderheiten

besonders zu fördern und herauszustreichen, weil das ist der Aufhänger, um auch im Trentino die Autonomie und den besonderen Rechtsstatus zu gewährleisten. Auch da hat Präsident Grandi - das möchte ich lobend hervorheben - bereits die Grundlagen für eine neue Politik in diesem Bereich gegossen und ich möchte ihm dazu gratulieren und ermutigen, alles zu tun, um diesen Punkt auch in die Tat umzusetzen.

Ich habe noch 7 Minuten Zeit und ich möchte nicht abschließen, ohne staatspolitisch etwas auszugreifen, um auch meinen Gedanken zur Zukunft der Region und zur Zukunft unserer eigenen Menschen aufzuzeigen. Die Region steht vor folgender Alternative: Immer sinnloser zu werden und da muß man sie abschaffen oder dazu beitragen, ein neues Zukunftskonzept zu entfalten. Ich habe gesagt, daß ich es aus Solidarität mit den Minderheiten im Trentino nicht verantworten könnte, daß dieser letzte Rest von Zusammenkunft zwischen den beiden Provinzteilen der Region aufgehoben werden soll. Die Region tut uns nicht mehr weh, wie sie uns 1957 weh getan hat. Sie hat einen sehr beschränkten Aktionsraum und kann als Forum der Begegnung auch wertvoll sein. Kollege Pahl hat auch darüber sehr ausführlich den Standpunkt der Südtiroler Volkspartei dargelegt. Aber wenn sie nur mehr ein paar Sachbereiche in der Regierung verwaltet, die immer mehr an die beiden Provinzen abgegeben werden, dann stellt sich wirklich die Frage nach dem Sinn. Es ist also diese Alternative, sich selbst die Frage zu stellen, oder über sich hinauszuwachsen und ein neues. Zukunftsbild zu entwerfen. Im Rahmen dieses neuen Zukunftsbildes ist das Stichwort Europaregion Tirol gefallen. Europaregion, ein Thema, das auch im Trentino neu diskutiert wird. Ich bin glücklich darüber. Im Trentino haben immer geschichtlich drei Seelen gelebt, die alte Habsburgerische Seele, die Trentiner-Tiroler Seele und die irredentistische Seele. So

wird es wohl auch heute noch sein. Aber gleichzeitig hat das Trentino auch die Alternative zu entscheiden, zu einem Anhängsel einer Großregion - weil zu Großregionen wird es sicherlich kommen, da haben von Club of Rome bis zur Agnelli-Stiftung alle darauf hingewiesen - zu werden und ein unbedeutender Winkel Italiens zu sein oder aufzurücken mit Südtirol zu einer mitteleuropäischen grenzüberschreitenden modernen Region. Das ist die große Alternative. Da glaube ich, ist die Diskussion im Trentino sehr angeregt und ich freue mich sehr darüber, weil wir doch auch - das hat uns die Geschichte gezeigt - ein gemeinsames Schicksal hatten und einen tausend Jahre langen gemeinsamen Weg in dieser Geschichte gegangen sind, mit allen Landesteilen zusammen. Eine Geschichte, die viel älter ist als das Los von Trient von 1957. Das ist die Alternative und die Trentiner müssen es selbst ausdiskutieren. Für Südtirol ist es ein ziemlich klares Zukunftsbild.

Nun sagt Kollege Benedikter - mit einem guten Recht auf seiner Seite -: "Ja, aber schaut euch die Paragraphen an. Die Paragraphen geben ja eigentlich wenig her. Der Maastrichter Vertrag, die verfassungsrechtliche Lage, die Europäische Union, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, das ist alles sehr mager." Und ich muß sagen, da hat er in dieser Beurteilung der rechtlichen Instrumente nicht ganz Unrecht. Was bewegt uns dann aber trotzdem, zu diesem Thema zu arbeiten? Es bewegt uns dazu, in der Politik nicht die Paragraphen die Zukunft bestimmen zu lassen, sondern Zukunftsbilder zu schaffen, für diese Zukunftsbilder zu arbeiten, zu kämpfen und dann die Paragraphen auszuarbeiten. Das ist eine Lebensaufgabe der Politik. Wir müssen darüber diskutieren, welche Richtung wir gehen sollen, wie unser Zukunftsmodell ausschauen soll, was wir gemeinsam mit dem Trentino und dem Nordtirol gestalten wollen, welche Fragen da zur Diskussion kommen sollen. Wir müssen uns fragen, ob das ein Zukunftsbild überhaupt ist. Und wenn wir uns dafür entscheiden, dann müssen wir dafür arbeiten und das fängt damit an, daß wir das Modell zur Diskussion stellen, daß wir mit den jungen Leuten darüber reden, schauen, ob die jungen Leute überhaupt mitziehen mit einer solchen Zukunftsvision und welchen Standort wir uns dann in Europa, mit Paragraphen, die zu schaffen sind, erkämpfen. Das ist die Umkehrung des Prinzips, das verlangt die Politik. Ich kann nicht sagen, Kollege Benedikter, die Paragraphen erlauben uns das nicht, weil die Paragraphen erlauben uns auch nicht, über unsere Grenzen und über Europa hinauszudenken. ...ja, die sind jetzt geschaffen worden und müssen jetzt überarbeitet werden.

Ich getraue mich - ich bin sehr jung in die Politik gekommen, wie auch Kollege Benedikter - auch heute noch Meinungen zu äußern, die vielleicht im Moment noch nicht realisierbar sind, aber einige Instrumente sind zur Verfügung, das sollte man nicht wegleugnen, einige andere fehlen noch. Aber man muß den Mut haben, Zukunftsbilder zu sehen. Ich kann doch nicht den Leuten vormachen, daß

Der Zweck der Politik ist aus meiner Sicht das Leben der Menschen möglichst zu sichern, die Zukunft zu sichern und den Menschen einen Entfaltungsrahmen auf einer gewissen Grundlage zu bieten und diese Grundlage sind die Werte, die ich nicht ungenannt lassen möchte, nämlich kein Zweck der Macht wegen, sondern um Dienst am

Menschen zu bieten, um dem Menschen seine Würde zu wahren, um den Lebensraum und die Natur zu achten und die Familie als kleinste Lebensgemeinschaft zu fördern.

In diesem Sinne möchte ich auch meinen Debattebeitrag heute abschließen mit einem Appell, mehr über diesen Zweck der Politik nachzudenken und an diese Werte zu glauben. Ich danke Ihnen, Herr Präsident, für diese zwei Minuten, die Sie mir darüberhinaus gegeben haben.

(Grazie signor Presidente! Illustri colleghi e colleghe! Ieri *abbiamo avuto* una giornata ricca di discussioni sulla forma politica dello Stato e della Regione, e pertanto oggi mi limiterò ad illustrare alcuni problemi che toccano più da vicino l'uomo e la sua comunità.

In questi ultimi decenni si è potuto registrare, anche in Trentino, un benessere che per le zone montane in cui viviamo è una cosa tutt'altro che scontata e che ha permesso di assicurare una certa sicurezza sociale e forse una vita più accettabile non solo alla popolazione urbana, ma anche a quella montana. Questo benessere purtroppo non sempre è stato accompagnato da un aumento della felicità personale del singolo, anzi oserei dire che è avvenuto proprio il contrario. Abbiamo un bilancio negativo - ed ho qui i dati dell'Alto Adige, non quelli del Trentino - di ciò che ha prodotto questa società così competitiva in Alto Adige: dai 50 ai 90 suicidi l'anno, ovvero 1 - 2 la settimana, poi circa 500 aborti l'anno, ovvero 10 alla settimana ed inoltre dai 90 ai 100 morti l'anno in incidenti stradali, ovvero 1 - 2 alla settimana, a cui si devono aggiungere i morti per droga in costante aumento, specialmente tra i giovani.

Naturalmente né il Consiglio regionale, né la politica è in grado di trovare una risposta definitiva a questi problemi. Non esiste una formula che li risolva. ma sappiamo che persone che hanno la fortuna di crescere in una famiglia felice, poi ne traggono beneficio per tutta la vita. Se partiamo da questo presupposto, allora noi politici dovremmo veramente fare il possibile per favorire la famiglia, creando le condizioni quadro necessarie per far sì che essa possa assolvere al meglio alla sua funzione in questa società sempre più difficile.

E con questo giungo al tema principale del mio intervento, ovvero ai provvedimenti da adottarsi in ambito previdenziale, che sono stati anche oggetto di un attento esame del Consiglio nella scorsa legislatura e che rappresentano un primo concreto passo per tutelare e favorire la famiglia. in questa legislatura io avrei in programma tre punti da realizzare che mi sembrano molto importanti e che traggono origine dall'art. 6 dello Statuto di autonomia e conseguenti norme di attuazione del 1978 n. 58. Abbiamo posto le basi per poter finalmente, dopo molti anni di ritardo, esercitare appieno le nostre competenze in materia di *previdenza e assicurazioni sociali*.

A mio avviso *nel corso di questa legislatura* dovremmo affrontare il progetto *globale*. *E nell'ambito di questo progetto considero prioritaria l'applicazione dell'art. 6 in tutta la sua portata politica e autonomistica. A questo proposito vorrei brevemente ricordare le relative norme di attuazione che prevedono tale possibilità ... collega Benedikter, questa discussione dovrebbe venire approfondita; non è così semplice come tu pensi ... L'art. 1 recita: Un materie di protezione dei lavoratori sia*

dipendenti che autonomi, nei casi di infortunio, malattia, invalidità e *vecchiaia, disoccupazione involontaria* e maternità, la Regione nell'esercizio *delle attribuzioni* ha facoltà di integrare la legislazione dello Stato e *di costituire appositi istituti autonomi o di agevolarne l'istituzione*".

Tre anni fa - e il collega Benedikter me lo ha ricordato pocanzi - abbiamo discusso se istituire degli istituti autonomi o creare prima dei contenuti concreti. Il punto centrale sul *quale ci siamo scontrati* era se fosse *necessario creare* prima dei presupposti concreti o solo *delle "scatole vuote"*, come allora furono chiamate. ma ora questi presupposti ci sono e *quindi* ora potremmo concretamente *istituire questi due* istituti provinciali, visto *che le attribuzioni vengono attualmente amministrate* dalle Province con piccoli uffici che non sono all'*altezza del compito*. In tali uffici confluiscono *attualmente le contribuzioni* Per la pensione alle casalinghe, per gli assegni al nucleo familiare *nonché i contributi* regionali che arrivano *regolarmente e vengono deviati nel* bilancio provinciale e da lì in un fondo unico. In tale fondo confluiscono le contribuzioni *delle casalinghe che di per sè non hanno nulla a che fare* con il bilancio provinciale. E' *quindi necessario un po'* di ordine nel settore degli istituti provinciali.

E passo all'art. 2: *iv* Agli istituti autonomi costituiti dalla Regione ai sensi *del precedente articolo*, con decreto del *Presidente della Repubblica su proposta del Ministro cui spetta la vigilanza sull'ente od istituto interessato, su richiesta della Regione o in caso di decentramento generale di funzioni nel sistema previdenziale, possono essere attribuite anche funzioni esercitate dall'INPS, dall'INAIL e da altri enti o istituti operanti nel settore della previdenza e delle assicurazioni sociali*.¹¹ Il secondo punto *dunque è: Il ... su richiesta della Regione...* ¹¹; ritengo quindi che sia giunto il momento di esercitare appieno *la nostra autonomia* in questo settore, conformemente alle possibilità esistenti, chiedendo il *trasferimento delle competenze dell'INPS e INAIL e degli altri istituti assicurativi. Forse non riusciremo ad centrare questo obiettivo al primo colpo. Ma deve comunque essere nostro compito poter offrire alla nostra popolazione una sicura garanzia per la vecchiaia.*

Noi tutti sappiamo in *che* situazione si trova il *settore previdenziale in Italia, dopo 40 anni di malgoverno e di inoculata amministrazione: contribuzioni elevate anche per i ceti meno abbienti, difficoltà nell'erogazione della pensione, innalzamento del limite pensionabile, prolungamento degli anni di contribuzione; tutti i provvedimenti che si sono resi necessari per salvare il sistema dal collasso, ma che alla lunga non risolvono definitivamente i problemi in cui versa il settore. Io sono dell'avviso che accanto a strade, scuole e a tutti gli altri servizi, noi dobbiamo finalmente chiedere* ¹¹ *trasferimento del settore previdenziale e assicurativo, visto che esistono oltretutto anche le prerogative giuridiche. Queste norme di attuazione non sono pura teoria - ed ora non mi dilungo a leggere tutti i passaggi relativi -, ma prevedono in dettaglio addirittura la possibilità e le relative garanzie per il trasferimento del personale, che deve avere la possibilità di scegliere e di vedere riconosciuti i suoi diritti. Io invito pertanto la Giunta regionale a voler affrontare seriamente questo punto e vorrei congratularmi sinceramente con il Presidente designato Dott. Grandi per il coraggio dimostrato nel* 1 1

inserirne anche questo punto nelle sue dichiarazioni programmatiche. Pertanto l'impegno rimane quello di prevedere la creazione di due istituti provinciali autonomi a cui trasferire le funzioni dell'INPS e dell'INAIL.

Secondo punto: Prima ho brevemente ricordato i provvedimenti relativi al settore della famiglia che sono stati posti in essere nella scorsa legislatura. Sono stati provvedimenti molto discussi che sono stati approvati in un momento molto delicato. Allora ci trovavamo infatti poco prima delle elezioni e la maggioranza fu accusata di voler far approvare dei provvedimenti che potevano in qualche modo influenzare le elezioni a favore della maggioranza. Ma questo non era l'intento, in quanto la discussione era stata avviata già parecchi anni prima, era maturata nelle organizzazioni come il KVW (ACLI tedesca), associazioni delle famiglie, sindacati ecc. e non occasionalmente, ma dando luogo a suggerimenti e proposte che sono state molto discusse in Consiglio regionale, per la situazione difficile e le difficoltà emerse, e che poi in concreto sono state semplificate, per ~ renderle più accessibili alle casalinghe e per evidenziarne la portata sociale. L'orientamento emerso in ultima analisi dovrebbe dunque essere quello di cogliere maggiormente le istanze sociali, di semplificare la materia e di omogeneizzare le norme. Abbiamo al momento tre Pacchetti Famiglia - nel primo sono previsti 5 provvedimenti: l'assegno di cura, l'assegno di natalità, l'indennità per la degenza ospedaliera, l'indennizzo per infortuni domestici e il contributo sui versamenti volontari -; io riterrò opportuno prevedere un'unica tutela per le donne casalinghe, in modo che possano presentare un'unica domanda e non 6, come attualmente avviene, se includiamo anche la domanda di iscrizione all'albo delle casalinghe. Mi sembra sinceramente una procedura troppo complessa per una casalinga. Si dovrebbe quindi prevedere una polizza per le casalinghe che preveda ed promuova tutti questi provvedimenti. Abbiamo già verificato che non dovrebbe essere una cosa tanto difficile. Io mi sono anche battuto affinché in prima applicazione le risorse venissero calcolate prudentemente, poiché dopo è sempre difficile tornare indietro, se non si hanno risorse finanziarie a sufficienza. Abbiamo poi visto che le possibilità finanziarie c'erano e che non sono state nemmeno utilizzate appieno. Pertanto potremmo anche avere il coraggio di sostenere ulteriormente questi provvedimenti a favore della casalinga, soprattutto di quella con un prole numerosa, aumentando l'assegno al nucleo e l'assegno di cura.

Terzo punto: Accanto all'INPS e all'INAIL vanno ampliati i provvedimenti nell'ambito della politica familiare per le pensioni di vecchiaia. Recentemente il World Economics Forum riunitosi a fine gennaio a Davos ha *pubblicato una* relazione nella quale si affermava che tutti i sistemi pensionistici europei si trovano in una grande crisi e particolarmente il nostro sistema italiano. E questo per *due* motivi: la piramide demografica è per così dire capovolta, ovvero un numero sempre minore di forza lavoro giovane deve sostenere un numero sempre maggiore di persone anziane, e questo per un duplice motivo: una maggiore aspettativa di vita ed un tasso di natalità in costante diminuzione. Infatti l'Italia - e questo va detto per inciso - con 11 1,39j ha il tasso di natalità più basso di tutti i paesi europei, mentre il più alto è in Irlanda con un tasso del 2,11t. L'Italia, con 111,3-t quindi ha un tasso inferiore della Germania (1,65-). *Abbiamo* dunque questo record negativo. E questa piramide capovolta

ha fatto da tempo riconoscere agli altri paesi europei più progrediti che il principio di solidarietà, in base al quale i giovani mantengono gli anziani, non è più sufficiente per garantire una sicura pensione.

Questo ha fatto sì che accanto a questo sistema pensionistico dovesse venire creato un secondo binario che è appunto quello della previdenza integrativa che si basa su un altro principio: ovvero se si risparmia in gioventù, in base al principio della capitalizzazione poi nella vecchiaia si riceve una pensione integrativa. Ed è stato dimostrato che sono necessari ambedue i binari - e questo è confermato anche dalla relazione di Davos - per poter garantire ai lavoratori una sicurezza nella vecchiaia. Anche in questo siamo gli ultimi in Europa; a livello nazionale ci si muove con molta cautela e con così complesse proposte legislative che poi la previdenza integrativa perde ogni sua attrattiva. Noi *abbiamo* la competenza integrativa ed io credo che sia nostro compito fare del lavoro da pionieri, ponendoci come precursori in questo settore, in modo da stimolare poi anche a livello nazionale delle iniziative concrete. Questo è un settore che sostanzialmente non costa nulla alla Regione, in quanto è lo stesso contribuente a crearsi una sua pensione. Si tratta più che altro di mettere a disposizione le strutture organizzative, *pubblicizzando anche* le varie possibilità e prospettive. Ma praticamente ognuno si finanzia da solo la pensione integrativa. Una cosa che si potrebbe fare invece è prevederla nel corso delle trattative contrattuali offrendo dei servizi concreti. ogni cittadino poi si costruisce nel corso della sua vita lavorativa la pensione integrativa che *desidera*. Ma naturalmente questo lo si può solo fare, se ci si attiva per tempo, se si contattano le persone giovani, se si offre un sistema sicuro. Ed a questo punto sono arrivato al tema centrale del mio intervento.

Un sistema sicuro: ci sono già le assicurazioni private che offrono un servizio di questo tipo. Ma le assicurazioni private sono per l'appunto assicurazioni private, che a lungo termine non possono dare garanzie di sicurezza. Per questo l'idea *sarebbe quella* di organizzarsi insieme ai rappresentanti privati secondo criteri di libera economia di mercato - altrimenti nessuno si fiderebbe del fondo -, al fine di creare un fondo comune ed offrire una struttura organizzativa di partenza e poi elaborare un sistema modello da offrire al cittadino come pensione integrativa. Per risolvere la questione sociale poi si potrebbe forse venire incontro anche alle categorie più deboli, come le casalinghe, gli handicappati o i malati, che non ce la fanno ad arrivare ad una pensione e quindi poi gravano sul contribuente, aiutandoli a pagare la contribuzione integrativa. Il sistema dovrebbe essere snellito e gestito possibilmente in modo manageriale.

Questi sono i tre punti che volevo sottolineare in modo particolare. £ss! sono inseriti nel programma di coalizione, ma mi premeva sottolinearne la valenza sociale.

Avendo ancora qualche minuto a disposizione, mi permetta, signor Presidente, di far presente ancora alcuni piccoli problemi, che però mi stanno particolarmente a cuore. In primo luogo la situazione del personale, del bilinguismo e della proporzionale. La situazione in Regione è ben nota, poiché si tratta di un problema vecchio. La ragione forse va ricercata nel fatto che la sede della Regione si trova a Trento, anche se ci si è impegnati a suddividere equamente gli uffici tra le due province

di Bolzano e Trento. Pur rimanendo l'attività principale a Trento, questo mi sembra un notevole progresso. Inoltre saranno comunque necessari incentivi di vario tipo, per convincere il personale di lingua tedesca dell'Alto Adige ad andare a lavorare a Trento. Non ci sono mai molti candidati quando la Regione bandisce concorsi Pubblici, proprio perché Trento è lontana e perché normalmente si può trovare abbastanza facilmente lavoro in Alto Adige, nell'amministrazione pubblica o statale, anche perché l'Alto Adige dal punto di vista della disoccupazione è ancora un'isola felice. Pertanto dobbiamo offrire delle facilità nelle modalità di assunzione. Queste possibilità sin ad oggi erano rappresentate dall'art. 17 e 26 dell'ordinamento del personale.

I sindacati non sentono volentieri questi discorsi, ma io lo ribadisco perché l'obiettivo politico di fondo mi sta particolarmente a cuore. L'art. 17 prevede la possibilità di assunzione di personale in forma provvisoria e l'art. 26 in forma di sostituzione. Questi sinora erano gli unici due canali, attraverso i quali i sudtirolesi potevano essere assunti velocemente nell'amministrazione regionale, prescindendo dalla forma. Attualmente in base ai dati in mio possesso, che forse potrebbero essere cambiati, il gruppo linguistico tedesco occupa il 25% dei posti in Regione, incluso il Libro Fondiario, mentre gli spetterebbe il 34%. Abbiamo quindi ancora molto da recuperare.

Per questo invito il Presidente Grandi a voler mantenere in vita tali strumenti che facilitano l'assunzione di personale tedesco, forse introducendo anche una verifica delle prestazioni o prevedendo un esame di assunzione. Tramite questi due strumenti, attraverso l'art. 17 e l'art. 26, è stato infatti possibile attirare parecchi sudtirolesi a Trento che ora svolgono qui il loro servizio. Pertanto ritengo sia utile e necessario che ora venga approntata una norma legislativa che inquadri definitivamente in ruolo tale personale dopo tutti questi anni di servizio e dopo una verifica delle prestazioni.

Il problema successivo a cui vorrei fare riferimento riguarda le minoranze linguistiche. È questo un problema molto importante, ovvero quello della tutela delle minoranze linguistiche del Trentino, di Luserna e della Val del Fersina, che rappresentano pur sempre l'ultima briciola di legittimazione per questa Regione. Noi sudtirolesi, come gruppo linguistico maggiormente tutelato, dobbiamo dunque mostrare solidarietà nei confronti di coloro che pur avendo lo stesso Statuto e pur vivendo nella stessa Regione, sono dimenticati, abbandonati e sostanzialmente indifesi. Nella scorsa legislatura abbiamo avviato un'iniziativa in tal senso, presentato un disegno di legge-voto per una modifica allo Statuto di autonomia, che prevedeva la promozione delle minoranze ladine e tedesche in Trentino ed ampliava le garanzie statutarie dell'Alto Adige estendendole anche a queste minoranze del Trentino. Mi sono permesso di ripresentare insieme ad altri colleghi questo disegno di legge che prevede e garantisce la tutela della lingua, dell'istruzione nelle scuole nei rispettivi comuni - l'insegnamento del tedesco e ladino naturalmente -, la rappresentanza di queste popolazioni tedesche e ladine anche in consiglio regionale nonché il finanziamento delle attività culturali. Ma non bisogna dimenticare anche i provvedimenti di tipo economico. E qui mi appello ai rappresentanti trentini! in Consiglio regionale. La Val del Fersina registra attualmente un forte spopolamento di giovani che non trovano lavoro e che quindi se ne vanno, con il

rischio di perdere per sempre la loro identità culturale. Vorrei dunque chiedere che si tengano presenti con molta attenzione questi problemi.

Recentemente ho avuto occasione di essere a Trieste poco prima delle elezioni regionali in Friuli -Venezia -Giulia e avere colloqui con i rappresentanti di questa Regione. Anche lì i rappresentanti dei vari partiti sono intervenuti poco prima delle elezioni e tra questi ricordo in modo particolare un rappresentante della Slovenska Skupnost che si lamentava del fatto che in base al nuovo sistema elettorale egli non sarebbe più stato rieletto, cosa che poi è anche avvenuta. Io allora feci un appello al buon senso di tutti i partiti, ma purtroppo era già troppo tardi, perché la legge elettorale era già in vigore. Io allora dissi: state attenti a quello che fate. Se voi fate sparire la minoranza slovena, poi perdete il vostro cavallo di battaglia e la legittimazione di Regione autonoma. In base a quale principio allora si nega l'autonomia al Veneto, che si considera popolo veneziano, rispetto al vicino Friuli-Venezia-Giulia che invece gode di questo status particolare? Proprio in base al principio che in quel territorio vi sono delle minoranze linguistiche. E' quindi nell'interesse del Trentino trarne le conseguenze e favorire in modo particolare queste minoranze, per garantire l'autonomia del Trentino e il particolare status giuridico di cui gode. Anche in questo ambito il Presidente Grandi ha posto le basi per una nuova politica ed in questo senso vorrei ringraziarlo ed incoraggiarlo a tradurre in pratica anche gli obiettivi prefissati.

Ho ancora 7 minuti a disposizione e vorrei concludere per esporre il mio pensiero politico circa il futuro della Regione ed il *futuro delle nostre popolazioni*. *La Regione si trova di fronte alla seguente alternativa: diventare sempre più insignificante ed essere conseguentemente abolita oppure contribuire ad elaborare un nuovo progetto per il futuro. Io ho già detto che per solidarietà con le minoranze del Trentino non potrei sostenere la soppressione di quello che rappresenta ancora l'ultimo ponte di collegamento tra le nostre due Province. La Regione per noi non rappresenta più un nocumento, come lo è stato nel lontano 1957. Essa ha uno spazio di intervento molto limitato, ma può ancora essere importante come punto di incontro. Il collega Pahl a questo proposito ha dettagliatamente esposto la posizione della Südtiroler Volkspartei a riguardo. Ma se questa Regione dovrà solamente amministrare queste poche competenze, che verranno trasferite sempre più alle Province, allora ci si dovrà veramente porre la domanda sul senso di questa istituzione. Ci si trova dunque di fronte alla decisione di una crescita per poter offrire un nuovo progetto per il futuro. Nell'ambito di queste nuove prospettive si è parlato di Regione europea del Tirolo. Euregio, un tema che ora viene anche discusso in Trentino. E me ne rallegro. In Trentino storicamente hanno sempre vissuto tre anime, l'anima asburgica, l'anima tirolese e l'anima irredentista. Così è ancora oggi. Ma ora il Trentino ha anche la possibilità di decidere se far parte di una macroregione - perché sicuramente si arriverà ad una macroregione come ha rimarcato anche la fondazione Agnelli -1 diventando così un posto dimenticato dell'Italia oppure aggregarsi con l'Alto Adige ad una moderna Regione mitteleuropea. Penso che questa sia la grande alternativa. Io credo che la discussione in Trentino ormai sia matura e me ne rallegro perché - e questo lo ha mostrato la storia - noi abbiamo un destino comune ed abbiamo percorso*

insieme mille anni di questa storia. Una storia dunque che è molto più vecchia del Uos von Trient,1 del 1957. Questa è dunque l'alternativa e i trentini dovranno prendere le loro decisioni. Per l'Alto Adige questo quadro del futuro è abbastanza realistico.

ora il collega Benedikter - e ciò è anche comprensibile -dice: "Guardatevi i fatti e fonti normative. Il trattato di Maastricht, la situazione costituzionale, l'unione europea e la collaborazione transfrontaliera ci danno poca speranza., Ed io devo dire che nella sua valutazione degli strumenti giuridici non ha tutti i torti. Che cosa ci spinge ad insistere su questo argomento? Noi vogliamo che in politica non siano le fonti normative a decidere il nostro futuro, ma vogliamo costruire dei progetti per il futuro, per i quali batterci, lavorare e poi predisporre gli strumenti giuridici. Questo è il compito della politica. Noi dobbiamo discutere in che direzione muoverci, quale debba essere il nostro modello per il futuro, quello che vogliamo creare insieme con il Trentino ed il Tirolo del Nord, quali questioni dovranno essere risolte. Dobbiamo chiederci che tipo di progetto per il futuro vogliamo veramente. E se poi decidiamo, dobbiamo impegnarci e mettere in discussione tale modello, cercare di convincere i giovani e creare poi i presupposti giuridici all'interno dell'Europa. Si tratta quindi del capovolgimento del principio attualmente esistente, questo è quanto richiede la politica. Io non posso partire dalla supposizione, collega Benedikter, che i presupposti giuridici non ci permettano di guardare al di là dei confini e al di là dell'Europa... Si quelli sono stati creati ora e devono essere perfezionati.

Io sono entrato molto giovane in politica, come il collega Benedikter, ma ho ancora il coraggio di esprimere delle posizioni che forse al momento non sono realizzabili, poiché alcuni strumenti non sono ancora a nostra disposizione, altri invece sì e questo non si può negarlo. Ma io non posso dire alla gente che non ci sarà futuro, che noi rimarremo una Provincia isolata in Europa e che il resto non ci interessa. Anche a questo proposito, vorrei solo citare alcune cifre: con 400.000 abitanti per la provincia di Bolzano e altrettanti per la provincia di Trento noi rappresentiamo solo una piccola parte di una metropoli europea, rispetto a Regioni europee con 10, 12 milioni di abitanti, come per esempio il Baden-württemberg, la Baviera, la Lombardia, che possono conquistare più facilmente un loro posto nella futura Europa. Anche con il Tirolo del Nord, il Tirolo Orientale ed il Trentino non raggiungeremmo grandi cifre dal punto di vista demografico, ma almeno l'area sarebbe paragonabile a quelle sulle quali si sono sviluppate le grandi regioni europee. Noi ora non possiamo rimanere isolati. Come sudtirolesi per decenni abbiamo combattuto per una nostra autonomia provinciale, che è stata poi concessa anche al Trentino ed ora abbiamo certe garanzie, anche se siamo un'area abbastanza limitata. Di questo bisogna prenderne atto. Da noi ci sono ancora persone che credono che noi siamo il centro della terra con i nostri 400.000 abitanti. Non lo siamo. Siamo stati interessanti dal punto di vista storico, perché abbiamo vissuto in un'epoca nella quale tutti gli occhi erano puntati sui sudtirolesi. ma non siamo più interessanti. ci sono conflitti molto più attuali. E dal punto di vista culturale, non mi piacerebbe vedere un giovane sudtirolese che cresce senza saper vedere oltre al confine del Brennero al Nord e alla chiusa di Salorno a Sud

- e questo discorso vale anche per il settore dell'economía, dove spesso falliscono varie iniziative perché da una parte c'è il confine di stato e dall'altra il confine linguistico; e questo vale anche per gli imprenditori nel settore dell'informazione che si trovano di fronte a molti ostacoli. io ritengo che dovremmo allargare i nostri orizzonti. Che cosa c'è di più naturale che dire: dobbiamo aspirare insieme a qualcosa di superiore, sulla base del nostro passato storico comune, di secoli di tradizioni antiche, di cui andiamo fieri. Noi siamo stati la prima democrazia in Europa, poiché avevamo per primi la compartecipazione dei cittadini e dei contadini alla vita pubblica, quindi non solo della nobiltà e del clero; noi abbiamo combattuto per secoli la grande battaglia per la libertà. Questo deve animarci a costruire per i nostri giovani un nuovo futuro rivolto all'Europa.

E con questo vorrei concludere, anche perché ho sentito che il tempo a mia disposizione è ormai scaduto. Concludo spendendo ancora due parole sulle basi della nostra politica. Negli ultimi decenni in Italia per motivi di interesse privato è stata fatta una politica ... Concludo, signor Presidente. Ciò che Lei non sa ancora, glielo comunico io adesso: i capi-gruppo ieri hanno deciso che ci si doveva att:enere alla mezz'ora, ma anche - e questo glielo comunico ora, perché ieri presiedevo io tale seduta - che questa mezz'ora non sia calcolata in modo troppo fiscale.

Concludo subito. Il fine nobilita il mezzo. Se si volesse descrivere la politica italiana di questi ultimi 50 anni, non si potrebbe omettere di citare il fine, che era appunto quello di combattere il comunismo, ma anche di arricchirsi ed esercitare il potere. Ritengo che oggi si dovrebbe riflettere quale fine ha la politica. Il fine della politica a mio avviso dovrebbe essere quello di garantire una sicura esistenza alla popolazione, di offrirle concrete possibilità di sviluppo, sulla base di valori che non sono il potere, ma il servizio alla popolazione, al fine di assicurare ad ogni singolo individuo la dignità e il rispetto degli spazi vitali e della natura, promuovendo la famiglia quale cellula più piccola di questa società.

In questo senso vorrei concludere oggi il mio intervento, con l'appello a riflettere maggiormente sul senso della politica e di credere più a questi valori. La ringrazio, signor Presidente, per est:si due minuti inú:ú che mi ha concessou

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Magnabosco, ne ha facoltà.

MAGNABOSCO: Guardo l'orologio, perché assolutamente non voglio superare la mezz'ora.

La vocazione regionalista in Italia data fino dalla formazione del Regno, è quindi molto radicata; ricordo che il ministro Minghetti, già nel 1865 elaborò un progetto in tal senso, progetto che purtroppo fu accantonato, e ne paghiamo ancora le conseguenze, per l'opposizione di quanti temevano l'indebolimento di una unità appena raggiunta. L'idea regionale venne ripresa dall'assemblea costituente, tanto è vero che nella costituzione è prevista la divisione della Repubblica in regioni, province e Comuni.

Dico questo perché, se il progetto di Minghetti si fosse realizzato, probabilmente oggi non avremo tanti problemi. Può darsi che allora si dovessero commettere errori, perché è l'esperienza che ci consente di evitare certi errori, quelli che furono commessi con la Costituzione del 148, con questo affettamento in piccole e numerose regioni del territorio nazionale. Comunque le cose andarono così, però subito si pose il problema, perché la comunità economico europea, in un suo studio, suggerì di individuare 4, 5, al massimo 6 regioni nello Stato italiano, tanto è vero che oggi stesso questo problema non si pone seriamente e si parla di accorpamento in macroregioni.

E' quindi spiegato il grave ritardo, perché i nostri politici del dopoguerra, dopo le osservazioni della comunità economica europea si posero seriamente il problema, realizziamo le regioni così come scritte o provvediamo ad una modifica della costituzione, accorpando le varie regioni in alcune regioni di maggiore estensione e con più abitanti.

La CEE aveva ipotizzato che i territori dei singoli Stati d'Europa, aderenti alla comunità economica, fossero divisi in aree di sviluppo economico di medie dimensioni, ritenendo che gli organi democratici delle stesse provvedessero quindi all'attuazione dei piani di sviluppo, elaborati e coordinati dallo Stato. Se le aree di sviluppo economico in cui è divisa l'Italia sono troppo ristrette, è facile osservare che l'affettamento delle regioni in province, con notevoli competenze, è dal punto di vista economico un'assurdità, un non senso, ma per quanto riguarda la regione Trentino-Alto Adige era necessario realizzare una forte autonomia provinciale, questo per dare tranquillità e sicurezza ai cittadini di lingua tedesca dell'Alto Adige.

Si può porre il problema invece, perché la provincia di Trento abbia potuto godere fino ad oggi di uguale autonomia. Il motivo inizialmente fu certamente politico, salvare un quadro regionale nel quale e dal quale la collettività di lingua italiana della provincia di Bolzano si sentisse tutelata, perché ci sarebbe stato un intreccio, quasi un coordinamento di competenze regionali e provinciali. Viene spontaneo osservare che con la graduale rinuncia ad ogni competenza da parte di coloro che hanno retto la regione sino ad oggi, per giungere quasi finalmente con questo accordo di legislatura a fare della nostra regione un guscio vuoto, sia di fatto sancita la fine della regione Trentino-Alto Adige.

La soluzione logica dovrebbe essere sotto gli occhi di tutti. Ho sentito parlare di Euregio, con riferimento a Maastricht, ho avuto occasione di leggere con una certa attenzione il trattato, perché mi si è chiesto di fare alcune conferenze sul trattato di Maastricht e ho avuto modo di discutere con un grande esperto che vive a Bolzano, prof. Telchinio, della problematica che sollevava Maastricht, la storia dell'euroregione, alla luce di quello che dice il trattato, è solamente fantasia. Questo non vuol dire che i politici non possono fantasticare, sembravano fantasie anche quelle di Gandhi e poi ha ottenuto grossi risultati, ma non mi pare ci sia una personalità di questo tipo.

Quando un certo tema è ripreso da troppi, con tutto il rispetto per i colleghi, mi sento fra loro un pari, alcuni hanno più esperienza di me, ma non vedo un personaggio con un'idea luminosa ecc. , è un'ideuzza smentita, il fatto stesso che si cerchi di forzare anche l'interpretazione del trattato, come ha ricordato il cons.

Benedikter, dimostra che si vuol sognare quasi negando un'evidenza, perché si è capito che questa regione non sta più in piedi, che si è cercato di ipotizzare questo Euregio, ma si ipotizza, anche se è assurdo, tanto per giustificare in qualche modo che questa regione debba rimanere in piedi ancora non so quanti anni, Maastricht ha tagliato la testa al toro, non è possibile, ma comunque per giustificare che tiri avanti qualche decennio questa regione, si è inventata questa cosa.

Vorrei chiedere ai trentini, sono nato qui, ho parenti ed amici qui, credono veramente che i contadini, gli operai, gli impiegati, i professionisti trentini abbiano più affinità, per cui si sentano più a loro agio in una specie di grande Tirolo, piuttosto che accorpati, che mi pare sia ormai il destino, avendo deciso di eliminare la regione, con il Veneto? Pensate, il dialetto si assomiglia, la repubblica veneta ha dominato in certe zone anche del Trentino e comunque pensate alla lingua, al modo di ragionare e vedere le cose stesse.

Ritengo che i trentini, seguendo il destino che si sono scelti di una grande regione triveneta, con l'accorpamento necessario delle regioni, spero che questo parlamento che verrà fuori sarà capace di tener conto delle ragioni economiche, delle indicazioni e quanto meno di tutte le promesse che i vari esponenti politici fanno sulla regionalizzazione dello Stato e delle regioni. Il Trentino farà parte, nulla di grave, di una grande regione forse ancora più ampia del triveneto.

Sono convinto di questo ed è per questo che voglio cre~ che tutte le promesse fatte sul piano politico vengano mantenute, non si parla di accorpamento di regioni, non si parla di revisione di tanti meccanismi, posso credere che questo avvenga, ma non vorrei essere frainteso dal collega che mi ha ricordato che non siamo nel 122, io ho parlato del Trentino, non dell'Alto Adige, perché se è vero che delle piccole regioni sono un'assurdità sul piano economico, però la garanzia che deve essere data alle minoranze dovrà prevedere che l'Alto Adige, come la Valle d'Aosta sarà una delle due piccole regioni italiane, giustificate non certamente da motivi economici, tanto è vero che lo Stato dovrà pompare denari per consentire uno sviluppo dell'economia di questa microregione, ma va garantita la minoranza. su questo non ci sono dubbi e questo vale anche per l'Alto Adige.

Il nostro Presidente, che fra non molto voteremo, potrà avere una soddisfazione, passare alla storia forse, perché fino ad un certo punto mi fido di tutto quello che si dice e che si scrive anche da specialisti sul futuro della ripartizione del territorio nazionale in macroregioni ecc., credo che forse ci vorrà un'altra elezione oltre a questa che ci cingiamo a fare, ma potrebbe anche forse passare alla storia quale ultimo Presidente della Giunta della morente regione Trentino-Alto Adige. Non so se fargli le mie condoglianze o i miei auguri, comunque dato che il destino è un accorpamento con il Veneto, ognuno sa che i veneti sono bonari, tolleranti, eredi di una grandissima civiltà. L'Euregio ho detto che è un sogno di alcuni politici, si ha diritto anche di sognare.

Però l'urgenza dei problemi che incombono in conseguenza del futuro assetto istituzionale dovrebbe indurre ed impegnare le capacità e le energie dei politici locali per realizzare al meglio ciò che sarà possibile, l'Euregio è l'impossibile.

Quello che ho detto non fa parte dei miei desideri, non dico mai ciò che mi piacerebbe debba avvenire, dico quello che ritengo avvenga e in base quello che ritengo avvenga io devo muovermi sul piano politico, lascio i sogni da una parte e la realtà dall'altra, in base alla realtà, che potrebbe in qualche caso anche essermi sgradita, io agirò.

(Vizepräsident Peterlini übernimmt den Vorsitz)
(Assume la Presidenza il Vicepresidente Peterlini)

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Leveggi. Er ist nicht im Saal, somit verfällt seine Wortmeldung und hat Wort hat der Abg. **Divina**.

... Abg. Taverna, hören Sie, Sie haben gestern abend gesagt, daß Sie reden möchten.

... Der Abg. Divina hat das Wort.

PRESIDENTE: Il prossimo oratore iscritto a parlare è il cons. Leveggi. Il consigliere non è presente, pertanto la sua richiesta d'intervento decade. Concedo ora la parola al cons. Divina.

... Cons. Taverna, vorrei ricordarle che ieri in conclusione dei lavori Lei aveva annunciato il suo intervento.

... La parola ora al cons. Divina.

DIVINA: Grazie, signor Presidente. Una prima fase di questo dibattito ha toccato un punto di procedura, cioè per 40 anni non era mai stato convocato un Consiglio regionale nella settimana antecedente a delle elezioni politiche, probabilmente lo si era fatto per delicatezza, per ragioni di opportunità politiche, però vediamo che anche le prassi che durano 40 anni possono essere turbinosamente e velocemente sconfessate o abbandonate.

Noi abbiamo idea anche del perché, quando fa comodo la prassi o la consuetudine d'aula la si richiama, quando purtroppo non fa comodo si è sempre disposti ad accettare nuove regole, nuove procedure. Indubbiamente per le formazioni politiche che si apprestano a dare il via a questo governo, sicuramente risultava più conveniente arrivare a delle elezioni importantissime, come saranno le prossime elezioni politiche, con l'assetto istituzionale regionale, oltre che provinciale, ben definito, chiaramente perché questo sarebbe stato una carta in regola, noi abbiamo fatto tutto bene, abbiamo perso un po' di tempo, abbiamo litigato, ci siamo ricompattati, ma alla fine il nostro biglietto da visita era: siamo a posto, la regione può funzionare, la regione ha tutti i suoi organismi definiti.

Un secondo aspetto. Penso che la Democrazia Cristiana abbia dovuto accelerare, premere sull'acceleratore, perché penso, senza alcuna astiosità nei confronti del cons. Grandi, del papabile presidente Grandi, che forse dopo il 27 o 28 non sarebbe più diventato Presidente di questa regione, perché la sconfitta elettorale che va delineandosi e che punirà inesorabilmente la Democrazia Cristiana in via di

liquidazione, adesso P.P., sarà tale da non permettere più ad una forza politica, che seppure è il secondo gruppo in regione, non potrebbe passare indenne in ogni caso questa prossima tornata elettorale che per bontà d'animo riuscirà soltanto, se i giochi della sorte saranno favorevoli a portare in Parlamento forse 50 deputati, dai 400 che nella precedente legislatura aveva.

Pertanto si doveva anche fare in fretta per questioni di opportunità.

Vorrei spendere due parole nei confronti del movimento che rappresento, anche perché chi apre una via nuova indubbiamente trova sempre ostacoli e ostilità. Indubbiamente il nostro movimento è partito da considerazioni di carattere generale, del funzionamento della macchina Italia che non reggeva il tempo, non rispettava le aspettative della popolazione, ma soprattutto portava l'Italia ad un collasso finanziario che sarebbe stato per noi e per chi sarebbe venuto in futuro, di una estrema gravità, una catastrofe politica annunciata.

Per tempo abbiamo pensato di mettere mano all'organizzazione, registrando dove si poteva registrare, ma dicendo che nella sostanza andava rivista l'organizzazione statutale di questo paese.

Il perché. La disaffezione per la gente nei confronti della classe politica, una classe politica troppo lontana, dei controlli che di fatto non funzionano perché sono meccanismi nati dal sistema della partitocrazia che maggioranza si forma da una parte, questa maggioranza esprime un esecutivo e la stessa maggioranza esprime gli organi di controllo, questo è il sistema italiano. Il controllo non può funzionare, perché è addomesticato, funziona in famiglia. Nella sostanza il grande nocciolo era questo, mancando i controlli in politica si è potuto fare di tutto.

Che l'organizzazione dello Stato, i centri decisionali dovevano essere portati sempre più vicini ai cittadini. non solo la Lega, con il progetto federalista, che è cardine della nostra linea politica, non soltanto il nostro movimento si è accorto, ma possiamo anche dire che movimenti o fondazioni scientifiche, non sicuramente amiche politicamente della Lega Nord, sono andate in questa direzione. Ricordo la fondazione Agnelli che nel ridisegnare l'assetto istituzionale italiano lo ha definito che doveva in ogni caso essere riscritto in formula federalista, uno Stato molto decentrato ed il fatto che la fondazione Agnelli prevedesse 12 macroregioni, che la Lega Nord ne prevedesse 3, 5, 6 a seconda dell'assetto che si sarebbe dovuto dare alle varie istituzioni poco conta, l'importante è che tutti ci si stava accorgendo che la direzione da prendere inevitabilmente doveva essere quella dello Stato efficiente, dello Stato decentrato, dello Stato più vicino alla gente, di uno Stato controllato dai cittadini.

La Democrazia Cristiana, partito che avrebbe perso più di altri dallo smantellamento dello Stato centralista, indubbiamente ha dovuto fare una grandissima resistenza, non solo politica, ma fintanto che aveva la potestà di controllare altri organi dell'informazione alla Magistratura, credo abbia fatto di tutto per impedire che le cose potessero prendere questo filone o cambiare.

Chiaramente la motivazione per cui si ostacolava questo processo di modernizzazione dello Stato era la mancanza di solidarietà, perché far funzionare lo Stato italiano in modo efficiente, per la Democrazia Cristiana significava

esclusivamente un autoprotezionismo di aree ricche del paese, che non tolleravano più lo sperpero del denaro pubblico unidirezionale, che dall'area produttiva del nord doveva andare ad alimentare la grande area assistita d'Italia che era il nostro sud.

Pertanto movimenti razzisti, movimenti localisti, movimenti che rendevano soltanto posizioni di difesa di interessi particolaristici, in particolar modo economici. Questa è stata la storia, il recente passato.

Oggi proprio in quest'aula sento un papabile presidente di questo stesso partito che viene a proporre le stesse cose che fino a ieri mattina aborriscono, vedendole come una mina al grande valore della solidarietà e del pietismo che dovrebbe governare le coscienze degli uomini, per fortuna non i paesi.

Leggo nelle dichiarazioni programmatiche del Presidente grandi richiami al principio di sussidiarietà, principio che dal momento che il nostro paese ha anche aderito alla comunità europea, all'unione europea, alla rinuncia di sovranità indispensabile per far partire un organismo sovranazionale, con potestà di uniformare una serie di relazioni dall'economia ai rapporti sociali, che poi questa Europa che andiamo a costruire, proprio da questo organismo vediamo come imposto, sempre poi da recepire nei vari Stati che mantengono ancora la propria sovranità, questo principio di sussidiarietà.

Non voglio spiegare ai miei colleghi in che cosa consista, perché penso lo conoscano molto bene, ma nella sostanza, tradotto in minimi termini, equivale a dire: bisogna recepire l'idea che lo Stato centralista va smantellato, perché il principio di sussidiarietà si basa esclusivamente sul modello decisionale, il più vicino al livello istituzionale più controllabile dalla gente, dal cittadino, dall'amministrato.

Vuol dire, tradotto in soldi, che tutto ciò che può essere deciso a livello comunale deve essere deciso in quell'ambito territoriale, ciò che non è opportuno che il comune amministri dovrà essere deciso a livello provinciale, regionale e dallo Stato, si dice espressamente, rimangono competenze residuali, cioè tutto ciò che ai livelli più bassi non si può amministrare per questioni di scala o di opportunità.

Non si è mai detto di voler dividere l'Italia, non si è mai detto di voler la separazione o la secessione di una parte, ma si è sempre detto che pur rimanendo uno Stato italiano, doveva essere spolpato di tutte le competenze che ha male amministrato, proprio per dare vita a questo principio che la comunità europea adesso lo sancisce come obbligo e direzione da dover intraprendere tutte quante le nazioni che aderiscono alla comunità europea.

Ho ascoltato con grandissimo interesse l'intervento del cons. Benedikter, sarebbe un dibattito estremamente interessante poter affrontare il diritto di autodeterminazione dei popoli, ai quali ci sentiamo di sottoscrivere e siamo convinti che una popolazione, se la sovranità non sta più negli organismi o nell'apparato statale, ma sta nel popolo, bene, se il popolo trentino domani decidesse di organizzarsi o di orientarsi politicamente verso un'altra area, questo diritto sacrosanto va riconosciuto.

Come trentini dobbiamo anche dire, parlava di stato indipendente del Tirolo il cons. Benedikter, benissimo, può essere una delle aperture che domani potremmo trovarci, un'opzione, ma il nostro movimento non la reputa la via d'uscita e

non vorrei neanche incanalarmi in una argomentazione che forse ci porterebbe fuori luogo. Non pensiamo che ai trentini basti calzare un cappello con un piumotto per sentirsi tirolesi, i trentini sono profondamente diversi dagli altoatesini, dai tirolesi del nord, per cui secondo noi lo stato indipendente del Tirolo non troverebbe gradimento e partecipazione da parte della popolazione trentina. Mi fermo a questo punto comunque.

Ciò che nella relazione del papabile presidente Grandi continuiamo a trovare è la definizione di neoregionalismo, ma che se lo vogliamo leggere con attenzione troviamo la parola celata "federalismo", non si ha il coraggio di dirla, perché a questo punto vuol dire suffragare tutto ciò che un movimento bistrattato come il nostro si è dato per punto primo, cardine, principio della propria linea politica.

Cons. Benedikter, abbiamo presentato una mozione per approfondire molto di più, ci sono pochi studi che ci permettano di aprire ragionevolmente un serio dibattito, vorremmo poterlo approfondire, però con qualche elemento scientifico in mano in più.

Ricordo che nel novembre 1993 facemmo ad Assago un congresso straordinario, dal quale ne divenne la nostra richiesta che quanto meno questa Italia, dal momento che probabilmente non basterà un'elezione per cambiare l'assetto istituzionale, andasse con un'organizzazione di regionalismo molto spinto e noi dicemmo ciò che adesso Grandi mette nella sua relazione, che come minimo bisogna adottare il criterio del ribaltamento degli articoli 117 e 118 della nostra Costituzione, che tutti i consiglieri conoscono, ma ve lo ribadisco per chiarezza del discorso, non più uno Stato che delega competenze amministrative legislative alle regioni, ma tutte le regioni, che a questo punto devono rivendicare poteri come le regioni a statuto speciale, cioè uno statuto speciale per tutte le regioni, ma come ribaltamento, non più Stato delegante, ma Stato con competenze residuali, tutte le competenze devono rimanere in capo alle regioni, salvo quelle per cui le regioni non sono in grado di amministrare, è impensabile che ci fossero delle milizie regionali, dei piccoli eserciti nelle regioni, che ogni regione avesse una sua moneta, che ogni regione avesse una sua amministrazione diversa dalla giustizia, ma levate quelle piccole e pochissime competenze da lasciare in capo allo Stato, tutto il resto deve rimanere in capo alle regioni.

Altro argomento. A noi fa estremamente piacere, perché dobbiamo anche capirci che la Democrazia Cristiana ogni tanto abbia sensi di colpa e faccia opera di pentimento, a noi va bene questo convertimento sulle nostre posizioni.

Ricordo le nostre posizioni sul Trentino e sull'autonomia, da sempre dicemmo che la nostra è un'autonomia estremamente a rischio, è un'autonomia minata, i consiglieri sanno cosa ha voluto dire la normativa di indirizzo e coordinamento dello Stato e quali ritagli ha fatto lo Stato nelle competenze primarie della Regione e della Provincia con la normativa di indirizzo, perché bisognava omogeneizzare la legislazione, le leggi quadro e via dicendo, ma il pericolo più insidioso sta nell'articolo 3 della Costituzione, principio di uguaglianza e manca in questa sede il cons. Morandini, che lo dovrebbe conoscere molto bene, perché la sua legge, quella della pensione alle casalinghe, fu sballottata, cioè il visto governativo prima che un nostro disegno di legge diventi legge è una contrattazione, lo abbiamo

capito, competenza primaria della regione, finanziamento e disponibilità di capitali, decidiamo che una categoria protetta, che in questo caso erano le donne, doveva essere in qualche modo trattata, perché qualcuna aveva lavorato e non era perfettamente in regola, adesso troviamo una legislazione abbastanza garantista, forse qualche decennio fa molto meno; decidemmo di aiutare questa nostra categoria con soldi nostri, con disponibilità nostre su una competenza primaria nostra, no che a Roma, con il principio dell'art. 3 della costituzione, la casalinga di Verona non può essere trattata diversamente dalla casalinga di Trento.

Benissimo, abbiamo capito quale arma ha in mano questo Stato, cioè dove va la nostra autonomia, va fintanto che Roma la lascia andare, questo è il principio, se noi non usciamo dalla logica non più autonomistica, ma federalistica, saremmo ancora qui a contrattare con Roma e poi abbiamo visto i parlamentari trentini quali prezzi hanno pagato per poter vedere approvato i loro disegni.

Siamo gratificati nel vedere che uno si romperà la testa e le corna, ma traccia un solco che poi piano piano anche altri si incanalano. Questo essere convertiti sulle nostre posizioni vorrei capire come, indubbiamente l'aspetto macroregionale, che sarà l'aspetto dominante di domani, obbligatorio a questo punto, vista come si andrà a costituire la nuova Europa, non potevamo aspettarci che da parte della Democrazia Cristiana si dicesse: la padania è l'area geografica ideale per costruire quella organizzazione di Stato, non più centralista, ma periferizzata con quell'area minima di scala per poter amministrare quelle competenze che magari le regioni sarebbe opportuno che legiferassero.

Non si usa la padania, poco male, o la nostra macroregione del nord, si parla di Euregio, termine bello, ma non ho sentito una definizione chiara, poi mi chiedo se c'è credibilità dietro questa proposta? Vorrei proprio partire da questo.

Ho sentito l'intervento di Leitner, molto sintetico, ma puntuale, che ha detto: questa Euregio non è nè carne nè pesce, non si sa, ne stiamo discutendo senza nemmeno conoscerla.

A me non risulta sia stato fatto alcun tipo di studio in merito a questa Euroregione, noi sappiamo come dovrebbero essere organizzate le macroregioni e sulle direttive europee, si parla di affinità culturali, abitudini, costumi, ma a noi non risulta che l'Euregio abbia delle affinità culturali, sono popolazioni molto diverse, abitudini e costumi diversi, parliamo addirittura lingue diverse, solo un dato unifica ed è lo sviluppo economico e allora ci fa pensare che la nostra organizzazione macroregionale, non più su base etnica, ma proprio il dato socioeconomico che omogeneizzava l'area, era il dato il riferimento ideale, proprio perché anche questa macroregione così diversa ha come dato unificante soltanto l'economia alpina, un'economia parificata.

C'è un altro dato che manca dal quadro, ma il Tirolo ci vuole? Non abbiamo sentito parlare in questi termini il Tirolo, abbiamo viceversa sentito parlare il Vorarlberg che ha detto di no, che non ha interesse per la macroregione transfrontaliera, perché lui guarda al lago di Costanza, guarda sul lato svizzero e già lì abbiamo capito gli orientamenti delle due popolazioni austriache, che inizialmente erano state raggruppate all'interno di questa macroregione.

Noi abbiamo presentato una mozione il giorno stesso della relazione del Presidente, pur essendo lì da qualche giorno, pensando che se l'avessimo presentata due giorni dopo avrebbero detto: qui si leggono le dichiarazioni programmatiche e poi si portano avanti dei lavori consiliari magari anche paralleli, no l'abbiamo presentata in fretta e furia quel giorno stesso, proprio per evitare questo, ma noi di fatto si chiede, perché non vogliamo chiudere le porte ad un qualcosa che non si conosce, che potrebbe essere qualcosa di valido per il futuro delle genti trentine e altoatesine, però abbiamo chiesto che si dia il via a dei dibattiti seri, nazionali ed europei, che si dia il via a degli studi scientifici per capire su quali rapporti dovrebbe poggiare questa macroregione.

Tornerei comunque al fatto della credibilità della proposta.

Abbiamo una grande paura noi, la Lega ha percorso i tempi, è stato un movimento di rottura, di protesta, possiamo dire ciò che vogliamo, ma sicuramente con una proposta politica avanzata, chi si è trovato bloccato, fermo su una pura amministrazione, sulle teorie dell'asfaltare, cioè che l'amministrazione era soltanto il gestire l'ordinario, indubbiamente non ha la proposta adeguata ai tempi.

A questo punto, per non rimanere su posizioni di retroguardia, ecco che anche formazioni dormienti fino a ieri lanciano un sasso e lo lanciano molto lontano, ma a noi ci fa pensare che quando uno non sa dove andare, ma non può stare fermo, punta alla luna sapendo di non arrivarci, ma intanto passa il tempo e si parla di qualcosa.

Perché non crediamo alla volontà di dar corpo eventualmente all'Euroregione da chi la propone in quest'aula, il dato è anche semplice, si parla di macroregione, però si parte con il costruire un esecutivo di una regione che di fatto non è gradita, perché quel poco che ha, dal 172 c'è stato il grande svuotamento, la regione è rimasta scatoletta con poche competenze, andiamo ulteriormente a spolpare quel po'. Leggo dalle dichiarazioni che di fatto non si vuol più lasciare competenze in termini di camere di commercio, di credito, di cooperazione, libro fondiario ed altro. Spero che nelle risposte il Presidente incaricato ci dedichi qualche attenzione.

Macroregione sì, ma regione no, è un piccolo dilemma, è un quesito, che tipo di collaborazione avremo, che tanto si recrimina, tra Trento e Bolzano, se poi abbiamo una regione che di fatto non ha senso, perché non darà più nulla. Penso invece che il senso ci sia, è un senso per una sola formazione politica, perché alla SVP va bene questa impostazione? Signori, questo Consiglio regionale per il 65% è composto da consiglieri italiani, senza fare frazionamento e differenziazioni, indubbiamente le competenze regionali che devono essere dibattute in quest'aula posso capire che alla SVP vadano un po' strette, in quanto partito di maggioranza assoluta a Bolzano, qua dentro deve necessariamente trovare delle mediazioni politiche e noi sappiamo il pragmatismo che ha sempre caratterizzato questa formazione politica, che tutto ciò che si può decidere in modo sbrigativo ed a casa nostra lo facciamo senza perdere troppo tempo.

Capisco l'opportunità politica o la posizione della SVP non fa una sbavatura sotto questo aspetto, ma DC e PATT di chi siete tutori, cioè facciamo gli interessi della regione o della comunità trentina che state rappresentando, o per una "sedia", per una presidenza che a questo punto è sempre più vacillante; qui siamo disposti a vendere tutto e demolire questo ente, che non è soltanto un ente che potrebbe

essere messo in discussione, ma è un ente basilare per permettere alla comunità trentina di potersi dire ancora provincia autonoma in una regione autonoma.

Il Presidente Grandi domani cosa vuol fare? il Presidente di una regione che non c'è! Questo è un altro punto che ci dovrà spiegare, o vuol fare il cavallo di Troia di una regione padre, ma anche carnefice di questo Consiglio. Questa è una fantasia, è un'ipotesi, ma non è irrealistica, se andassimo a demolire definitivamente questa regione si aprirebbe un bivio "soltanto, si dovrebbero creare indubbiamente due regioni autonome, la regione Alto Adige e la regione Trentino. Indubbiamente la regione Alto Adige avrebbe tutti i presupposti per mantenere quell'aggancio internazionale per potersi richiamare all'accordo di Parigi, perché di fatto è una popolazione multietnica, è una regione di confine, è una regione che ha bisogno di particolarità, di deleghe amministrative particolari, perché è un terreno difficile da amministrare, ma guardate che il Trentino si arrampicherebbe sui vetri per poter dire: ho presupposti, particolarità per diventare regione autonoma, abbiamo anche noi le minoranze etniche, ladine, i cimbri di Luserna, i mocheni, però il rischio è l'affossamento, perché quello che si diceva della Lega Nord, che questo movimento macroregionalista avrebbe fatto perdere di fatto autonomia al Trentino, perché l'avrebbe squalificato a provincia o veneta o lombarda, ma questo sarà l'epilogo, se questo progetto sciagurato andasse in porto, ma non per responsabilità della Lega Nord, ma per responsabilità di chi, volendo gestire la fase terminale, e mi trovo in sintonia con Magnabosco, darebbe veramente l'apertura che o Venezia o Milano direbbero: trentini da questa parte o da quest'altra.

Credeteci, noi non lo vogliamo, ma chiediamo se la scomparsa della regione inevitabilmente aprirebbe questi gravi rischi, Partito autonomista e DC sappiate che queste gravi responsabilità noi ve le faremo sempre pesare.

Un altro punto che è stato toccato e che è degno di una riflessione, sicuramente è il problema della riforma elettorale. Anche qui, come consuetudine, un bel malloppo, però non si capisce, io non ho capito che tipo di riforma andremo a fare.

Presidente, non ho capito se siamo disposti a fare una modifica statutaria, perché la legge elettorale implica a mettere mano anche allo statuto. Rimaniamo legati al sistema proporzionale o lo abbandoniamo? Il cons. Pahl parlava di soglia elettorale, però ho anche letto fra le righe che si potrebbe anche scegliere un sistema misto, non vi è tanto da ridere.

Ho letto con attenzione e si parla di una antecedente proposta, non si diceva quale, ma si intendeva quella del Presidente Andreolli, che con una grande raffinatezza ha elaborato un sistema misto non da poco e vi spiego il perché, se vogliamo tradurlo in soldoni si dice: vince chi perde o perde chi vince, perché la proposta di Andreolli, che prevedeva un sistema misto di unico collegio e un sistema di distretti, nel quale una parte veniva eletta con un sistema uninominale e una parte sui colleghi unici provinciali con il sistema proporzionale, permetteva alla democrazia cristiana, in caduta libera, con il 25% dei consensi, di arrivare a prendere il 70% dei seggi. Abbiamo capito che tipo di legge-truffa si stava trattando!

A me ha fatto sorridere da una parte e piangere dall'altra, perché avevamo visto i vecchi socialisti di quest'aula perorarla, sì bisogna portare a termine

questa riforma, amici socialisti scomparsi, questo sistema li avrebbe fatti annientare, ma per fortuna che ci ha pensato la popolazione. Ma ancora nel momento in cui non era aperta tangentopoli, non si parlava ancora di possibilità di estinzione, andavano a firmare la loro condanna a morte, la loro scomparsa, che poi magari è avvenuta per altri motivi.

Potrei anche chiudere, perché gli altri **punti** della relazione che vengono trattati sono la prevenzione, il giudice di pace, organismi internazionali, l'accordino, che **entrando in Europa** non avrà più senso nemmeno questo, e la promozione della cultura europea della TV. La cosa drammatica è che sono stati toccati, con questi 4-5, tutte le competenze che rimangono in capo alla regione e quindi abbiamo capito cosa rimane della regione Trentino-Alto Adige.

A questo punto è meglio chiudere e direi ancora una cosa, si sta dando vita all'esecutivo di questa regione, pongo una domanda: chi ha a cuore questa regione, chi ha a cuore l'autonomia del Trentino, chi si presta andare a governare o a decidere fermamente di restarne fuori? Vi lascio il dubbio, ma questo dubbio vi verrà levato fra breve, perché dopo il 27 marzo capirete chi ha ragione e chi ha torto, se i trentini vogliono mantenere la loro autonomia o sciaguratamente appoggeranno quei partiti che da sempre, ma oggi in modo determinante, la vogliono affossare. Grazie.

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Divina.

Der nächste Abgeordnete ist der Abg. Levegghi.

Er hat das Wort.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Divina.

Il prossimo oratore iscritto a parlare è il cons. Levegghi.

Prego consigliere, ne ha facoltà.

LEVEGHI: Grazie, Presidente. mi pare che dal dibattito emerga, da parte dei rappresentanti dei partiti trentini, la domanda: quale regione e dalla parte del partito di maggioranza dell'Alto Adige la risposta sia sostanzialmente: 1 keine Region 11.

E' vero che ha edulcorato questa risposta il collega Franz Pahl, dicendo: questa regione deve deporre il vecchio vestito per metterne un altro, ma quale altro?

Allora riconosco al collega Grandi nella sua relazione, che con intelligenza ha argomentato questioni di prospettiva politica e di rapporti fra il Trentino~Alto Adige e Tirolo, ponendo anche il problema di una riflessione sull'Euregio-Tirol come ipotesi di lavoro, rispetto alla quale tutti siamo chiamati a confrontarci, siamo consapevoli che il regionalismo europeo andrà verso le macroregioni, quindi un confronto va individuato. Diverso però è porre l'obiettivo e quindi allontanarci dal problema regione per metterci in una dimensione più vasta, usando il grandangolo, mettendo a fuoco il problema dell'Euregio per non parlare della regione.

Credo che i toni usati da quale forza politica, rispetto al problema dell'Euregio, in realtà stiano a sottolineare la creazione di una sorta di cavallo di Troia,

che permetta di demolire a colpi di piccone la regione, questo è in realtà l'obiettivo, secondo noi, rispetto allo statuto del 1972, oggi ipotizzare che la regione debba essere qualcosa di diverso, di più o di meno rispetto a ciò che allora è stato concepito.

Riteniamo che non va enfatizzato il ruolo della regione, ma vanno mantenute le competenze attuali, quindi per quella parte di programma che il collega Grandi richiama alla volontà di trasferimento di competenze alle due province, sappia che non ci troverà d'accordo nel depotenziare il ruolo della regione, perché se attuiamo quel programma mi chiedo quale regione rimarrà, signor Presidente. Vi sono alcune questioni sicuramente rilevanti e sicuramente la regione ha una stagione straordinariamente felice, rispetto al programma politico del Presidente designato Grandi, cioè quello delle riforme. La regione si trova ad avere la competenza degli enti locali, quindi la riforma per le elezioni delle amministrazioni dei sindaci, la competenza regionale e anche la competenza sull'assetto istituzionale interno alle due province. Su questi tre filoni credo che la regione possa vivere una stagione particolarmente felice per giocare un ruolo politico importante rispetto al problema delle riforme. Su tale questione apprezziamo lo sforzo che è stato fatto, quanto è stato detto nel programma, anche se vorremmo poi verificare nel merito concreto quale sarà il taglio definitivo che sarà dato alle riforme. Sarà quello che auspicava Pahl, quando si richiamava alle deliberazioni del partito e quindi come una sorta di diktat trasferita al Presidente Grandi dicendo- queste sono le riforme e non altre, o sarà un'altra cosa! Questo lo verificheremo nei fatti.

Siamo però consapevoli che non possiamo permetterci di ipotizzare una demolizione delle competenze regionali, al di là delle riforme e spostare l'obiettivo sul problema dell'Euregio e quindi sostenendo che in realtà il ruolo che la regione potrà svolgere sarà quello di creare l'Euregio nel mentre demoliamo la regione. Allora pongo una domanda, che non vuole essere maliziosa: nell'Euregio quali regioni dovrebbero andare, la regione Trentino-Alto Adige o la regione Alto Adige? Questo è il problema, quale regione pensa il collega Pahl che dovrebbe far parte dell'Euregio, perché se demoliamo oggi la regione e rimarrà solo con le competenze ordinamentali, tra l'altro a termine, nel senso che avrà esaurito la propria funzione, cosa rimarrà in piedi della regione? Una sorta di delegazione di Ministero degli esteri vocato a creare l'Euregio? No, credo che il disegno sia altro. M sia quello appunto di portarla a demolizione completa e può darsi che in quell'ipotesi la regione Alto Adige lavori poi per l'Euregio, anche se è più un problema accademico, teorico, sicuramente di confronto, siamo consapevoli che la nostra regione non può pensare su alcune problematiche di chiudersi all'interno dei propri confini; Peterlini diceva: pensate che chiudendoci all'interno dei nostri confini e non guardando più ampiamente possiamo risolvere i nostri problemi? No, ma non possiamo nemmeno fare il ruggito del topo, non possiamo pretendere di essere noi che sapremo costruire l'Europa delle macroregioni!

Cerchiamo di essere realisti, siamo qui per governare, facciamo la riforma del sindaco invece che tante commedie, perché la trasciniamo da 5 anni e non siamo riusciti a partorire la riforma per l'elezione diretta del sindaco, ma vorremmo costruire un'Europa diversa, senza dare indicazioni, perché i nostri amministratori comunali possano governare, no collega Peterlini, ma siamo consapevoli che viviamo in

una regione alpina che ha una serie di problemi comuni, di carattere ambientale, economico, il delicato equilibrio all'interno di questa regione che esiste e quindi anche necessità di raccordarci con politiche che non hanno confini, nè a Borghetto, nè al Brennero, ma che travalicano questi confini, ma siamo altrettanto consapevoli che i nostri mercati non sono solo a nord, ma soprattutto nel nord-est ed a sud di noi, sia per quanto riguarda l'approvvigionamento, che per i mercati rispetto al nostro settore turistico ed altro.

Quindi c'è un rapporto dinamico che esiste fra questa regione, il nord, ed il cosiddetto nord-est. Ecco perché credo che il voler spostare l'obiettivo sull'Euregio sia un falso obiettivo, in realtà si persegue tenacemente l'obiettivo primario della SVP, che è quello di demolire la regione, un obiettivo dichiarato. In tutte le dichiarazioni sui bilanci, approvate dalla regione, i colleghi ricorderanno che dopo la relazione del collega Andreolli, presidente della regione, si è alzato il cons. Brugger e demoliva costantemente e con grande tempestività la relazione che Andreolli presentava all'1 aula.

Questo governo che nasce ha una sua caratteristica, è un governo istituzionale, non è un governo politico, che vede da un lato il PATT, che pur avendo ragioni e rapporti comuni con la SVP, ma in realtà credo sia a difesa della Regione, e dall'altro lato vedo la SVP. E' un matrimonio forzato da separati in casa, cioè debbono stare assieme perché non hanno alternative, sono condannati a governare ed in questa condanna ci sono posizioni divaricanti su quello che dovrebbe essere il ruolo della regione.

Ecco perché auguro al collega Grandi un buon lavoro, sapendo delle difficoltà cui andrà incontro, il suo rischio di essere ostaggio di questa contraddizione interna ed auspico che invece, al di là di queste questioni, cioè della discussione sull'Euregio, sappia portare tempestivamente all'attenzione di quest'aula problemi relativi come quello delle riforme, a partire dalla riforma per l'elezione dei sindaci, perché tra poco meno di un anno sia in Alto Adige che in Trentino i nostri comuni andranno alle urne per eleggere le amministrazioni comunali e non vorrei che non ci fossero ancora le riforme, mentre stiamo qui discutendo dell'Euregio,

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Leveggi.

Der nächste Redner ist der Abg. Taverna.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Leveggi.

La parola ora al cons. Taverna.

TAVERNA: Signor Presidente, signor Presidente designato, onorevoli colleghi, basterebbe la lettura di poche frasi per liquidare il programma presentato dal collega Grandi, frasi che sono state pronunciate e ritengo fedelmente riportate dal giornale 11Adigell, pronunciate dal suo compagno di partito e militante nella sinistra democristiana Gianpaolo Andreatta e dice: "Nulla meglio dei suoi vertici certifica oggi lo stato agonico della regione, Presidente Tarcisio Grandi, democristiano, oggi popolare,

che si defila sulla poltrona regionale sentendo odor di bruciato nelle più redditizie poltrone provinciali".

E' una fuga dalle responsabilità da parte dell'uomo Tarcisio Grandi rispetto al ruolo che ha pur avuto nell'ambito del suo partito e anche nella situazione politica del Trentino, quella di aver optato per la designazione a Presidente della Giunta regionale. Ma ritengo che, al di là di questo aspetto, che può essere marginale, con riferimento al significato politico di un ente, come quello regionale, oggi forse più di ieri all'attenzione dell'opinione pubblica, per una serie di ragioni che forse sono in questo momento indecifrabili, ma che comunque anche dalla più convinta partecipazione degli organi di stampa a questo dibattito, potrebbero dimostrare che la novità di questa Giunta, la novità che il Presidente designato ha inteso proporre nella sua relazione, possa costituire un qualcosa di innovativo, rispetto ad una realtà che da parte nostra è ben presente alla nostra testa.

Si dice nella relazione „la regione deve essere testa pensante", ma per pensare, caro Presidente, bisogna avere la testa, non so se lei si comporti come quel cavaliere, che pur essendo morto andava a combattere. Ritengo anche che l'atto di morte della regione non sia costituito da questa data, dal 23 marzo 1994, ma l'atto di morte di questa regione lo si debba per davvero ricercare nel momento in cui 22 anni fa, 1972, Kessler, che da Presidente della Giunta provinciale passò alla Presidenza della Giunta regionale, scambiandosi il posto con Grigolli, ebbe a dire e cito sempre un conoscitore di queste cose, vale a dire il dott. Gianpaolo Andreatta, l'un certificato di morte d'altra parte già nelle cose, infatti a partire dal 1971 la regione è un ente pubblico, dotato solo di un territorio abitato da popolazioni senza un governo", a dirlo fu Bruno Kessler nel 1972, quando teorizzò la centralità del Consiglio regionale nell'unico modo possibile per un ente dotato di un esecutivo senza poteri, perché senza competenze e di un Consiglio con poteri perché dotato di competenze legislative.

A parte il fatto che era oscuro anche questo ragionamento, ma va da sé che i ragionamenti dei democristiani non siano molto espliciti e chiari. Allora se l'atto di morte della regione è fatto risalire al 1972, e meglio di chi di uno degli interpreti della storia di quegli anni e Bruno Kessler lo ha dichiarato in quell'occasione ed in quell'occasione aveva altresì detto che la regione deve essere ripensata. Quando sentenza che la regione è morta, nel medesimo tempo dice che la regione deve essere ripensata.

Ebbene, colleghi della democrazia cristiana, avete avuto 22 anni di tempo per ripensare alla regione e dopo aver ripensato alla regione siete venuti con una proposta che mi permetterà di contestare, non tanto sul piano dello studio, anche perché a questo proposito vorrei ricordare al Presidente designato quanto hanno scritto in una pubblicazione, peraltro pregevole dal punto di vista culturale, "Collaborazione transfrontaliera e proposte di sviluppo", con tanto di stemma della regione, stampato in carta patinata, nel quale volume troviamo gli scritti di una trinità, sicuramente non santa, ma scientifica, il prof. Giorgio Conetti, il prof. Gianfranco Cerea, il prof. Pierangelo Schiera. Ed a questo proposito ci si può interrogare se questa trinità, chiamata ad illustrare il proprio pensiero -naturalmente a pagamento immagino - sia il pensiero

spontaneo dello studioso o sia invece il pensiero meno spontaneo di colui che scrive a gettone.

Non voglio mancare di rispetto nei confronti di illustri accademici, certo che una lettura approfondita dei loro scritti ci danno per scontato la impossibilità giuridica e politica soltanto di pensare all'Euregio e per ragioni economiche e per ragioni giuridiche, le ragioni storiche in questo momento nemmeno le tratto, perché mi sembrano talmente evidenti che non abbiano bisogno di ulteriore approfondimento, ma per quanto riguarda le ragioni economiche Cerea dice ~ e non ho ragione di dubitare sulla validità scientifica del pensiero del prof. Cerea - che esistono due realtà economiche con le quali questa Euregio dovrebbe fare i conti, la realtà economica del nord Italia e la realtà economica del sud della Germania, vale a dire della Baviera. Allora se le realtà economiche sono costituite da queste grandi aree geografiche, mi pare sia fin troppo evidente la conclusione alla quale il prof. Cerea giunge, vale a dire che una realtà economica che va capo all'Euregio non ha nemmeno la possibilità di essere pensata e d'altro canto ci viene a dire il prof. Schiera che da un punto di vista giuridico e politico ci sono tali e tanti ostacoli per giungere ad immaginare la realizzazione di questo obiettivo, attraverso vincoli che sono di ordine costituzionale e questi non sono già imposti soltanto dalla costituzione italiana, ma sono imposti anche dalla costituzione federale austriaca, se è vero come è vero che l'art. 10 della costituzione federale austriaca fa divieto ai Länder di poter sottoscrivere patti di natura pubblica, perché sono nella condizione di essere impediti di poterlo fare.

Per quanto riguarda la nostra realtà giuridico e politica la conosciamo, conosciamo quali sono le potestà a capo dello statuto, conosciamo quali sono le competenze riconosciute dalla carta costituzionale, conosciamo quali sono gli accordi internazionali a questo proposito sottoscritti e quindi immaginiamo che soltanto facendo mente locale al Trattato di Maastricht noi vediamo che il soggetto regione non esiste, e di conseguenza gli accordi anche per quanto riguarda Maastricht devono essere accordi che possono e debbono intervenire soltanto attraverso la presenza degli Stati.

Quindi il Trattato di Maastricht significa che a questo proposito la partecipazione non può che essere degli ordinamenti statuali e quindi è assolutamente falso e privo di qualsiasi consistenza anche da un punto di vista giuridico quanto affermato nella relazione del Presidente, attraverso un passaggio si afferma infatti che Maastricht dovrebbe garantire una ulteriore elasticità, al fine di giungere a quelle conclusioni di carattere giuridico - politico cui prima facevo riferimento.

Ma anche la legge 19 novembre 1984, n. 948, legge che recepisce l'accordo di Madrid, ci pone nella condizione di essere estremamente realistici a questo proposito, non si può non tener conto di questi vincoli a cui prima facevo riferimento, non si può proporre situazioni che la relazione del Presidente designato indica come analogiche, tipo la convenzione tedesco-olandese o tipo la convenzione del Benelux, convenzioni che hanno come punto di riferimento accordi che sono stabiliti a livello statale, ma c'è di più, anche per quanto riguarda la convenzione tedesco-olandese, proprio in questa interessante rivista pubblicata dalla regione l'accordo viene stipulato tra il Land Renania del Nord Vestfalia, il Land Bassa Sassonia, la Repubblica Federale

di Germania ed il Regno dei Paesi Bassi, sulla collaborazione transfrontaliera fra enti locali e altri organismi pubblici.

Cosa consegue a questo proposito? Consegue una realtà che se si volesse, per avventura, aderire a questo disegno, i soggetti destinatari della potestà di contrarre patti sono gli organismi statuali e di conseguenza gran parte allora del ragionamento che sostiene la necessità di quell'obiettivo che la relazione del Presidente mette in rilievo, è un ragionamento che sotto questo punto di vista non regge.

C'è di più. E' stato citato il collega Pahl come esponente della linea dura della SVP, il "becchino" della regione, qualcuno l'ha definito, ma ritengo che questa responsabilità se la deve assumere a pieno titolo il Presidente designato e cercherò di dimostrare perché. Consentitemi una battuta, ma se per davvero noi ci dovessimo **trovare** di fronte al problema di statura, la battuta sarebbe immediata, affidiamo l'incarico di risolvere i problemi di statura chiamando alla Presidenza un uomo di statura, non per niente si chiama Grandi, ma il fatto che si vuole dare del becchino a Pahl potrebbe anche essere, a mio personale giudizio, è un'affermazione anche simpatica, ma ritengo che più del becchino a Pahl bisogna dare a Grandi l'appellativo di essere Romolo Augustolo, vale a dire proprio nel momento in cui l'impero romano cade, si trova ad avere come imperatore l'ultimo degli imperatori, Romolo Augustolo, il quale deve trattare con i barbari, pagandoli per poter difendere i confini dell'impero.

Non so Grandi dove possa trovare le risorse finanziarie per pagare i barbari, che lo dovranno sostenere in questa lungimirante azione da grande statista di uomo di statura, che ha come obiettivo quello di essere il Presidente della regione, non già per fare il Presidente di una Giunta e quindi per governare questa regione nei limiti e nelle competenze che questa regione oggi giuridicamente ha, ma per ricorrere e per rincorrere un disegno che in questo momento è soltanto un sogno. Qualcuno diceva: ma perché impedire a Grandi di sognare? Ci mancherebbe altro che volessimo impedire a Grandi di sognare, noi vogliamo impedire a Grandi di fare dei danni, perché fin tanto che Grandi sogna è un fatto suo personale, ma quando il sogno di Grandi si trasferisce nella realtà e può procurare danno alle genti che vivono sul territorio della regione, a questo proposito mi sento non soltanto il rappresentante del Trentino, mi sento a pieno titolo il rappresentante della regione Trentino-Alto Adige, mi sento a pieno titolo consigliere regionale che si occupa dei problemi dell'Alto Adige, come si occupa dei problemi del Trentino e forse nessuno come noi ha in mente e nel cuore questo stato di necessità, ma anche istituzionale, nel quale noi, come consiglieri regionali, ci troviamo.

E' molto più realistico il collega Pahl, quando a pag. 290 di un altro volume, pubblicato sempre dalla regione - sicuramente la regione è un buon editore - dal titolo "Bozza di un quadro politico per la regione europea del Tirolo¹¹, il cons. Pahl, al primo punto, tra gli obiettivi, afferma: "Mediante un trattato internazionale tra Italia e Austria sarà costituita la regione europea del Tirolo¹¹. Allora se questo è vero, e non ho dubbi che non sia così, anche perché gli illustri accademici che ho citato giungono a questa conclusione, i precedenti, le analogie a cui prima facevo riferimento, mettono in rilievo questa caratteristica e ancora il collega Pahl, a proposito della sovranità parla di sovranità divisa, i confini nazionali rimarranno invariati, gli Stati contraenti

continueranno ad esercitare nei territori, che al momento della firma del trattato rientrano sotto la loro sovranità, ecc.

Quindi siamo nella condizione di poter valutare quanto scrive Pahl e quanto scrive il Presidente designato nella sua relazione, che è molto più realista e diamo atto alla SVP di essere un partito realista, anche perché la SVP ha sempre coltivato l'obiettivo della politica del carciofo, foglia dopo foglia, lei è rimasto alla foglia di fico collega Grandi, non so se a pieno titolo, ho alcuni dubbi, anche perché il collega Pahl ha dimostrato, in maniera inequivocabile, che lei ormai la foglia di fico l'ha persa, ma dice di più il collega Pahl e riassume tutta intera la posizione politica della SVP - e lo voglio leggere questo passo, perché è importantissimo e ci fa comprendere fino in fondo come possa un democristiano essere il commissario liquidatore, l'ufficiale di anagrafe che certifica lo stato di morte della regione, avendo peraltro avuto precedenti illustri, proprio ricordando la figura di Kessler, il quale nel 1972 ha detto quello che mi sono permesso di citare.

Ci sono voluti 22 anni perché un altro democristiano, sempre della sinistra di quel partito, ci venga a sciorinare un discorso che dovrebbe essere nuovo e originale, mentre in realtà non è che la recita a soggetto, il cons. Grandi sta recitando a soggetto in lingua italiana quello che la SVP vorrebbe recitare in prima persona in lingua tedesca, ecco perché Romolo Augustolo. Ritornando allora al ragionamento di Pahl, che è la verità, quanto meno dobbiamo riconoscergli l'onestà delle posizioni, Pahl afferma: il Sudtirolo ha chiuso la questione del pacchetto e con esso una fase storica, che ne apre una nuova, perché? Perché nella logica della politica del carciofo evidentemente non ci si può mai accontentare e quando si arriva ad una scadenza, e questa scadenza viene superata, immediatamente se ne sogna un'altra e politicamente si immagina di raggiungere la prossima. Il pacchetto costituiva fin dall'inizio un qualcosa di provvisorio e richiede ora nuove soluzioni adeguate ai rivolgimenti in atto, come ha indicato la SVP nel congresso provinciale del partito nelle due risoluzioni del 1991 e del 1992, relative alla chiusura del pacchetto.

E' evidente allora come il disegno politico, immediatamente riconoscibile, prende quota. Il nuovo programma del partito della SVP nel frattempo ha individuato quale nuovo obiettivo la regione europea del Tirolo.

Romolo Augustolo, caro Grandi, tu sei, perché in queste frasi ed in queste dichiarazioni di principio noi intravediamo la subalternità, che in virtù o in ossequio ad una politica di tanti anni fa, destinata ad una volgare ripartizione di territori, voi avete dimenticato il senso dello Stato e la necessità di essere grandi, ma grandi con la statura degli uomini veri.

Tuttavia finora la SVP non è stata in grado di dare contenuto a tale idea e a livello di Presidenza si è addirittura registrato un certo timore e una certa resistenza nei confronti di una discussione sui contenuti concreti, ma le idee sono soltanto vuote formule, se prive di contenuto. Per non far cadere nel vuoto la futura politica sudtirolese si cercherà qui di seguito di presentare degli elementi utili alla discussione.

Allora, poiché con il raggiungimento degli impegni previsto dal pacchetto, poiché la quietanza liberatoria dell'Austria, poiché- il trattato di amicizia italo-austriaco ha chiuso

definitivamente la questione altoatesina e poiché la SVP ha interpretato in questi anni, dal 1945 ad oggi, il ruolo di partito di raccolta, tutto teso a difendere la minoranza di lingua tedesca, è evidente che nel momento in cui questa tutela è stata garantita da quelle scadenze e da quegli accordi, cui prima facevo riferimento, ma il ruolo di partito di raccolta della SVP viene a mancare, allora cosa inventa la SVP per garantirsi il proprio futuro politico, se non quello di inventare altri obiettivi, se non quello di inventare l'Euregio, guarda caso interpretata ed illustrata da un democristiano! La storia si ripete, ma credo che noi ci troviamo di fronte alla miopia politica della democrazia cristiana, oggi del Partito Popolare del Trentino, il quale in tutta sostanza fa correre il rischio al Trentino di perdere la propria autonomia, in quanto il Trentino dovrebbe essere attratto dal Veneto, da altre aree. Ma io domando al Presidente designato, perché pensare all'Euregio soltanto tenendo conto delle province di Trento, Bolzano ed Innsbruck, perché non pensare ad esempio al bellunese, al Vorarlberg, perché non pensare a occidente, ai territori confinanti della Svizzera e della Lombardia, se per davvero volessimo dare contenuto e significato concreto ad una proposta che dovrebbe essere anche di natura economica.

Quindi sono molto certo della conclusione a cui sono giunto, proprio attraverso la lettura dei documenti che abbiamo di fronte, documenti che mi sembrano essere del tutto esaurienti per quanto riguarda la definizione di uno scenario politico e di una collocazione politica delle persone e dei partiti, proprio in ragione di una contingenza storica nella quale oggi ci troviamo.

Signor Presidente designato, non mi limito soltanto a contestarle il diritto alla formulazione di quell'obiettivo dell'Euregio, che come qualcun altro oggi ha detto giustamente era un falso obiettivo, per mascherare in realtà la volontà di concedere alle due province ulteriori competenze amministrative, che fanno capo alla regione.

vogliamo quindi giungere fino in fondo alla spogliazione completa delle competenze della regione? Lo potete anche fare, noi del MSI assicuriamo fin d'ora che ci opporremo con il ragionamento e con la nostra presenza politica, ci opporremo cercando di spiegare anche all'opinione pubblica le ragioni per le quali si vuole giungere a tutti i costi a questo risultato.

Mi consenta il Presidente designato della Giunta regionale ancora qualche secondo, per occuparmi in breve sintesi di due, tre questioncelle, che ritengo essere degne di attenzione.

La questione elettorale. E' inutile che vi sognate portare a casa riforme elettorali che non siano nello spirito dell'art. 25 dello statuto, che prevede nella nostra realtà regionale l'elezione con il sistema proporzionale e naturalmente, ha fatto benissimo Pahl a ricordarlo, anche in questo contesto Pahl dimostra di essere più realista di lei, quando afferma, difendendo il sistema proporzionale proprio in polemica di una legge elettorale che non gli consente di poter avere a disposizione la quota proporzionale, perché non è in grado di raggiungere il 4%», è una polemica contingente, ma pur sempre una polemica. Dicevo che è più realista quando afferma la necessità del sistema proporzionale, in quanto questa è un dovere previsto dall'art. 25.

Quindi potete parlarne, ma potete limitarvi a parlare di riforme elettorali soltanto alla stregua di come voi vi limitate a parlare di Euregio, cioè vendendo fumo e non portando a casa niente.

Altra questione. Signor Presidente designato, come si permette, a nome di una maggioranza, vorrei a questo punto far intervenire anche l'ufficio di Presidenza, il signor Presidente facente funzioni, Peterlini, dovrebbe far salti mortali quando legge nel programma che il Presidente della Giunta intende apportare modifiche al regolamento del Consiglio regionale, come è possibile? Nemmeno nello Stato del centro Africa, la civiltà giuridica è sicuramente superiore alla civiltà giuridica e al rispetto della libertà e della democrazia, malamente interpretata dal Presidente designato! Come è possibile che un governo voglia intervenire nelle questioni tipicamente istituzionali dell'assemblea legislativa ed imporre una modifica al regolamento! Ma da quando tra gli obiettivi di governo vi è la modifica del regolamento del Consiglio regionale!

Scusatemi se alzo la voce, dovrebbe alzarla il Presidente Tretter, non lo può fare perché fa parte della maggioranza, dovrebbe alzare la voce Peterlini, lui dice: sono ancora giovane per poter vedere l'Euregio, lei è alla quarta legislatura, ha cominciato fin da bambino a fare il consigliere regionale, Presidente Peterlini!

Come è possibile, dopo tanti anni di esperienza, poter accettare, da parte del candidato alla Presidenza, tra gli obiettivi del governo di questa Giunta tripartita, come è possibile accettare senza reagire e voi dell'ufficio di Presidenza in primo luogo, a nome dell'assemblea, avreste dovuto reagire ed in questo momento, scusatemi, ma mi sento di surrogarvi, la mia è una orgogliosa sostituzione al vostro incarico, mi sento in questo momento di essere

Presidente del Consiglio regionale, perché sono l'unico finora che si è accorto di tale questione; non è di secondaria importanza, fondamentale, che ovviamente si riferisce alle regole e quindi al con il quale questa assemblea deve poter procedere per quanto riguarda i propri lavori.

Quindi appartiene alla sovranità esclusiva dell'assemblea e non alla volontà dell'esecutivo determinare modifiche al regolamento ed a questo proposito noi del MSI saremo inflessibili, intransigenti, se per avventura la presunzione di Grandi giungesse al punto di concretizzare il suo impegno, previsto tra i punti del programma.

Mi pare di aver detto tutto quello che e *I* era da dire e credo di aver fatto un intervento dettato da considerazioni estremamente obiettive, mi sono limitato a leggere i documenti, a comparare gli obiettivi previsti dei documenti, a dare a Cesare quello che è di Cesare ed a dare a Grandi quello che è di Grandi.

In conclusione del mio intervento, ritengo di poter dire che in tutta sostanza ci troviamo di fronte ad un documento inconsistente, un documento che dimostra pienamente l'impotenza, politica di una maggioranza, che qualcuno ha definito essere una maggioranza condannata a governare, pere qualcuno è condannato a governare? Ritengo allora che sarebbe stato più saggio, più utile, più concreto e propositivo limitarsi per davvero alla realtà e non giocare alla fantapolitica. Molto probabilmente Grandi passerà alla storia, altri Grandi sono passati alla storia, ce n'è uno che si chiama Dino, proprio oggi 23 **marzo lo** potremmo

ricordare, ma caro Tarcisio è opportuno, a questo proposito, che l'atto di coraggio non si spinga verso la fantapolitica dell'Euregio, ma l'atto di coraggio sia dimostrato nell'attività di governo concreta, limitata alle competenze che ancora della Regione fanno parte.

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Taverna.

Der nächste Redner ist der Abg. Binelli.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Taverna.

Il prossimo oratore iscritto a parlare è il cons. Binelli.

BINELLI: Signor Presidente, credo che oggi si parlerebbe in modo sicuramente diverso della regione, se la regione stessa fosse stata gestita in maniera diversa. E' facile fare questa affermazione, perché con il senno del poi ognuno è maestro, però secondo noi autonomisti non si sarebbe giunti al secondo statuto di autonomia, al pacchetto del 1972 se i padri fondatori dell'autonomia regionale - e parlo dei padri trentini - avessero poi gestito l'autonomia stessa in maniera decisamente diversa.

Per noi del partito autonomista, lo abbiamo sempre sostenuto fin dalle origini dei grandi movimenti autonomisti regionali del secondo dopoguerra, la regione è un anello essenziale per la salvaguardia delle competenze autonomistiche e perché le competenze autonomistiche della provincia di Trento vengano rispettate e tutelate adeguatamente. In questo ci differenziamo dalla visione del partito autonomista della provincia di Bolzano e non lo nascondiamo, ma è pur sempre vero che per noi, se si rompe la catena della regione, verrebbe meno quell'aggancio indiretto al trattato internazionale alla fine della seconda guerra mondiale che ha sancito l'autonomia per la provincia di Bolzano e per la regione Trentino-Alto Adige.

Dicevo degli amministratori dell'autonomia in provincia di Trento e all'interno della regione agli inizi di questa esperienza della Repubblica italiana. Credo che per decenni la nostra provincia di Trento è stata volutamente ghetizzata nell'ambito regionale da una visione miope dell'autonomia, non sono stati attivati quei basilari strumenti, perché le nostre popolazioni trentine potessero crescere nella visione dell'autonomia e parlo della mancata attivazione della provincializzazione della scuola, parlo della mancata attivazione di un insegnamento a livello scolare fin dalla scuola elementare dell'insegnamento di quello strumento potentissimo per la comunicazione tra i popoli che è la lingua. Tutte le realtà europee, al di fuori di quella italiana, conoscono una seconda lingua, basta passare nei vari Stati del nord Europa non vi è persona che non conosca, oltre la propria lingua materna, una seconda lingua, che costituisce un veicolo insostituibile per comunicare tra i popoli e per mantenere quei rapporti di buon vicinato e di collaborazione che sono indispensabili per una sana convivenza.

In tutta Europa si parlano due lingue, noi in provincia di Trento potevamo fin dal primo statuto di autonomia, caro Mitolo, insegnare ai nostri figli una seconda lingua, nella nostra regione la lingua tedesca, guarda caso in provincia di Trento sappiamo tutti il dialetto Trentino, meno bene la lingua italiana ed è stato un progetto

politico voluto questo, l'ho sempre sostenuto nelle passate legislature lo continuerò a sostenere e nessuno potrà smentirmi, perché la storia mi dà ragione.

Allora è stato inevitabile che, mancando una scuola dell'autonomia, una scuola che insegni la convivenza e la storia anche vista dall'altra parte, i risultati siano quelli che sono sotto gli occhi di tutti, c'è da prenderne atto ed ognuno deve fare l'esame di coscienza e prendersi la sua fetta di colpe, anche noi prendiamo la nostra, certamente, il partito autonomista doveva essere più incisivo in questo.

Allora alla regione sono rimaste competenze ordinamentali, il bilancio della regione è, grossomodo, pari a quello di un bilancio in termini finanziari di un singolo assessorato delle due province, attorno ai 500 miliardi è il bilancio medio di un dicastero assessorile nelle due province, di queste competenze la stragrande parte è di carattere ordinamentale, dal punto di vista operativo non ha quasi ruolo di incidenza, all'infuori dell'ufficio del catasto e del libro fondiario, nei quali auspichiamo ci sia una rapida accelerazione per decentrare questi servizi sul territorio e quindi portare nelle sedi periferiche del catasto anche il catasto edilizi cosa che non è ancora generalizzata.

E' un organismo che assorbe gran parte dell'appropriata dotazione finanziaria nel proprio apparato, è inutile negarlo, un apparato che secondo noi è sovradimensionato, l'apparato regionale per quello che deve fare la regione è sicuramente sovradimensionato ed in tempo di vacche magre forse vale la pena di fare anche un pensierino su questo. Peraltro l'ente pubblico in generale deve fornire dei servizi ad utenza, deve dare garanzie di imparzialità nell'espletamento dei propri servizi ma però questo avviene sempre in un regime di monopolio, ovvero non c'è alcun termine di confronto per poter valutare se l'operatività dell'apparato pubblico è compatibile con i costi che essa stessa comporta nei confronti della comunità ed è ora e tempo che si dica questo apertamente, perché qualcuno produce quel reddito al di fuori di questi palazzi.

E' ora e tempo che qualcuno faccia presente all'interno del palazzo cosa ne pensano quelli che stanno fuori dal palazzo, che sono la maggioranza e quindi arrivare a creare dei criteri, perché ci sia anche all'interno della pubblica amministrazione una valutazione ed un'incentivazione della produttività, che non sia una semplice ripartizione, come avviene in questo momento, dei fondi che vengono ripartiti in maniera percentuale, ma probabilmente stabilire anche dei criteri e quindi con questo andare ad incidere in quel campo del soggetto singolo, che è quello dello stimolo alla maggiore produttività ed a una maggiore responsabilizzazione stessa nelle decisioni.

Vorrei fare qualche accenno su alcuni temi specifici ed in primo luogo quello che riguarda la riforma elettorale, distinguendola in due parti: la riforma del nostro Consiglio regionale da un lato e quella dei comuni dall'altro. Credo che per quanto riguarda la riforma della legge elettorale, per il partito autonomista non occorran grandi cose, bastano due righe messe in coda ad un articolo dell'attuale norma, con le quali si dica semplicemente che per accedere al riparto dei resti sia necessario aver raggiunto una soglia percentuale minima, sulla quale si può discutere, ma che sicuramente è al di sopra del quoziente pieno.

Non siamo d'accordo con una proposta di legge elettorale che comporti una modifica delle norme statutarie, perché fintanto che a livello nazionale non viene fatta chiarezza su questa grande rivoluzione in atto con la nuova riforma elettorale e quindi saranno chiariti i quadri anche amministrativi, non possiamo tentare un'avventura al buio e cioè chiedere una modifica dello statuto per la riforma elettorale e trovare una modifica dello statuto in termini finanziari. Questo è il timore del partito autonomista.

Dopo di che, chi ha grandi proposte sulla riforma elettorale dovrà pur tener conto che 40 anni di storia qualcosa hanno insegnato ed il sistema proporzionale ha garantito, sancito anche dallo statuto, la pluralità all'interno della regione, la rappresentanza a tutte le minoranze e una dialettica interna basata sul confronto democratico.

E' innegabile che la grande fase di transizione che ha investito la repubblica italiana non si concluderà con le elezioni del 27 e 28 marzo, sarà solo un primo passo, stiamo anche noi traghettando da un sistema partitocratico ad un altro sistema, che qualcuno definisce più moderno, sull'esempio delle grandi repubbliche occidentali. Ebbene, il primo passo, che è quello del 1 appuntamento elettorale del **27-28** marzo non creerà, secondo me, grande chiarezza, ma grande confusione, il nostro male latino della frammentazione che dovrà essere superato dalla proposta di legge elettorale a sistema maggioritario, in realtà creerà lo stesso panorama variegato a macchie di leopardo forse più del precedente, con la differenza che non ci sono più le regie, criticate perché hanno abusato del potere loro conquistato nel passato, ma sicuramente verrà a mancare quel potere di regia che poteva esserci per il passato e che era svolto dai partiti. Allora attenzione, fintanto che non si chiarirà questo quadro nazionale non tento avventure di modifiche statutarie.

Per quello che riguarda i comuni, ho fatto anch'io l'amministratore comunale per qualche anno, è stato un tirocinio utile, anche duro, che consiglieri e molti colleghi consiglieri regionali, è un'esperienza utilissima quella dell'amministrazione, della prima cellula della nostra democrazia, quale è la realtà comunale, ebbene, francamente se dovessi esprimere delle opinioni personali non credo che la grande riforma elettorale dell'elezione diretta del sindaco sia la panacea dei mali delle nostre amministrazioni comunali.

E' anche questo, se non stiamo attenti, un sistema per confondere un'altra volta le idee e far finta di cambiare, perché alla fine tutto rimanga come prima. Al sindaco o si danno competenze nuove e diverse, o si fa diventare realmente l'amministratore punto di riferimento del comune e allora dobbiamo venire anche a vedere quale sarà il luogo dei segretari comunali, perché oggi i segretari comunali sono i veri sindaci ed il sindaco è il segretario del segretario comunale, oppure dobbiamo avere il coraggio di dirci in faccia che qui bisogna cambiare, perché l'ha fatto lo Stato e lo dobbiamo fare anche noi, altrimenti ce lo impongono e che è una delle tante riforme all'italiana, anche questa.

Credo che anche il recepimento della normativa nazionale, la 142, sia stata enfatizzata; sembra che lo statuto comunale sia la magna carta libertatum di tutte le realtà di periferia, in realtà sappiamo bene, gli statuti sono delle norme regolamentari interne, più

o meno articolate, con un'unica potestà di indicazione e di scelta arbitraria nell'assemblearismo più o meno spinto delle decisioni che si devono assumere in sede di predisposizione del bilancio dell'amministrazione comunale; per il resto credo che, se vogliamo togliere tutto il vestito per vedere quello che c'è sotto questo grande statuto comunale, probabilmente rimarremo un tantino delusi. Vero è che va parimenti portata avanti una riforma della norma che riguarda anche le indennità dei sindaci e degli amministratori comunali, è umiliante che un sindaco o un consiglio comunale debba decidere in sede propria, con un margine di aleatorietà così ampio, circa il proprio trattamento economico per il tempo dedicato alla pubblica amministrazione. C'è un indicatore che è indiscutibile sull'importanza di un comune, che è il proprio bilancio, come del resto questo vale per una società, ebbene credo che il riferimento per il trattamento economico degli amministratori comunali debba essere strettamente legato all'ammontare del bilancio di parti correnti, perché per quello che riguarda il bilancio nella parte straordinaria sappiamo che tanti comuni stendono il libro dei sogni per ovvie ragioni.

Quindi non è un aspetto che è pregnante ed un indicatore attendibile dell'importanza del comune e quindi proporrei di ridurre quel campo di aleatorietà nella fissazione delle indennità, che attualmente dal 50 al 100%, parametrato sullo stipendio del segretario, ha una banda di oscillazione molto ristretta e tenendo conto comunque del bilancio di parte corrente, ovviamente agganciato anche ad un parametro legato alla popolazione del comune stesso.

Non sarebbe forse da sottovalutare anche il caso, e qui mi rendo conto di diventare antipatico ad una categoria che a livello comunale ha sicuramente la capacità di incidere e anche di ricattare, se vogliamo, e cioè arrivare a definire un ruolo diverso del segretario comunale e mi riferisco ai ruoli provinciali del segretario comunale, perché non è ammissibile che la nuova Giunta provinciale possa rinunciare ai dirigenti generali e una amministrazione comunale non possa farlo nei confronti del proprio dirigente, che è il segretario comunale. Facendo un raffronto adeguato credo che questo debba essere ripreso in esame, perché sappiamo che la inamovibilità della figura del segretario comunale può comportare anche delle difficoltà a livello amministrativo per le amministrazioni comunali.

Affronto un ultimo aspetto che riguarda l'autonomia in generale. Abbiamo assistito in questi ultimi anni ad un comportamento quasi sistematico da parte del Parlamento e del Governo e cioè laddove riteneva che certe competenze delle province autonome fossero da ritoccare, si è avvalso del potente strumento di dichiarare legge quadro di grande riforma economico- sociale tante leggi che leggiquadri non sono, in modo tale da far innescare quel meccanismo automatico dell'art. 4, che rende applicabile questa legge-quadro anche nell'ambito del territorio delle due province autonome di Trento e di Bolzano, sia pure con il margine dei sei mesi stabiliti dalla consulta costituzionale circa un paio di anni fa, a seguito di un ricorso, e costringendo le due realtà autonomistiche di Trento e di Bolzano ad adire alla corte suprema per salvare le proprie potestà autonomistiche.

Qui assistiamo ad un comportamento generalizzato dello Stato italiano, che è quello di voler far rientrare lentamente le competenze di tipo primario delle due province in quelle di una regione a statuto ordinario, in questo credo sia necessario compiere un lavoro parallelo dalle due province, perché forse i 450 mila abitanti in provincia di Trento, ed i 450 mila abitanti circa della provincia di Bolzano, per far sentire la loro voce nei confronti degli altri 56 milioni di abitanti dello Stato italiano, sia opportuno che questo avvenga camminando in maniera congiunta.

Vorrei fare un'altra considerazione, che è derivata forse dall'esperienza di amministratore comunale. Ho visto che il nostro apparato legislativo va bene per tutti fintanto che non si litiga, quando troviamo due cittadini o una pubblica amministrazione ed un cittadino, l'uno contro l'altro, litigare per un'interpretazione di legge del nostro impianto autonomistico, guarda caso, tutti gli organi di pronuncia amministrativa o giudiziaria che esistono nell'ambito della nostra regione seguono l'ordinamento dello Stato e ignorano il nostro impianto autonomistico. Allora mi chiedo che valenza hanno le nostre leggi, il lavoro svolto in tanti decenni, se poi di fronte al TAR, di fronte alla Corte dei Conti, di fronte alla magistratura in generale quando le cose devono essere chiarite, perché qualcuno si sente torteggiato, questi organismi ignorano il nostro * e applicano quello dello Stato.

C'è da chiedersi realmente qual è la reale portata della nostra specificità e quindi in questo la nostra autonomia ed il nostro regionalismo sono vuoti, perché il disegno regionalistico che porta avanti lo Stato italiano è quello di livellare tutte le regioni e portarle a statuto ordinario. Dà l'illusione di dare una delega amministrativa, in realtà poi tutto l'impianto lo decide lui e non lo vuole mollare. Questo credo sia un messaggio che va inviato ai 17 parlamentari delle due province di Trento e Bolzano che verranno eletti 27-28 marzo, perché loro devono farsi carico - al di là della appartenenza e della coloritura, che adesso sappiamo essere più sfumata che non qualche tempo fa - di questo grande compito di sentinelle vigili a tutela della nostra specificità autonomistica ed ogni qualvolta il Parlamento inserisce quella clausola di quattro righe, in cui si dichiara che: "sono comunque fatte salve le potestà primarie delle due province autonome di Trento e di Bolzano". Questo è il compito che i nostri parlamentari autonomisti devono portare avanti, se vogliono fare un servizio alla nostra regione e alla nostra specificità.

Ho voluto fare queste piccole riflessioni, in parte riprese da altre considerazioni, ma che sono sempre attuali, perché il partito autonomista crede nel ruolo insostituibile della regione.

L'opportunità della discussione che ci è offerta dall'elezione del Presidente della Giunta regionale, credo non ci potesse esimere dal fare queste considerazioni, dettate un po' dall'esperienza ed un po' dalle ragioni storiche, che hanno visto il partito autonomista scendere sempre in campo a tutela della nostra specificità, proprio perché ha circoscritto il proprio campo d'azione esclusivamente alle necessità e all'ambito territoriale della provincia di Trento. Tutto quello che il partito autonomista fa al di fuori della provincia di Trento è funzionale alla tutela della nostra specificità autonomistica.

(Assume la Presidenza il Presidente Tretter)
(Präsident Tretter Ü bernimmt den Vorsitz)

PRESIDENTE: Sono le ore 12.50. Nella Conferenza dei capigruppo avevamo concordato che i lavori riprendevano alle 14.30.

Sull'ordine dei lavori ha chiesto la parola il cons. Vecli.

VECLI: E' una prevaricazione nei confronti del singolo consigliere modificare all'ultimo momento un orario di lavoro. Ognuno di noi ha dei programmi, si è preso degli impegni e credo vadano rispettati. Grazie.

PRESIDENTE: Questa mattina nessuno si era opposto in Conferenza dei capigruppo, però capisco che comunicarlo all'ultimo momento potrebbe mettere in difficoltà qualche collega. Allora restiamo d'accordo che i lavori riprendono alle ore 15.00.

Comunico all'assemblea che i lavori nel pomeriggio proseguono fino alle ore 18.00.

Guardi consigliere, non è che il presidente debba modificare la volontà della maggioranza dei capigruppo, perché uno è contrario.

Cons. Muraro, il Presidente porta sempre l'argomento nella Conferenza dei capigruppo, questa mattina ho fatto presente che c'erano tante prenotazioni ed avevamo concordato, e nessuno si era opposto, di anticipare il pomeriggio di mezz'ora e di posticipare la chiusura dei lavori alle 18.00. Tutti erano favorevoli.

Lei fa presente che ha un impegno, caso mai lo giustifichi alla Presidenza e vediamo come risolvere anche questo problema.

I lavori sono sospesi e riprenderanno alle ore 15.00.

(ore 12.50)

(ore 15.06)

Presidenza del Presidente Franco Tretter

PRESIDENTE: La seduta riprende. Prego procedere con l'appello nominale.

DENICOLO' (*segretario*): (fa l'appello nominale)

PRESIDENTE: Sull'ordine dei lavori ha chiesto la parola il co~ Benedikter.

BENEDIKTER: Herr Präsident! Ich bin überzeugt auch im Namen vieler zu sprechen. Sie haben heute Vormittag und auch bei der Gruppensprecherzusammenkunft gesagt, man soll bis 18.00 Uhr weiterarbeiten. Ich möchte hervorheben, daß dies nur einen Sinn

hat wenn heute fertiggemacht werden kann. Aber wenn nicht fertig wird, dann bin ich der Ansicht, daß man dabei bleiben soll, was schriftlich in der Einladung steht und man macht eben morgen weiter.

(Illustre signor Presidente! Penso di parlare a nome di molti consiglieri. Nel corso della seduta antimeridiana ed anche _in sede di capigruppo Lei ha segnalato che i lavori sarebbero proseguít! sino alle ore 18.00. Vorrei far notare che ciò è ragionevole solamente se oggi riusciremo ad ultimare i lavori. in caso contrario dovremmo, a mio avviso, attenerci al calendario dei lavori programmato, ovvero proseguire domani í lavori.)

PRESIDENTE: Ha chiesto in intervenire la cons. Kury. Ne ha facoltà

KURY: Danke, Herr Präsident! Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Kollegin Alessandra Zendron hat hier gestern ausführlich zum Regierungsprogramm Stellung genommen. Ich werde jetzt meinen Beitrag relativ kurz halten und mich vor allem auf das Argument konzentrieren, das hier gestern im Raum die Gemüter einiger Abgeordneter erhitzt hat und vor allem das Gemüt des Herrn Frasnelli. Herr Frasnelli hat gestern hier gesagt, der Begriff Europaregion Tirol werde hier zerredet. Er hat gesagt, aus der Regierungserklärung des designierten Präsidenten und aus der Erklärung des Fraktionssprechers Pahl sei klar definiert, wie diese Europaregion Tirol aussehen soll. Hier kann ich wirklich nicht übereinstimmen. Ich habe eineinhalb Tage lang aufmerksam zugehört und das Einzige, was mir nach eineinhalb Tagen hier klargeworden ist, ist, über diese Europaregion, wie sie nicht ausschauen soll. Da haben sich alle Befürworter relativ leicht getan, das zu definieren. Es ist vom Kollegen viola gesagt worden, kein neuer Staterello soll gegründet werden. Es ist gesagt worden, diese Europaregion soll kein Ausdruck regionalen Egoismusses sein. Diese Europaregion Tirol soll nicht nach rückwärts blicken usw. Allerdings habe ich in allen Beiträgen positive Formulierungen vermißt. Ich denke, daß sich hier auch die Befürworter viel schwerer tun und genau das ist auch das Handicap unserer Gruppierung. Dieser Mangel an Klarheit auch nach eineinhalb Tagen Diskussion in diesem Haus hier gibt noch einmal meiner Kollegin Zendron Recht in ihren Ausführungen von gestern. Zendron hat sich nicht mit Pessimismus geäußert, wie ihr vorgeworfen worden ist, sie hat sich auch nicht mit Mißtrauen geäußert und sie hat schon gar nicht politische Demagogie betrieben in diesem Haus hier. Wer genau zugehört hat, der hat gemerkt, daß sie einfach differenzierter geurteilt hat und dem Kollegen Frasnelli muß einfach die Hälfte ihres Beitrages nicht bewußt geworden sein oder muß sie verschlafen haben. Denn sie hat ganz deutlich dargelegt, welche Geisteshaltung diese europäischen Regionen haben können. Da gibt es nun einmal eine Region, die entsteht, weil nationalistisch ethnische Kräfte sie haben wollen und eine solche Region lehne~ wir selbstverständlich ab. Da könnte es aus unserer Sicht positive neue Gebilde geben, in der eine echte demokratische überregionale Zusammenarbeit möglich ist und in der von Anfang an die Karten auf den Tisch gelegt werden und deutlich gesagt wird, worauf man hinaus will

und diesbezüglich können wir nicht anders als dafür sein. Ich glaube, die Grünen waren sicherlich von Anfang an immer für eine echte Abgabe der Macht an den Bürger. Je dezentraler umso besser. Das war unsere Stellungnahme. Aber wir meinen es hier auch ganz ernst mit der Abgabe der Kompetenzen vom Staat bis an den Bürger. Wenn ich daran denke, was gerade in diesem Haus voriges Jahr aus dem Staatsgesetz Nr. 142 gemacht worden ist, was die neue Gemeindeordnung betrifft, kann ich nur feststellen, daß die Mehrheitsparteien hier es mit der Abgabe der Kompetenz an den einzelnen Bürger nicht so ernst meinen, wie sie es sonst gerne, wenn es in ihren Kram paßt, sagen. Es ist mir also nicht möglich gewesen, mir ein deutliches Bild davon zu machen, wie diese Europaregion Tirol nun ausschauen soll. Lassen Sie mich hier bitte kurz erklären, was in meinen Vorstellungen für die Schaffung eines Europa der Regionen spricht. Ich möchte mich hier ganz deutlich dafür aussprechen, ein Europa der Regionen zu schaffen. Allerdings lassen sie mich aber auch gleichzeitig erklären, warum ich die Geburt dieser Europaregion Tirol zumindest abwartend und etwas skeptisch entgegensehe.

Zum ersten Teil: Was spricht für die Schaffung von Europaregionen? Ich habe leider keine alten Vorträge und was ich sage, habe ich mir selbst erarbeitet und es wird etwas hausbacken klingen, aber umso ehrlicher. Mir scheint, daß zwei Bedürfnisse heute Europa und vielleicht die ganze Welt charakterisieren, die parallel vorhanden sind, die sich aber zum Teil entgegenlaufen, widersprechen. Da haben wir einerseits das Bedürfnis nach übernationalen Zusammenschlüssen, die einfach notwendig geworden sind, um den großen Herausforderungen unserer Zeit begegnen zu können. Ich denke da an Probleme in der Ökologie, der Emigration, an soziale und wirtschaftliche Spannungen usw. Diese Probleme werden kleinräumig heutzutage sicherlich nicht mehr zu lösen sein. Dieses Bedürfnis ist europaweit vorhanden. Tatsache eben auch der Beitritt Österreichs an die EU usw. Dem entgegen glaube ich feststellen zu können, daß nie wie heute ein anderes Bedürfnis auch vorhanden ist, nämlich das Bedürfnis nach Eigenständigkeit. Diesem zweiten Bedürfnis kommt nun die Zauberformel Europa der Regionen sehr entgegen und es gibt gute kulturelle, politische, ökologische, ökonomische und soziale Gründe, die einen Prozeß der starken Regionalisierung wünschenswert erscheinen lassen. Da ist vor allem das Bedürfnis nach einer Verwurzelung, das Bedürfnis

etwas pathetisch gesagt, nach Heimat, Geborgenheit und nach Identität zu nennen. Je stärker Globalisierung von oben her angesagt ist, desto weniger wohl scheinen sich zunehmend mehr Menschen darin zu fühlen. Zahlreiche 'Bewegungen, die sich für Identitätsbewältigung von unten eintreten und sich um Sprache, Tradition, ethnische Eigenart usw. einsetzen, sind heute überall festzustellen, sei es in Osteuropa, sei es aber auch im zunehmenden Selbstbewußtsein der indigenen Völker im Süden bzw. in den peripheren Gebieten unserer Welt. Das Streben nach Anerkennung und Geltung lokaler, regionalen Identität und Kultur gehört sicher zu den wichtigen neuen Bewegungen und daraus ergibt sich mit Nachdruck die Forderung nach einer entsprechenden Umgestaltung des organisierten Zusammenlebens der Menschen und der Völker. Doch nicht nur kulturelle und historische Gründe sprechen für Regionalisierung. Dieselbe

Einsicht kommt auch aus der ökologischen Erkenntnis von der zwingenden Notwendigkeit, natürliche Kreisläufe auf der untersten möglichen Ebene zu schließen. Alle sind wir uns bewußt, welche heillosen Katastrophen angerichtet werden, wenn diese Kreisläufe unüberschaubar waren bzw. wenn sie da gesprengt werden. Ich denke, daß wir unsere Schulden bei der Umwelt nicht auf ferne Tage und nicht auf ferne orte verschieben können, sondern daß es viel einfacher ist, im regionalen Raum reinhalten statt zu verschmutzen, verletzte Natur wieder zu heilen, ein schonender Umgang mit Ressourcen und die Bewahrung der gefährdeten Ökosysteme. Alles das und auch da für die Menschen Verantwortung zu ziehen, ist viel einfacher, wenn der Raum überschaubar wird. Zunehmend setzt sich aber auch die Erkenntnis durch, daß ökonomische Fragen, so sehr sie auf globale Prozesse zurückzuführen sein mögen, auch in regionalen Kleinraum zumindest einen wichtigen Schlüssel zur Lösung finden können. Gerade die sozialen Auswirkungen eines immer schrankenloseren großen Marktes machen die Forderung nach vielen regionalen Binnenmärkten realistisch und auch eine Wiederregionalisierung bestimmter Bereiche der Wirtschaft könnte in Kürze als vernünftiges Postulat erkannt werden. Spätestens dann, wenn die Transportauswüchse einerseits und die völlige Marktabhängigkeit samt entsprechender Aushöhlung der lokalen Ökonomien andererseits dazu zwingen werden. Auch demokratiepolitisch bringt Dezentralisierung und Regionalisierung natürlich nur Vorteile mit sich. Kleine überschaubare Räume erleichtern den Bürgern die aktive Mitarbeit und die aktive Mitentscheidung. All das, was ich jetzt aufgezählt habe, spricht für das Entstehen der Europaregionen. Alle diese Vorteile lassen das Entstehen des Europa der Regionen wünschenswert erscheinen. Was sind nun aber die Voraussetzungen für das Entstehen dieser Europaregionen? Sie entstehen aus vielen Gründen und ein Hauptgrund ist sicherlich der, weil es Menschen gibt, die sich entweder aufgrund von kulturellen, historischen, sprachlichen und auch ökonomischen Gründen zusammengehörig fühlen, weil sie einen starken Wunsch verspüren, zusammenzuarbeiten. Das ist sicherlich die wichtigste Voraussetzung und nun schauen wir uns hier die realen Gegebenheiten dazu an. Wie äußert und konkretisiert sich bei uns bei der Europaregion, die bei jetzt zur Diskussion steht, dieser Wunsch nach Zusammenarbeit und ich glaube, da liegt der erste Haken für diese Europaregion. Alle wissen es, auf Beschluß des gemeinsamen Landtages von Südtirol und Nordtirol ist ein runder Tisch eingerichtet worden. Ein runder Tisch, der wie bereits öfters schon kritisch vermerkt, einen entscheidenden Teil der zukünftigen Regionsbewohner, nämlich der Trentiner einfach von der Mitarbeit ausschließt und den anderen Teil, nämlich Südtirol und Nordtirol nicht korrekt, nicht demokratisch repräsentiert. Ein solcher runder Tisch ist eine Fehlgeburt, ein solcher Tisch kann nicht das Herz einer echten Europaregion sein, die transparent und demokratisch ist und die dem Wunsch der Bevölkerung nach Zusammenarbeit respektiert. Europaregionen können auch entstehen, weil spezifische, geographische, ökologische Gegebenheiten einen engen Zusammenschluß und eine enge Zusammenarbeit der Bevölkerung einfach notwendig machen und wünschenswert erscheinen lassen. Auch da hätten wir in unserem Gebiet ein solches System. Auch da wäre es wünschenswert, daß wir zum Schutz des sensiblen Ökosystems der Alpen eine

Zusammenarbeit der Bevölkerung der Alpen suchen würden. Diese Europaregion würde uns ganz aus dem Herzen sprechen. Nur, die Alpen gehen nicht von Borghetto nach Kufstein, sondern wenn wir eine Alpenregion meinen, dann muß die Zusammenarbeit einfach viel größer konzipiert sein. Häufig wird als Begründung für das Entstehen einer Europaregion Tirol eben ökologische Bedürfnisse angebracht. würde man tatsächlich diese Prioritäten verfolgt, dann frage ich mich, warum man diesbezüglich nicht schon lange Zusammenarbeit mit den Nachbarprovinzen und Regionen gesucht hat. Ich könnte mir vorstellen, es gäbe Dutzende von Beispielen, wo eine fruchtbare Zusammenarbeit im Sinne der Ökologie bereits möglich, ja notwendig geworden wäre. Ich denke z.B. an die Zusammenarbeit mit Nordtirol in den Fragen des Transit. Hier habe ich von Südtiroler Seite eigentlich nichts gehört, daß man diese positive Entwicklung in Nordtirol unterstützt bzw. ihrem Beispiel folgt. Es drängt sich fast auf, wenn ich daran denke, daß im letzten Monat, am 20. Februar, die Schweizer wirklich eine zukunftsweisende Entscheidung bezüglich ihres Warentransits getroffen haben. Eine Nachahmung dieses Beispiels drängt sich auf und würde eigentlich logisch sein, wenn man tatsächlich ökologische Bedürfnisse als Priorität betrachten würde. Da das alles nicht passiert ist, nehme ich an, daß man es mit der Ökologie nicht so ernst nimmt. Ich habe zugehört was da an Kriterien gesagt worden ist, als Beweggründe für diese Europaregion Tirol. Ich habe vom Herrn Frasnelli gehört, Geld gäbe es vom europäischen Fonds. Das alleine, es tut mir leid, aber das genügt mir nicht. Ich habe vom Kollegen Viola gehört l'importante e il movimento. Er hat hier ein Zitat von Bernstein gemacht. Also auch das genügt mir nicht. Es gibt sehr viel movimento, das ich nicht unterstützen möchte.

Abschließend möchte ich hier noch unsere Stellungnahme zu dieser Europaregion noch einmal klar formulieren: wir hören uns gerne hier all die schönen Worte der eifrigen Befürworter dieser Region Tirol an, aber man möge uns auch gestatten, daß wir parallel dazu zumindest gleich fleißig die tatsächlichen Schritte beobachten, die gemacht werden. Und diese Schritte - wie bereits aufgezählt - scheinen unserer Meinung nach nicht in die richtige Richtung zu gehen. . . Das Handeln steht uns leider nicht zu. Daß man hier, wenn wir einerseits die Theorie und dann die Praxis beobachten, daß man uns dann politische Demagogie vorwirft, das möchte ich aufs Schärfste zurückweisen. Denn ich glaube, wenn hier von politischer Demagogie gesprochen werden kann, dann wohl eher von jenem Teil, der so tut, als ob diese Europaregion Tirol als greifbare Möglichkeit der Realisation in nächster Zukunft vorhanden wäre. Das stimmt einfach nicht. Der Ehrlichkeit halber - und es ist hier bereits oft zitiert worden - muß man sagen, daß gegenwertig die Möglichkeiten auf europäischer Ebene kaum gegeben sind. Wir alle wissen, daß Europa, wie es heute organisiert ist, eine eindeutige Schlagseite zugunsten der Nationalstaaten hat und daß eine echte Möglichkeit der Mitbestimmung der Regionen nicht vorgesehen ist. Man sollte hier also nicht so tun, als ob das möglich wäre. Das nenne ich Demagogie.

Abschließend möchte ich feststellen: Die Schaffung der Europaregionen im Allgemeinen und auch unserer Europaregion, wie sie hier auf die Welt kommen soll, könnte eine Chance und eine Herausforderung sein, dem Ungetüm Europa, wie es sich

heute präsentiert, eine friedlichere, eine demokratischere, eine sozial- und umweltverträglichere Prägung aufzudrücken. Diese Chance allerdings besteht nur dann - und das scheint mir sehr wichtig -, wenn unter allen Sprach- und Volksgruppen, die an diesem Prozeß beteiligt sind, Konsens darüber herrscht, ob diese Region eingerichtet werden soll. Wenn auch nur ein kleiner Teil der Betroffenen bei der Entstehung das Gefühl hat, hier majorisiert ZU werden, wird die volks- und sprachgruppenübergreifende Absicht der Europaregion genau in ihr Gegenteil verkehrt und anstelle von Volksverbindung und Volksversöhnung werden ethnische Konflikte treten. Ich denke, daß man diese Gefahr hier bei unseren Diskussionen sehr ernst nehmen muß.

(La ringrazio signor Presidente! Illustre signor Presidente, onorevoli colleghe e colleghi! Nel corso della precedente seduta la collega Zendron aveva espresso ampiamente la sua posizione in merito al programma di coalizione. Cercherò quindi di essere molto breve e di soffermarmi innanzi tutto sull'aspetto che ieri ha riscaldato gli animi di alcuni consiglieri, in particolar modo quella del cons. Frasnelli. Il collega Frasnelli ha rilevato nel suo intervento che qui si continua a lacerare il concetto di Regione europea del Tirolo. Ha inoltre rilevato che sia nelle dichiarazioni programmatiche del Presidente designato che nella presa di posizione del capogruppo della Südtiroler Volkspartei, e del cons. Pahl si definisce chiaramente l'aspetto di questa Regione europea del Tirolo. E su questo non posso certo trovarmi d'accordo. Per un giorno e mezzo ho seguito attentamente gli interventi, ma sono riuscita a capire soltanto un aspetto relativo a questa Regione europea del Tirolo, ovvero come questa non dovrà essere fatta. I sostenitori di questo progetto non hanno avuto difficoltà a fornire delucidazioni in merito. Il collega Viola ha rilevato che non si deve procedere alla realizzazione di un nuovo staterello. E' inoltre stato ribadito che la costituenda Regione europea non deve essere espressione dell'Ilegoismo regionale. Questa Regione europea del Tirolo non deve guardare indietro ecc. Purtroppo non ho però potuto trovare delle formulazioni positive in tutti questi interventi. Ritengo che anche i sostenitori di questo progetto abbiano qualche difficoltà ad intravedere questi aspetti positivi e questo è proprio l'handicap maggiore. Questa mancanza di chiarezza in questo consesso, anche dopo un giorno e mezzo di dibattito, conferma nuovamente quanto affermato dalla collega Zendron nel corso della seduta di ieri. La collega Zendron non si è espressa con pessimismo come le viene rimproverato, o con sfiducia e non ha fatto demagogia politica. Chi ha ascoltato attentamente il suo intervento, ha avuto modo di constatare che la collega ha dato una valutazione oltremodo raffinata del progetto e ritengo che il collega Frasnelli non abbia colto o perso metà dell'intervento. La collega ha esposto chiaramente lo spirito di queste future regioni europee. Esiste da un lato una Regione che nasce su sollecitazione di forze etniche nazionaliste e noi certamente ci esprimiamo contrari ad una tale Regione. Dal nostro punto di vista è possibile formare delle nuove entità che permettano una vera e democratica collaborazione transfrontaliera. Bisogna però sin dall'inizio mettere le carte in tavola e dichiarare apertamente quali sono gli obiettivi da perseguire e su

questo noi non possiamo che essere d'accordo. Ritengo che il gruppo verde si sia sempre espresso a favore di un decentramento del potere a favore dei cittadini. Noi abbiamo sempre sostenuto che maggiore è il decentramento, meglio è. Ed anche in questo contesto noi ci esprimiamo a favore di una delega delle competenze dallo Stato ai cittadini. Se però considero come l'anno scorso questo consesso ha affrontato la questione della legge nazionale n. 142 concernente l'ordinamento dei comuni non posso che constatare che i partiti di maggioranza non prendono tanto sul serio la delega delle competenze ai singoli cittadini così come invece dicono quanto fa loro comodo. Non sono quindi riuscita a farmi una idea chiara sull'aspetto che questa futura Regione europea del Tirolo dovrà avere. mi sia consentito di spiegare brevemente ciò che, a mio avviso, giustifica la creazione di un Europa delle regioni. Desidero sin d'ora esprimermi chiaramente a favore della creazione di una Europa delle regioni e contestualmente spiegare le ragioni che mi vedono tentennante e scettica di fronte alla nascita di questa Regione europea del Tirolo.

Innanzitutto si tratta di chiarire quali aspetti parlano a favore della costruzione di regioni europee. Purtroppo non dispongo di relazioni elaborate da terzi e tutto ciò che dirò è frutto di mie considerazioni personali; questo forse può sembrare semplicistico, ma almeno è onesto. Mi pare che l'Europa e l'intero mondo si caratterizzi per due esigenze presenti una accanto all'altra che in parte convergono ed in parte sono contrastanti tra di loro. Da un lato c'è la necessità di associazioni internazionali rese necessarie per affrontare le grandi sfide dei nostri giorni. Alludo per esempio ai problemi ecologici, dell'emigrazione nonché alle tensioni sociali ed economiche. Certo non sarà possibile risolvere questi problemi all'interno di ambiti ristretti. Questa esigenza è sentita in tutta l'Europa e lo sta a dimostrare proprio l'adesione dell'Austria all'Unione europea. Contestualmente però bisogna constatare che mai come oggi è anche presente l'esigenza di indipendenza. A questa seconda esigenza si risponde ora con la formula magica dell'Europa delle regioni e si potrebbero qui elencare tutta una serie di motivi culturali, politici, ecologici, economici e sociali che rendono auspicabile il processo di una regionalizzazione forte. E qui emerge soprattutto l'esigenza del radicamento, l'esigenza di una patria, di sicurezza e di identità per dirla in breve. Quanto maggiore è la globalizzazione dall'alto, tanto minore sembra trovarsi a suo agio un numero crescente di persone. E così troviamo numerosi movimenti che si prefiggono di risolvere questa crisi d'identità dal basso e che si battono per la lingua, la tradizione nonché per le peculiarità etniche, e questo sia nell'Europa dell'est che nelle popolazioni autoctone rispettivamente nelle zone meridionali e periferiche del mondo. Il desiderio di veder riconosciuta e rispettata l'identità e la cultura locale sta certamente al centro di questi nuovi movimenti; ne deriva la chiara aspirazione di una riorganizzazione della vita organizzata dai cittadini e dalle popolazioni. Ma la regionalizzazione non si giustifica unicamente per motivi culturali e storici. Essa si rende necessaria anche dal punto di vista ecologico, ovvero per la necessità di chiudere i cicli naturali ai livelli più bassi possibili.

Tutti siamo consci del fatto a quali catastrofi andiamo incontro se questi cicli diventando incontrollabili vengono spezzati. Ritengo che i problemi

ambientali non possono essere rinviati a tempo indeterminato e risolti in luoghi lontani. Ritengo sia più facile salvare e proteggere la natura nell'ambito regionale, ristrutturando l'ambiente inquinato, utilizzando coscientemente le risorse e preservando i sistemi ecologici che si trovano in pericolo. E' certamente meno difficile risolvere tutte queste questioni all'interno di uno spazio ristretto. E così contestualmente si fa strada la convinzione che i problemi ecologici, anche se attribuibili a processi globali, possono trovare una soluzione soddisfacente a livello regionale. Sono proprio gli effetti sociali di un crescente mercato senza barriere a rendere realistica la richiesta di molti mercati interni. Una riregionalizzazione di certi settori dell'economia potrebbe inoltre, a breve termine, essere considerata una richiesta ragionevole. Questo soprattutto se consideriamo l'eccessivo traffico dovuto al trasporto delle merci da un lato e la totale dipendenza dei mercati con il conseguente svuotamento delle economie locali.

Il decentramento e la regionalizzazione comportano dei vantaggi anche dal punto di vista democratico. Spazi ristretti e ben controllabili facilitano la partecipazione e la decisione attiva dei cittadini. Tutto quanto ho ora cercato di elencare parla quindi a favore della nascita di un'Europa delle Regioni. Tutti questi vantaggi rendono auspicabile la costituzione di un'Europa delle Regioni.

Quali sono però i requisiti necessari per la nascita di queste Regioni europee? Ci sono vari motivi, uno dei principali di questi è sicuramente il fatto che i popoli si sentono uniti per motivi culturali, storici, linguistici o economici ed auspicano quindi una collaborazione. Ciò rappresenta, a mio avviso, il requisito più importante ed ora invito i presenti ad analizzare la nostra situazione locale. Come si concretizza da noi questo desiderio di collaborazione nel quadro di una Regione europea ora al centro del dibattito? E ritengo che proprio questo sia il primo problema. E' noto che conformemente ad una delibera adottata dall'Assemblea legislativa congiunta dell'Alto Adige e del Tirolo del Nord è stato dato avvio ad una Tavola rotonda. Una Tavola rotonda, che, come è più volte stato detto, esclude la partecipazione di una parte decisiva dei futuri abitanti della Regione, ovvero i trentini, e non rappresenta in modo democratico l'altra parte, ovvero l'Alto Adige ed il Tirolo del Nord. Una tale Tavola rotonda non è che un aborto e non potrà certo essere il cuore di una vera Regione europea trasparente e democratica, che rispetti il desiderio di collaborazione della popolazione. Le Regioni europee possono nascere inoltre per il fatto che fattori particolari, geografici ed ecologici rendono necessaria ed auspicabile un'associazione ed una più stretta collaborazione tra la popolazione.

Anche nell'ambito del nostro territorio esiste un tale sito e sarebbe auspicabile che per la salvaguardia di un sistema ecologico molto sensibile, quale quello delle Alpi, si cerchi una maggiore collaborazione tra le popolazioni delle Alpi. Una tale Regione europea corrisponderebbe appieno alle nostre aspettative. Ma purtroppo le Alpi non si estendono da Borghetto a Kufstein. Ma se parliamo di una Regione alpina dobbiamo prefiggerci una più ampia collaborazione. spesso per la nascita della Regione europea del Tirolo si citano le esigenze ecologiche. Se veramente si intende dare priorità a questo aspetto, bisogna chiedersi perché finora non si è cercato di trovare una collaborazione con le Province e Regioni attigue. Ritengo che in

numerosi ambiti sarebbe stato possibile ed inoltre necessario promuovere una collaborazione fruttuosa proprio partendo dagli aspetti ecologici. Alludo ad esempio alla collaborazione con il Tirolo del Nord in materia di traffico di transito. Debbo dire che non mi pare che l'Alto Adige sostenga i progetti del Tirolo del Nord o li imiti. Ritengo che una tale decisione sarebbe invece indispensabile, considerando anche che il popolo evitico, in occasione del referendum svoltosi il 20 febbraio scorso ha preso una decisione importante in ordine al traffico commerciale di transito. Se le esigenze ecologiche venissero realmente considerate con priorità, dovremmo dunque imitare un tale esempio. Dato che ciò non avviene, desumo che il problema dell'ecologia non venga preso sul serio. Ho seguito gli interventi ed ho sentito i vari progetti che dovrebbero stare alla base di questa Regione europea del Tirolo. Il collega Frasnelli ha detto che vi saranno i mezzi finanziari dal Fondo europeo. Ma purtroppo debbo dire che ciò non è sufficiente. Il collega Viola ha sostenuto che la cosa importante è il movimento. Egli ha citato Bernstein, ma debbo dire che anche con questo non mi posso trovare d'accordo. Debbo dire che c'è anche tanto movimento che io non intendo appoggiare.

Concludendo il mio intervento vorrei nuovamente esprimere chiaramente la nostra posizione in merito a questa Regione europea del Tirolo: noi ascoltiamo con favore tutte le belle parole dei sostenitori di questa Regione del Tirolo, ma contestualmente ci sia concesso di verificare i passi concreti che vengono fatti. E debbo dire che questi passi non sembrano, a nostro avviso, andare nella direzione giusta. -Purtroppo non siamo chiamati ad agire. vorrei decisamente respingere l'accusa di fare della demagogia politica quando cerchiamo semplicemente di confrontare la teoria con la realtà. Se si può parlare di demagogia politica allora questo vale solo per coloro che cercano di far credere che si possa realizzare questa Regione europea del Tirolo in un prossimo futuro. Debbo dire che questo è uno scenario molto improbabile. Per motivi di onestà, come è spesso stato rilevato, bisogna dire chiaramente che alla stato attuale non esistono, a livello europeo, le possibilità per costituire questa Regione europea. E' noto, che l'Europa, così com'è attualmente organizzata, è decisamente orientata a favore degli Stati nazionali, mentre non è prevista una vera possibilità di compartecipazione delle Regioni. Non si può quindi fingere l'impossibile. Questa semmai è demagogia.

In conclusione desidero constatare che la costituzione delle Regioni europee in generale e della nostra Regione europea così come è prevista, potrebbe rappresentare una possibilità nonché una sfida per dare a questo colosso europeo un'impronta sociale ed ecologica. Ritengo però che questa possibilità ci è data unicamente se, e mi preme sottolinearlo, tutti i gruppi linguistici ed etnici parteciperanno a tale processo ed acconsentiranno alla costituzione di tale Regione. Se anche solo una parte dovesse avere l'impressione di essere messa in minoranza, ciò avrà come conseguenza che gli obiettivi transetnici e linguistici della Regione europea non verranno raggiunti e si svilupperanno conflitti etnici al posto dell'unione e della conciliazione tra le popolazioni. Sono dell'avviso che questo pericolo debba essere considerato seriamente in questo nostro dibattito.)

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Bondi. Ne ha facoltà.

BONDI: Grazie, signor Presidente. Egregi colleghi, prima di esprimere alcune considerazioni in merito ai due temi che sono stati discussi in questi giorni, cioè l'Euregio e la riforma elettorale, mi preme intervenire su un aspetto, che forse può sembrare marginale, ma mi pare, sia per i contenuti che per il rischio che l'autonomia corre in questo senso, sia obbligatorio affrontare in maniera un po' approfondita.

Mi riferisco in linea generale a quella parte del nostro statuto che si occupa degli organi giurisdizionali in regione, cioè gli articoli che vanno dal 90 al 96, in relazione a tre aspetti specifici che riguardano il nostro tempo e cioè il Giudice di pace, il libro fondiario e la soppressione di alcuni uffici giudiziari che hanno visto nella nostra regione la soppressione già di 8 preture ed il rischio per un tribunale, quello della città di Rovereto, di seguire la stessa sorte. Credo sia importante non sottovalutare questo aspetto.

A questo proposito, per quanto riguarda il Giudice di pace, alcune considerazioni in ordine a quanto fino ad oggi è accaduto, credo vadano portate all'attenzione dell'aula e del Presidente designato cons. Grandi.

Sappiamo che per quanto riguarda il nostro statuto l'art. 94 prevedeva, con riferimento al giudice conciliatore, che alla nomina dello stesso provvedesse il Presidente della Giunta regionale, in virtù di una delega del Presidente della Repubblica. A questo è seguita la legge 21.11.1991, che ha istituito il Giudice di pace, il quale prevede all'art. 4, per quanto riguarda la nomina di questo magistrato onorario, che venga effettuata con decreto del Presidente della Repubblica, previa deliberazione del consiglio superiore della Magistratura, su proposta formulata dal consiglio giudiziario.

Per quanto riguarda la nostra regione e la Valle d'Aosta è stato previsto nelle norme di coordinamento transitorie l'art. 40, secondo il quale è ben vero che non si applica l'art. 4, ma in ogni caso anche per questo articolo che ci riguarda direttamente alla nomina, alla decadenza e alla dispensa dell'ufficio del magistrato onorario, provvede con decreto del Presidente della Repubblica, previa deliberazione del consiglio superiore della magistratura, su proposta dei presidenti delle rispettive Giunte regionali ecc.

Allora sulla base di questo evidentemente la regione è stata espropriata di un preciso diritto e questo è particolarmente grave. E 1 stata inserita allora in un decreto legge una norma di attuazione che si occupava di questo problema. L'art. 6 di questa norma di attuazione nei due commi, il primo e il sesto, si occupa in modo preciso di questo aspetto e dice: "Nella regione Trentino-Alto Adige si procede alla nomina con decreto del Presidente della Repubblica su proposta del Presidente della Giunta regionale." Al comma sesto si dice che l'art. 40 della legge 21 novembre istitutiva del Giudice di pace non si applica nella regione Trentino Alto Adige. In pratica con questa norma di attuazione si è cercato di riportare a casa quello che era stato tolto e cioè la possibilità per la nostra regione di nominare i giudici di pace.

Successivamente a questa norma di attuazione il consiglio giudiziario del distretto della Corte di Appello di Trento il 15.10.1993 si è riunita per esprimere il

parere favorevole o contrario sulle proposte da effettuare per la nomina dei Giudici di pace. A maggioranza la Corte di Appello di Trento si è dichiarata non legittimata a dare il proprio parere, in quanto è ritenuto valido quanto è riportato nel decreto-legge che prevedeva le norme di attuazione, per cui non era necessario per la nomina dei Giudici di pace il parere del consiglio giudiziario, da trasmettere poi al consiglio superiore della magistratura, che avrebbe provveduto ad approvare le nomine dei nuovi giudici onorari.

Quindi sembrava rientrato il problema, vi è però un parere del consiglio di Stato del 30.11.1993, quindi sono cose abbastanza recenti, ma particolarmente gravi, vi è un parere della terza sezione del consiglio di Stato in merito all'interpretazione di questo art. 6 del decreto legge che prevedeva la norma di attuazione.

Credo che il Presidente designato questo parere del consiglio di Stato lo debba valutare con estrema attenzione. In sostanza questo parere del consiglio di Stato nega alla regione la possibilità di provvedere alla nomina dei propri magistrati onorari, nel senso che, come ritroviamo nella motivazione, ritiene che questo nuovo magistrato onorario nulla abbia a che vedere con il vecchio giudice conciliatore e quindi *non vi è* per la regione la possibilità di provvedere alla propria nomina. Fa discendere da questa argomentazione alcuni corollari, di cui uno forse vale la pena dare lettura, si dice: l'in primo luogo nella specifica materia *non* sussistono competenze proprie delle regioni a statuto ordinario o speciale, l'organizzazione giudiziaria è competenza esclusiva dello Stato. Pertanto non può neppure ipotizzarsi l'esistenza di un magistrato appartenente all'ordinamento giudiziario, la cui nomina, dispensa o decadenza non siano state oggetto dell'esercizio del potere di autonomia, assicurato dalla stessa Costituzione al consiglio superiore della Magistratura".

Conclude questo parere dicendo che come nel resto d'Italia anche nella regione Trentino-Alto Adige il giudice di pace deve essere nominato, previo parere favorevole del consiglio giudiziario, con parere altrettanto conforme del consiglio superiore della Magistratura, dal Presidente della Repubblica. La Valle d'Aosta che unitamente alla regione Trentino-Alto Adige si è vista espropriata della nomina all'interno della propria autonomia ha già promosso un ricorso, che è stato esaminato dalla Corte costituzionale, che ha emesso una sentenza in data 8 aprile 1993, la n. 150. Questa sentenza della Corte costituzionale traccia rispetto a questo problema la linea di demarcazione rispetto al fatto che il giudice di pace è un nuovo magistrato onorario, per cui assolutamente non può essere equiparato alla funzione e alla qualità del giudice conciliatore. Questo per tracciare un po' il problema.

Cosa chiedo al Presidente designato e all'attenzione dell'aula? Di valutare quale è il risultato finale di questo problema. I casi sono due, se il giudice di pace è il giudice che sostituisce il giudice conciliatore, così come è previsto e voluto nell'art. 94 del nostro statuto, è evidente che deve essere nominato in base ai poteri del Presidente della Giunta regionale e quindi vi è una violazione qualora ciò non sia possibile. Se invece il giudice di pace non è, come sembra farci capire la corte costituzionale, il giudice che sostituisce il giudice conciliatore, di fatto si è abrogata una figura che anche questa è prevista dall'art. 94 dello statuto. Chiedo quindi al Presidente designato due impegni, anzitutto si preoccupi di mantenere, per quanto riguarda la nomina del giudice

di pace, la competenza alla nostra autonomia e comunque valuti attentamente, se vi siano violazioni dello statuto anche in ordine alla soppressione del giudice conciliatore.

Dico questo indipendentemente dalla valenza della figura del giudice di pace, quindi senza preoccuparmi dei problemi che questo nuovo giudice ha di fronte agli operatori, me ne occupo solamente dal punto di vista del mio nuovo incarico di consigliere regionale, in ordine quindi ad un esproprio di una competenza primaria, che spetta sicuramente alla nostra autonomia.

In questo senso, traccio l'altro punto che mi sta a cuore nell'ambito di questo ragionamento sul programma, ha destato una certa preoccupazione anche il passaggio sul libro fondiario e la possibilità di delegare alle duegovernance la funzione e l'ordinazione di W esto istituto.

Sappiamo che lo statuto attribuisce alla regione sia l'organizzazione e quindi l'approntamento delle strutture amministrative necessarie per l'acquisizione e conservazione delle relative scritture, sia il complesso procedimento inerente a tale forma particolare di pubblicità, qual è appunto il nostro sistema. Quello che chiedo anche in questo caso al Presidente designato e mi auguro che sia previsto negli accordi programmatici, non si snaturi per alcuna ragione tale funzione, che vadano comunque mantenuti ordinamenti uniformi e organici, regole precise e dirigenza unica, perché non dobbiamo dimenticarci di quale è l'altro problema legato al libro fondiario, rispetto al fatto che sotto il profilo organizzativo è una competenza della regione ed è uno dei principi che sta alla base del sistema nostro, che si differenzia dal sistema latino-italiano ed è il principio della legalità.

Credo sia di conoscenza generale che nessuna iscrizione può avvenire, se non è ordinata con decreto dal giudice tavolo, il giudice tavolo è il pretore del mandamento e qui mi ricollego al problema sollevato all'inizio circa il fatto che già abbiamo assistito in provincia di Trento, ma anche in provincia di Bolzano, alla soppressione di otto preture ed a rischio è anche il tribunale di Rovereto. Vi è una tendenza all'interno dell'organizzazione del ministero di grazia e giustizia che è quella di portare a tre le preture in regione, Rovereto, Trento e Bolzano e quindi a sopprimere tutte le altre. Vorrei che non si dimenticasse che in questo momento vi è la possibilità e il rischio che si arrivi a ridisegnare tutto l'assetto organizzativo della giustizia in Trentino-Alto Adige, senza che vi sia un preventivo accordo con l'autonomia che rappresentiamo.

In questo senso mi permetto di far presente al Presidente designato la mozione n. 4, sottoscritta da parecchi consiglieri, tra cui il sottoscritto, che forse è passata inosservata, ma che ha la funzione e l'obiettivo di evitare che si possa assistere ad un continuo esproprio di funzioni, rispetto all'amministrazione della giustizia. Con questa mozione si chiedeva che il governo, ai sensi dell'art. 107 dello statuto speciale di autonomia emani in materia una norma di attuazione, in ordine alla soppressione, alla trasformazione e all'istituzione di nuovi uffici e stabilimenti dipendenti dal ministero di grazia e giustizia.

Credo che questi tre punti, che ho cercato brevemente di tracciare, abbiano un'importanza reale non solo sotto il profilo degli specifici contenuti, ma anche proprio di quella che è una nostra specifica autonomia per quanto riguarda

l'organizzazione della giustizia, fermo restando che le competenze sono di natura nazionale, ma che per quanto riguarda certi aspetti di queste organizzazioni non ci sia la tentazione, attraverso strade tortuose che forse non a tutti sono note e leggibili, ad un esproprio che non possiamo assolutamente consentire.

Detto questo, vorrei fare alcune considerazioni brevissime in ordine ad alcuni punti del programma.

Per quanto riguarda l'Euregio interverrà poi il mio collega di gruppo, cons. Benedetti, per quanto mi riguarda posso solo richiamare alcuni punti, che sono quelli di evitare una semplice riedizione del Tirolo storico, tenendo presente che, se si vuole arrivare ad un Euregio di natura diversa è importante tener presente quella che è la configurazione alpina in cui la nostra regione si inserisce. Credo poi sia importante e fondamentale il rispetto di tutte le minoranze, quelle che verranno a crearsi, per esempio quella italiana all'interno di un'Euregio così considerata e quella ladina, non voglio togliere il lavoro al collega, però si potrebbe fin d'ora cominciare a pensare se veramente si vuole andare verso un'Euregio delle nazioni e non più un'Euregio intesa in altro modo, ad un comitato permanente più volte sostenuto, che possa permettere ai ladini di intervenire dalla Svizzera fino al Friuli su tutte le problematiche che investirebbero questa nuova regione.

Altro punto che vorrei sottolineare è quello di pensare ad un'Euregio, mantenendo importante il ruolo fino a quando non si sfocierà nella nuova configurazione della attuazione regione, evitando quindi di togliere alla stessa competenze, svuotandola così di significato.

Un'ultima attenzione per richiedere sotto questo profilo al Presidente designato, affinché ci sia da parte della regione una maggiore attenzione anche a quello che è il dibattito a livello nazionale sulle riforme istituzionali in Italia, che sembra vadano finalmente verso un'ipotesi federalista del nostro ordinamento statale.

Per quanto riguarda la riforma elettorale che qui poche parole, il sindaco prevede tempi ristrettissimi, o meglio la riforma elettorale per quanto riguarda i comuni richiede tempi stretti, credo che sia bene nella replica anche esplicitamente offrire i tempi entro cui la Giunta prevede di portare a compimento questa riforma. Mi permetto di suggerire il termine massimo del luglio di quest'anno, per poter permettere alle amministrative del 195 di arrivare con una riforma già fatta. Due anni e mezzo può essere il tempo massimo consentito per una riforma elettorale riferita invece all'elezione del Consiglio regionale e rispettivamente dei due Consigli provinciali.

Mi trovo sostanzialmente d'accordo con quanto riportato nella premessa dell'accordo programmatico circa la prospettiva cui dovrebbe muoversi la riforma elettorale, un po' meno per quanto riguarda la proposta concreta, in quanto non riporta più i principi e mi piacerebbe invece che quegli stessi principi fossero riportati. I principi a cui mi rifaccio sono noti, perché ho cercato in campagna elettorale di portare avanti questo obiettivo, che è quello di un maggioritario e per quanto riguarda una riforma, che reputo maggiormente essenziale, rispetto al modo di eleggere il nostro Consiglio regionale, che è una separazione totale tra l'esecutivo ed il legislativo. La possibilità cioè che siano assessori anche non consiglieri, questo non solo perché

all'interno dei due Consigli provinciali notiamo la difficoltà di gestire competenze sempre maggiori e quindi di aumentare o comunque di mantenere un numero di assessorati elevato rispetto al numero di consiglieri che rimane sempre minimo rispetto all'impegno legislativo, ma anche perché una netta separazione tra l'esecutivo e legislativo permetterebbe di ovviare a tutti quei problemi che hanno sempre caratterizzato negli assessori la possibilità di governare in funzione di una prossima ed eventuale rielezione.

Credo che rispetto alle formule che si vorranno introdurre per dare maggiore governabilità, quindi maggioritario al Consiglio regionale, questo aspetto di separare i due poteri credo sia assolutamente fondamentale.

Altro non ho da aggiungere rispetto al programma, con riferimento all'appunto sull'accordino, che dovrebbe essere allargato non soltanto a rapporti di tipo economico, ma anche sociale, culturale ecc. e per quanto riguarda l'appunto sulla materia previdenziale, dove si prevede la possibilità di trasferimento di funzioni oggi esercitate dall'INPS, dall'INAIL e da altri enti previdenziali, muoviamoci con molta attenzione, perché un conto è avere due enti riformati a livello nazionale su cui inserirsi, per poter meglio distribuire le competenze e risorse e raggiungere obiettivi, altra cosa è andare a inserirsi su due enti la cui disorganizzazione è ormai sotto gli occhi di tutti e con il risultato di creare confusione su confusione.

Credo di aver finito, caso mai in sede di dichiarazione di voto si può valutare quelle che potranno essere le considerazioni del Presidente designato. Grazie.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la cons. Chiodi. Ne ha facoltà.

CHIODI: Signor Presidente, colleghe e colleghi, in questi giorni mi sono annotata alcuni passi delle dichiarazioni del Presidente designato Grandi, perché devo dire che probabilmente sono un'inguaribile, nel senso che ho sempre affrontato il discorso delle proposte della formazione della Giunta regionale come un fatto estremamente importante in questo Consiglio. La prima volta che sono stata eletta nel 1988 mi sembrava addirittura di aver capito male come venivano eseguiti i lavori di questa assemblea, adesso voglio ritentare, perché credo che il ruolo della regione sia estremamente importante e credo pertanto che su alcuni temi dobbiamo cercare di approfondire sia le nostre idee che la nostra conoscenza.

In questi due giorni ho un po' modificato il mio pensiero, credo che questa discussione sul programma, che porterà alla nomina di una nuova Giunta, dovrebbe proprio riuscire a dare uno spunto di forte progettualità per quelli che saranno i problemi che dovremo affrontare in questi cinque anni sia per la regione che per le province di Trento e Bolzano.

Sono convinta che si dovrà evitare il semplice diritto di parola e mettere le carte in tavola, non fermarsi solo alle affermazioni su alcuni concetti per poi arrivare alla fine dei cinque anni, senza che la regione abbia fatto un minimo passo in avanti. Allora credo che dobbiamo fare un grande sforzo, perché questa assemblea sia un momento di crescita per tutti, dove il dibattito, la produzione di idee proprio in questa

sede, pur nelle nostre grandi differenze, sia un momento di verifica anche per le nostre due espressioni fondamentalmente diverse, quali sono la provincia di Trento e di Bolzano; deve essere questa assemblea a dover evitare, proprio per l'autonomia, certi discorsi altisonanti e ricercare almeno un minimo di accordo possibile da tradurre in programma. La regione non può continuare ad essere una cosa non ben definita, si deve credere in questa istituzione anche se non è possibile crearle un proprio ruolo dalla sera alla mattina.

Ascoltavo il collega Frasnelli, che di regione e di autonomia ne sa più di me, però l'ho ascoltato con un po' di stupore, perché mi ricordo che quando due anni fa sono andata per ascoltarlo ad un dibattito, la sua posizione verso la regione era totalmente diversa. Devo dire che è meglio se le cose cambiano, forse questo momento ci permetterà di confrontarci veramente, o almeno cercare di parlare la stessa lingua. A differenza del mio collega di partito devo constatare che il programma presentato dal Presidente designato non va molto in questa direzione, ci sono in questo programma molte dichiarazioni che sembrano solenni, è un po' una regola quando si presentano programmi per fare una Giunta, che però guardandole mi sembrano un po, generiche e non credo siano queste le dichiarazioni che i cittadini della nostra regione vogliono sentire, anche perché dobbiamo in tutti i modi rispondere a questi cittadini che ci stanno chiedendo qualcosa.

Ci sono alcuni punti nel programma che ha presentato il cons. Grandi, che mettono in mostra la ristrettezza di vedute della maggioranza che va a formarsi in questa regione, perché non c'è stato un tentativo di apertura diverso? Perché proprio sul discorso autonomista non abbiamo tentato un confronto?

Ho l'impressione che in questo programma le riforme elettorali siano trattate addirittura senza molta convinzione, mentre i nostri ritardi sono visti sia dalla popolazione che ha votato per il referendum e anche dal governo, come sintomo della incapacità delle istituzioni autonomistiche di arrivare ad una conclusione, **ritengo** proprio per le riforme elettorali che questo sia un fatto gravissimo.

Ho notato anche che nel programma non c'è alcun accenno alla soppressione o alla riforma dei comprensori, per i quali la Regione ha da poco acquisito le competenze.

Devo dire che anche sulla visione del processo di integrazione europea, che comincia a Borghetto e finisce a Kufstein, incapace di valorizzare non solo gli ultimi 70 anni di esperienze e di rapporti con altre realtà confinanti simili a noi per cultura, tradizione e sistema economico.

C'è un'altra nota ed è proprio la visione dell'istituto regionale, delle sue competenze e del suo apparato burocratico, incapace di dare una prospettiva di larghe vedute sul piano della convivenza e dell' integrazione tra i gruppi linguistici, appiattita com'è ancora una volta sulla elementare difesa delle identità.

Ho segnato questi che sono solo alcuni dei tanti temi sui quali credo sia giusto, doveroso e necessario, proprio per l'istituzione della regione, che si apra un dibattito in questo momento, ed in questa sede, perché sono convinta che una Giunta

regionale non può formarsi solo perché ha trovato i numeri per fare una maggioranza, credo che una Giunta regionale debba fare molto di più.

Dicevo che sono 5 i punti che ritengo importanti e voglio partire dalle riforme elettorali.

Credo sia un motivo di grossa preoccupazione vedere che la Giunta che sta per nascere, che è l'espressione di un Consiglio, il cui compito primario doveva proprio essere quello di fare le tanto attese riforme elettorali, nel programma non dica pressoché nulla proprio su tale argomento. Lo sanno anche gli altri consiglieri, che erano presenti nella passata legislatura, che molto abbiamo dibattuto sulle riforme elettorali, sia come minoranze che come maggioranze. Credo che in questo programma sia completamente assente una proposta concreta di riforma elettorale, sia per quanto riguarda i comuni, sia per quanto riguarda l'elezione del Consiglio regionale. Credo non sia sufficiente in questo momento annunciare che la Giunta presenterà una propria proposta in merito, poiché è proprio a partire da una proposta di riforma elettorale che una Giunta seria si sarebbe dovuta costituire, con un confronto molto aperto e forte proprio riguardo a questi argomenti.

E' assente una presa di posizione in merito al sistema da adottare per l'elezione dei consigli comunali e regionale, vale a dire se è un sistema maggioritario o una semplice correzione del sistema proporzionale.

Stamattina abbiamo ascoltato il collega Binelli, capogruppo di un partner di Giunta, che ha detto che probabilmente in Trentino non si faranno salti nel buio e si continuerà a votare con il sistema proporzionale con una semplice correzione; non viene nel programma per nulla affrontato il problema dell'esigenza di due sistemi elettorali diversi tra la Provincia di Trento e quella di Bolzano, così come quello dell'eventuale modifica dello statuto di autonomia. Una parte di voi sa benissimo che quando queste cose erano portate nella passata legislatura al tavolo di trattative, dove ci aveva invitato l'allora Presidente Andreoli, uno dei punti su cui ci eravamo fermati a discutere molto e dove tutto si è arenato è stato quello di un'eventuale modifica dello statuto di autonomia.

Sempre nel programma del Presidente non è chiaro, per quanto riguarda i comuni, se vi sia o meno l'intenzione di arrivare all'elezione diretta dei sindaci e, più in generale, se si faranno proprie, almeno per quanto riguarda la provincia di Trento, le regole in vigore nel resto del paese o se si formuleranno specifiche regole locali.

Su questo argomento c'è un ricorso alla Corte costituzionale, mi pare che entro il 25 giugno, diceva il Presidente Peterlini, la Corte dovrebbe fornire una risposta in merito all'elezione diretta dei sindaci. Allora mi sto chiedendo se arriveremo a fare questo tipo di riforma.

Credo sia significativo che ieri l'associazione dei Comuni altoatesini abbia reso noto che la stragrande maggioranza della popolazione sudtirolese è favorevole all'elezione diretta del sindaco, mentre qui non si è sentito un analogo orientamento. Si tenga conto che l'indagine di cui parlavo prima conferma l'esito referendario ed a questo proposito di referendum voglio rilevare come l'assessore in pectore Pahl ieri abbia espresso una posizione antireferendaria sulla preferenza unica.

Anche il discorso sulla ridefinizione delle competenze della Regione, non viene affrontato, come dovrebbe essere, di pari passo col problema della definizione di un nuovo sistema elettorale per l'elezione del Consiglio regionale.

L'unico accenno concreto alle riforme elettorali ' al di là di quanto esposto in quella premessa contenente tutto e il contrario di tutto, è quello della soglia di sbarramento. E' sconcertante, poiché un tale tipo di riforma tradirebbe palesemente proprio le istanze per le quali i cittadini chiedono una riforma elettorale: un sistema che permetta di avere governi stabili e giudicabili dai cittadini, che permetta concretamente l'alternanza dei governi, che dia un taglio allo strapotere dei partiti e delle clientele, che semplifichi il quadro politico. Il palliativo proposto, lo sbarramento, ha invece come unico scopo solo quello di escludere le rappresentanze minori: insomma, è contro una riforma elettorale proprio dove occorre tutelare di più le minoranze.

E su questi punti sarebbe ora che soprattutto la DC, ora PP, ed il PATT comincino a capire che di questo passo si uccidono le istituzioni autonomistiche: solo un'autonomia capace di dare meglio di altri risposte concrete alle istanze della popolazione può avere una legittimazione forte, altrimenti verrà sempre più vista come una gabbia in grado solo di conservare l'esistente.

Noi vogliamo sfidare la nuova Giunta regionale che va costituendosi proprio sul piano delle riforme elettorali, chiedo si costituisca immediatamente, se vi è davvero la volontà di fare le riforme, una commissione paritetica ad hoc, che studi le proposte in campo e che proponga le opportune soluzioni, a cominciare dall'elezione dei consigli comunali, e ciò non appena la Giunta si sarà insediata.

Infine, per quanto riguarda la riforma elettorale, siamo assolutamente contrari a predisporre una riforma del regolamento del Consiglio regionale, sino a quando non si saranno fatte le riforme elettorali per l'elezione del Consiglio regionale stesso: il fatto che non si faccia accenno a questa successione temporale la dice lunga sulla reale volontà della nuova Giunta di fare le riforme!

Aggiungerei una frecciatina sulla promessa legge sul contenimento delle spese elettorali, già affossata dalla maggioranza della scorsa legislatura, cioè dall'allora DC e SVP. Ricordo che abbiamo perso due settimane in Consiglio regionale, perché volevamo discutere sul contenimento delle spese elettorali dei vari consiglieri, abbiamo perso tantissime ore e quando è giunto il momento del voto la proposta del PDS è stata bocciata.

Vorrei dire alcune cose anche sull'Euregio.

Sulla questione del processo regionalistico in atto nel paese ed in Europa, l'analisi del Presidente è scarna e lacunosa, credo vi sia troppa disinvoltura nel fare proprie le istanze regionalistiche sulle quali la DC è sempre stata elemento frenante.

DC, SVP e PATT sino ad oggi, chiusi nella mera difesa della specialità dell'autonomia, paiono scoprire da un giorno all'altro l'importanza del processo di regionalizzazione. Ricordate chi fu a proporre i referendum per l'abrogazione di alcuni Ministeri e il passaggio delle competenze alle Regioni? O quali sono le forze politiche che da decenni si battono per attuare la Costituzione negli articoli riguardanti l'istituzione delle Regioni? La DC, colleghi consiglieri, si è sempre battuta contro queste

istanze! Non dobbiamo far finta di dimenticarlo adesso perché stiamo facendo la nuova Giunta.

Ma passiamo oltre e facciamo finta di credere per un attimo che la DC si sia convertita al regionalismo negli ultimi mesi.

L'Euregio, così come proposta, di fatto rinchiusa nei confini del Tirolo storico, è un ambito interessante, verso il quale vogliamo assicurare che noi non abbiamo riserve, ma è al contempo insufficiente proprio nella prospettiva europea, oltre che non idoneo a sviluppare le esperienze di relazione maturate in 70 anni e più di storia: ad esempio dal Trentino verso il Veneto e la Lombardia, per non parlare di un sentimento di comunanza di interessi con tutto l'ambiente alpino centro-orientale.

Del resto non dice niente la richiesta del Vorarlberg di tenere relazioni verso il Bodensee, oltre che con Innsbruck? Queste sono sensibilità, storie e differenze da coltivare, non da rinchiudere dentro orizzonti troppo stretti!

Oltretutto, dall'impostazione che il Presidente designato deve aver fortemente mutuato dalle richieste della SVP, emerge una non sufficiente tutela della peculiarità della presenza ladina in questa regione, assolutamente non riconducibile o confinabile dentro il Tirolo storico. Inoltre tale impostazione rischia di non fare i conti con gli equilibri tra i Land austriaci.

Per non parlare delle altre minoranze, quella mochena e cimbra, che il Presidente designato con sensibilità che la dice lunga non nomina, salvo riferirsi come a minoranze tedesche.

Per tutte queste ragioni noi pensiamo e consigliamo di avere uno sguardo ad un tempo più aperto e più realistico, idoneo cioè ad inserire questa nostra terra nel processo di costruzione dell'unione europea.

Altro punto che mi sono segnata riguarda le competenze della Regione. Gli accordi internazionali hanno conferito un'importanza rilevante alla regione, proprio per il ruolo che essa ha nel garantire la convivenza dei gruppi linguistici, credo che un deperimento di tale istituzione rappresenterebbe, prima ancora che la violazione di accordi internazionali, un serio pericolo per la pacifica convivenza di questa terra.

Guardando alla sostanza delle dichiarazioni del Presidente designato non possiamo prescindere dallo scenario politico circostante, non possiamo cioè fare a meno di ricordare il dibattito in seno al recente congresso della SVP circa la liquidazione della Regione. La progressiva smobilitazione di competenze della Regione pare insomma inserita in un preciso disegno. Ciò, al di là della contraddizione tra il ragionamento sulle dimensioni socio-economiche delle regioni nell'unione europea per un'esigenza di economia di scala e la proposta di duplicazione di apparati sulle due province con i conseguenti dispendi.

Un altro punto è la burocrazia regionale.

Rileviamo con preoccupazione la proposta di introdurre la proporzionale etnica per il personale della Regione, sia per la dubbia costituzionalità del provvedimento, sia perché ciò potrebbe andare a discapito della qualità del personale, soprattutto dirigenziale. Comprendiamo le ragioni della SVP, ma siamo del parere che

un simile sistema potrebbe essere causa di nuove preoccupanti tensioni tra i gruppi etnici, tensioni che proprio l'istituto regionale ha il compito di contenere.

La nuova frontiera non è infatti la proporzionale etnica, che non è nient'altro che mera chiusura e difesa delle identità, ma il bilinguismo, per il quale mancano in questo programma proposte politiche adeguate.

Perciò, a nostro parere, non va solo potenziata la ricezione di programmi televisivi in lingua inglese, ma vanno promossi scambi di ricezione di trasmissioni televisive e radiofoniche tra i gruppi linguistici che abitano questa terra e le regioni circostanti, in un'ottica di integrazione tra le popolazioni. Ma chiara deve essere la reciprocità: ricezione dunque di trasmissioni in lingua tedesca in Trentino, ma anche ricezione di trasmissioni in lingua italiana a nord. Si deve ragionare, per quanto riguarda quest'ambito, a livello di Euregio, favorendo il reciproco scambio di trasmissioni tra Austria ed Italia.

Sul trasferimento di competenze nulla è detto circa il personale e l'inevitabile ridimensionamento dell'apparato dell'amministrazione regionale. Non è chiaro inoltre il fondamento del promesso riconoscimento giuridico-economico delle funzioni dei tavolaristi che già si annuncia come trattamento che farà da traino a tutto il pubblico impiego.

Sui giudici di pace ha già parlato il mio collega Bondi. Io credo che l'istituzione dei giudici di pace è stata sino ad ora bloccata per una sorta di sabotaggio in campo nazionale. voglio sottolineare che questa è una delle istanze per le quali il gruppo del PDS si è battuto più di ogni altro in passato.

Siamo per una riformulazione della norma di attuazione vigente, che deva la delega del potere di nomina dei giudici di pace in favore del Presidente della Giunta regionale, così come avveniva per i giudici conciliatori, soppressi dalla legge istitutiva dei giudici di pace. S'intende che la norma deve evitare la possibilità di nomina politica.

C'è un altro argomento che mi sento di portare all'attenzione, la previdenza.

Dobbiamo riconoscere ed avere il coraggio di modificare una buona parte del pacchetto famiglia, perché se siamo onesti con noi stessi e con i cittadini dovremmo riconoscere il quasi totale fallimento di quelle leggi, ad esempio quella riguardante la pensione alle casalinghe ha avuto poco successo, c'è stata una richiesta molto ridotta, dei 45 miliardi messi in bilancio mi sembra ne siano avanzati 27 miliardi, ecco, ci sono state 300 domande invece delle 9 mila, grazie cons. Benedikter.

Allora anche su questo benedetto pacchetto famiglia abbiamo il coraggio di lasciare le ideologie fuori dalla porta ed incominciamo ad affrontare il discorso della previdenza come deve essere affrontato. Abbiamo concesso soldi alle donne, che non li volevano, però lo sconto, che è stato più ideologico che politico, ci ha portati ad approvare delle leggi che sono state un fallimento.

Credo che con coraggio dobbiamo fermarci, riprendere in mano queste leggi, perché negli ultimi due anni le esigenze della nostra popolazione sono cambiate fortemente ed avere il coraggio politico, al di là delle promesse elettorali, visto che le

elezioni regionali sono fra cinque anni, avere il coraggio di riprendere in mano queste leggi e dare loro una dritta, perché così come sono state approvate non funzionano, buttiamo via un sacco di miliardi e voglio sapere cosa ne faremo dei 27 miliardi che sono avanzati sull'ultima legge della pensione alle casalinghe.

Il neo Presidente Grandi dovrebbe avere anche il coraggio di dichiararsi su questi argomenti, che nella passata legislatura sono serviti a scopo elettorale un po' da tutte le forze politiche, che non sono state in grado di dare risposte vere, di conseguenza vorrei ci fosse un impegno.

Come capogruppo del Consiglio regionale, se queste sono le posizioni del Presidente Grandi, se non avrò risposte sulle riforme elettorali, sull'apertura di un tavolo di trattative ad hoc per l'elezione diretta dei sindaci ed anche per la regione, sui comprensori e sulla previdenza, questo programma non lo voterò.

(Vizepräsident Peterlini übernimmt den Vorsitz)
(Assume la Presidenza il Vicepresidente Peterlini)

PPASIDENT: Danke, Frau Abg. Chiodi.

Der nächste Redner ist der Abg. Carlo Willeit.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Chiodi.

Il prossimo relatore che ha chiesto la parola è il cons. Willeit. Prego, ne ha facoltà.

WILLEIT: Signor Presidente, signori consiglieri, dopo tanta alta politica di Stato della regione europea Tirolo, ritornerei ai problemi di casa. Ritengo utile ritornare a questi problemi anche perché giudico il programma un po' carente da questo punto di vista.

Mi sento anche obbligato ad intervenire in qualità di rappresentante della minoranza ladina, dopo di che ieri ed oggi sono stato chiamato direttamente o indirettamente in causa, ieri dal compagno di gruppo Fedel, che ha parlato di convivenza rinviata, dalla cons. Zendron ed oggi dalla cons. Chiodi, che hanno parlato di divisione ancora più profonda dei ladini nel caso di una regione transfrontaliera. Altri hanno parlato di giustificazione delle autonomie provinciali e regionali, attraverso la minoranza ladina.

Dico che nel mentre si conferma nel programma di coalizione il ruolo primario della regione di tutelare tutte le minoranze, per perseguire una maggiore legittimazione delle istituzioni, si parla di ridefinizione della istituzione regionale, nel rispetto della omogeneità culturale, ma si ignora semplicemente una delle componenti essenziali che è la minoranza ladina, nonostante la presenza in Consiglio, per la prima volta nella storia, di un rappresentante politico autonomo di quel gruppo.

Evidentemente non si riteneva necessario e opportuno mostrare o discutere il programma assieme a questo rappresentante ed io non posso che giudicare questo comportamento come esempio di non convivenza, di distacco fra politica ed istituzione.

Ho letto e riletto il programma, ma non ho rilevato alcuna parte dedicata appositamente alla minoranza ladina. Forse il problema è superato, forse non ha alcuna rilevanza per la regione, io invece sostengo esattamente il contrario, la comunità c'è ed è addirittura a cavallo delle due province e riguarda eminentemente la regione. I problemi esistono e sono gli stessi che hanno investito nel passato la minoranza di lingua tedesca e sono assai gravi, investono infatti la parità di diritti, la maggiore tutela linguistica culturale, la maggiore partecipazione amministrativa, la coesione e cooperazione sociale del gruppo linguistico stesso.

L'enunciazione di principio che troviamo nel programma di coalizione non mi pare nè sufficiente, nè esatta in ogni sua parte, nè del tutto propria, ne do lettura: "In concreto, ciò significa che la tutela delle minoranze etniche, linguistiche e culturali presenti nel nostro territorio regionale rimane uno dei compiti principali della Regione.

Perciò la Regione si impegna ad assumere ogni iniziativa opportuna nei confronti dello Stato, così come anche a contribuire alla elaborazione di norme, la cui attuazione spetta in base allo Statuto alle due Province, atte a garantire a tutte le minoranze etniche e linguistiche un trattamento che corrisponda pienamente alle aspettative delle popolazioni interessate (ciò in modo particolare per quanto riguarda i ladini del Trentino e la popolazione di lingua tedesca presente in alcuni centri della provincia di Trento).¹¹

Non ritengo sufficienti queste enunciazioni per i motivi che dirò di seguito, ma non le ritengo nemmeno del tutto esatte nella parte in cui si demanda esclusivamente alle Province l'attuazione della tutela delle minoranze. Conoscete meglio di me l'art. 2 dello statuto, che recita: "Nella regione è riconosciuta parità di diritti ai cittadini, qualunque sia il gruppo linguistico al quale appartengono, e sono salvaguardate le rirtive caratteristiche etniche e culturali.vi

Considero non del tutto proprio questo passo del programma, non del tutto adeguato in quanto fa esplicito riferimento, quasi come volesse riferire esclusivamente l'osservazione tenuta in generale alla sola parte dei ladini di Trento.

In realtà questa enunciazione contiene a mio avviso quello che in pratica fino ad oggi è già avvenuto, la tutela dei ladini si attua esclusivamente a livello provinciale ed è per questo che non doveva entrare il concetto unitario della minoranza, mentre il rappresentante autonomo dei ladini non conosce un altro concetto, ha solo quello unitario di tutti i ladini come minoranza.

Non entro nel merito della situazione della minoranza ladina, che avrò modo ed occasioni migliori di oggi per illustrare e vorrei anche risparmiare a qualche collega i cosiddetti 11rigurgiti populisticill, ho sentito questa espressione ieri, in tedesco 11Populistische Ergüsse¹, voglio risparmiarvi questi rigurgiti, di cui ben altri sono tuttora maestri e scolari.

Reputo questo breve comma sulla minoranza ladina del tutto insufficiente, mi aspettavo quanto meno tre direttive della Giunta, un impegno alla revisione dello statuto, che non riguarda soltanto i ladini, ma anche la Euregio; mi aspettavo questo impegno perché necessita indubbiamente procedere alla revisione parziale dello statuto, se si vuole eliminare le discriminazioni fondamentali della

minoranza ladina e stiamo assistendo a queste discriminazioni, in questa seduta, nel mentre si eleggerà il Presidente, il Vicepresidente, la Giunta, laddove la minoranza ladina, come tale, è esclusa.

Mi aspettavo questo impegno soprattutto perché è proprio il Consiglio regionale, in base all'art. 103 dello statuto di autonomia, l'organo competente a promuoverne la revisione.

In secondo luogo mi aspettavo un po' di attenzione verso la minoranza ladina in sede di riforme elettorali, laddove ancora una volta, voglio dirlo già oggi, bisognerà tenere presente l'unitarietà della minoranza.

In terzo luogo mi aspettavo, nella ridefinizione delle regioni, palesata a livello nazionale ed a livello europeo, un riferimento alla possibile unificazione amministrativa dei ladini, dalla quale soltanto dipende l'unificazione sociale, culturale e dunque la vera tutela del gruppo.

Di questi tre punti nulla rinvento nel programma e non voglio addentrarmi oltre nei rapporti e nella situazione dei ladini, avvertendo soltanto che un domani sarà più facile allacciare e sviluppare i rapporti transfrontalieri con le regioni austriache e anche svizzere o slovene, che non fra i ladini delle province contigue.

Non faccio nemmeno riferimento alla proporzionale e al bilinguismo, che si vuole vedere applicati in regione, che ritengo giusti, però attenzione, anche qui è collegato il diritto del terzo gruppo, che viene sistematicamente saltato.

Anche i programmi RAI-TV meriterebbero un'attenzione ben maggiore, il diritto al servizio pubblico della RAI per la lingua ladina non deve dipendere dai collegamenti con lingue straniere, ma stiamo attendendo da anni l'ampliamento, la programmazione autonoma, l'estensione su tutto il territorio del servizio pubblico di informazione e di educazione, che spetta alla popolazione italiana, alla popolazione della provincia di Bolzano anche in base allo statuto.

Ritengo che quanto ho detto finora costituisca senz'altro argomento di discussione e di confronto in futuro anche in questa sede, ma ancor prima questi temi costituiscono la base della pacifica convivenza, la base della società più giusta e libera e la base di accettazione delle trasformazioni regionali da parte della minoranza ladina.

In Europa nessuno ci deve andare nudo, i ladini devono andarci con la casa propria, con i diritti uguali, con l'unità di tutela.

Illustri consiglieri, vi invito, per quanto riguarda la parte sui ladini, a considerare in futuro possibilmente i ladini nella loro unità, interezza e parità.

Circa il resto del programma alcune piccole e brevissime considerazioni.

Condivido pienamente le numerosissime opinioni già espresse sulla regione europea, alquanto indefinita nel programma. Anch'io non sono riuscito, anche in base a quello che ho sentito un quest'aula, a distinguere fra regione nazionale, regione transfrontaliera, fra regione giuridica e regione di fatto, però istituzionalmente, tra regione che politicamente dovrebbe uscirne rafforzata e funzionalmente esaurita.

Ritengo piuttosto e condivido anche qui l'opinione di coloro che dicono che per amministrare questa regione, in qualsiasi modo, occorrono mete ed orizzonti molto più chiari.

Circa le riforme elettorali due pensieri soltanto. Ritengo utile e necessaria l'elezione diretta del sindaco, però non la vedo disgiunta dalla riforma degli enti locali. L'elezione degli organi comunali è strettamente collegata all'esercizio delle funzioni comunali e le funzioni sono strettamente legate alle procedure ed ai mezzi.

in quanto alla riforma della legge elettorale regionale, condivido i criteri di non frammentazione, di governabilità, di scelta diretta dell'esecutivo e ritengo anche che sia obbligatorio procedere su quella strada, però non ritengo sufficienti questi criteri, ritengo che non possano guarire il male più profondo, che sta nella mediazione non giusta dei partiti, nella mediazione interessata, pulita o meno, corrotta o meno, del sistema partitico.

Ritengo che debba essere ridimensionata la funzione dei partiti per addivenire a quello che si definisce un rapporto più diretto fra cittadino ed istituzione. In esso sistema partitico prevale in ogni caso sempre il numero, sempre l'opportunismo soggettivo, sui valori sociali, sui contenuti, sui fabbisogni oggettivi della società.

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Willeit.

Der nächste Redner ist der Abg. Giordani.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Willeit.

Ha chiesto di intervenire il cons. Giordani. Prego, ne ha facoltà.

GIORDANI: Signor Presidente, egregi colleghi, vorrei introdurre queste brevi riflessioni partendo da una considerazione che ci aiuti ad inquadrare in quale momento storico avviene questo dibattito.

Siamo a quasi 50 anni dalla stipulazione dell'accordo Degasperi-Gruber di Parigi del 1946, attraverso il quale si **dava** riconoscimento che la questione dell'Alto Adige meritava anche una particolare tutela e considerazione in sede internazionale.

Siamo nel momento che precede - questo è l'auspicio che ritengo possibile formulare ~ l'ingresso dell'Austria, della Svezia e della Norvegia nella Comunità Economica Europea. Questo è un fatto al quale dobbiamo guardare con interesse e con piena apertura, ma dobbiamo anche essere consapevoli che questo fatto finirà per spostare ulteriormente il peso delle decisioni politiche comunitarie verso le **aree** forti del nord.

Allora su questo punto si pone il problema di vedere se l'indicazione programmatica, fondamentale, che è nella relazione del Presidente, si colleghi anche in qualche misura a questa esigenza di costruire qualcosa che ci aiuti anche in questa prospettiva di difesa della nostra specificità. Lo dico, ad esempio, con riferimento al particolare problema dell'agricoltura dell'arco alpino.

Siamo nel momento storico nel quale la Comunità Economica Europea, attraverso gli accordi di Maastricht, sancisce il criterio della sussidiarietà quale dirimente rispetto alla gerarchia delle funzioni e anche quale indicazione del tragitto, attraverso il quale costruire il processo di unificazione europea.

Siamo infine nel momento nel quale, attraverso i lavori della commissione bicamerale, procede il dibattito politico nel senso della ridefinizione dello stato unitario secondo un progetto di regionalizzazione, quale è considerato nella Carta costituzionale e quale è anche emergente nei programmi del Partito Popolare nel Trentino fin dal 1904, poi nel Manifesto dei Liberi e Forti del 1919 e poi nel Codice di Camaldoli del 1943, voglio ricordare tutto questo, perché mi pare che la cons. Chiodi, quando fa determinate affermazioni, non si premuri di andar a leggere quello che è successo nei lavori della commissione bicamerale.

Questi riferimenti al momento storico mi paiono fondamentali, soprattutto se vogliamo effettivamente giocare anche quella funzione di guardare in avanti, quel tanto di utopia che è stata richiamata in alcuni interventi nel dibattito sia di ieri che di oggi.

L'altro elemento di novità che vorrei mettere in rilievo, riguarda il fatto che questa intesa di Giunta coinvolge - aggiungo finalmente - i partiti che con maggiore determinazione, per quanto è scritto nei loro statuti, per la loro storia, hanno sempre operato in questa direzione dell'autonomia, parlo della SVP, del PATT e del PP. Credo questo sia un fatto di novità che deve essere rimarcato.

La relazione del Presidente. C'è un elemento fondamentale di novità in quello che il Presidente incaricato ha scritto ed è la consapevolezza che si è concluso un tratto significativo della nostra storia. Dicevo prima, con riferimento all'accordo Degasperi-Gruber, sono quasi trascorsi 50 anni, di questo dobbiamo essere consapevoli.

C'è poi nella sua relazione il giudizio che adesso bisogna guardare avanti, perché bisogna ridare prospettiva e voce ad una istituzione che è stata fin qui considerata più ingombro, più accidente della storia, più ostacolo da rimuovere che strumento utile al quale far riferimento per valorizzare l'autonomia.

Siamo infatti giunti ad un punto in cui la nostra questione può semplicemente esaurirsi e scomparire nel nulla, oppure può trovare altre soluzioni originali e continuare ad essere pragmatica, lo dico con riferimento alle vicende della vicina Jugoslavia, per altre situazioni di genere analogo, svolgendo un ruolo di innovazione e di propulsione nel quadro politico anche internazionale.

Faccio riferimento a quanto diceva uno storico in un convegno che è stato ricordato anche questa mattina nell'intervento del cons. Taverna.

Credo che in questa prospettiva nuova, di una regione che è tutta da costruire nel suo ruolo essenziale, molto dipenda da noi.

Il Presidente incaricato ha aperto il suo intervento dicendo che questa legislatura deve caratterizzarsi in qualche modo per uno "l'spirito costituente", io tento di darne una declinazione, per quanto mi è possibile. A me pare che la sua affermazione contenga due indicazioni. Una prima indicazione di metodo, occorre lasciare alle spalle le diffidenze, le incomprensioni, i contrasti che ci sono stati nel passato, - ho sentito dire da qualcuno stamattina che in qualche modo sembrava che la Regione avesse esaurito il suo compito già nel 1972, quando venne promulgato il secondo statuto di autonomia ~ per affrontare finalmente il futuro in termini positivi e propositivi.

Per fare questo credo sia essenziale ricreare un clima utile, per uscire da una posizione prevalentemente difensiva, che consenta finalmente di costruire una linea politica che si muova, per tentare di costruire qualcosa, per dare effettivamente un senso a questa regione, che è stata considerata fin qui come un ingombro da rimuovere, più che una utilità sulla quale poter contare.

C'è un'indicazione anche di sostanza nell'affermazione fatta dal Presidente, cioè la proposta di costruire una regione europea, i cui tempi di realizzazione, i cui ambiti sicuramente sono tutti da individuare e da definire, che veda partecipi e protagoniste le popolazioni, di quelle aree che fondarono a suo tempo il vecchio Tirolo; che in tutto questo ci sia un po' di utopia è evidente, lo dobbiamo riconoscere, però guai se facessimo mancare alla politica questa dimensione essenziale dell'utopia, faremo scendere la politica a questione buona unicamente per risolvere piccoli casi quotidiani.

Credo che entri nella sostanza di questa riflessione che ha fatto il Presidente anche l'indicazione realistica che il percorso da compiere deve muoversi con la gradualità che è consentita dalle situazioni storiche nelle quali stiamo vivendo. C'è la necessità che questo processo avvenga attraverso un costante coinvolgimento delle popolazioni interessate, perché in queste direzioni si può procedere se c'è un consenso che sale dal basso e che deve essere però guidato verso un orizzonte che deve essere, per quanto possibile, nitido nei suoi contorni, nei suoi contenuti fin dalle origini.

C'è la necessità infine, dalle indicazioni date dal Presidente, di partire dai problemi concreti e comuni, ne cito alcuni, ma c'è anche un'elencazione nella relazione che il Presidente ha proposto: la pianificazione del territorio. Sapendo su questo punto che sicuramente abbiamo molti problemi comuni, che ci costringono, ci devono indurre ad un uso particolarmente attento e prudente della risorsa ambientale, che deve servire per noi, per la nostra generazione, ma deve anche servire le generazioni che vengono avanti.

C'è il tema quindi della tutela ambientale, collegato a questa esigenza di una pianificazione molto rigorosa.

C'è il tema della viabilità e dei trasporti, in ordine al quale constatiamo proprio in questi giorni che stanno emergendo posizioni, che se non adeguatamente contrastate attraverso una idonea programmazione, rischiano effettivamente di far ritornare indietro la storia.

C'è il tema delle attività turistiche, il tema dell'università, il tema della ricerca scientifica, il tema della valorizzazione delle potenziali sinergie economiche che possono sussistere fra queste aree dell'Europa.

Credo che bisogna partire da questi problemi, sapendo che è problema comune di queste aree geografiche il fatto che abbiamo dimensioni di soglia che non ci consentono di affrontare autonomamente determinate problematiche.

Quindi partire dalle cose concrete, sapendo che si trova poi il tempo necessario per compiere l'altro passo, quello più difficile, più impegnativo, quello che è bisognevole anche di un ancoraggio di carattere nazionale, perché diversamente non si potrà costruire niente, questo tragitto potrà essere poi anche costruito in termini giuridici

ed istituzionali, però questo è uno viluppo che dobbiamo sicuramente riferire ad un momento successivo.

Credo che questa fase seconda abbia bisogno di essere adeguatamente preparata, perché oggi quello che emerge, sia per il dibattito politico in sede nazionale, ma per quello che sta avvenendo anche in sede comunitaria, quello che sta emergendo è la constatazione che bisogna che questo processo, complessivamente considerato, sia anche accompagnato da una ridefinizione di quello che può essere il ruolo dello Stato nazionale, che ha svolto la sua funzione dalla pace di Vestfalia del 1643 fino ad oggi, in un contesto che era completamente diverso rispetto a quello con il quale oggi dobbiamo confrontarci.

Allora credo che questo tragitto debba essere accompagnato da tutta la prudenza che è necessaria, dobbiamo tenerci lontani dalla volontà di compiere passi che non siano anche rimarcati e correlati su questa esigenza di muoverci assieme ad una ridefinizione dei contenuti dello Stato nazionale.

In questa prospettiva di costruire l'euroregione mi pare ci sia un altro aspetto che deve essere rimarcato, la posizione delle minoranze è stata considerata fin qui una condizione bisognevole di tutela, con questa impostazione, agendo cioè con il consenso costante delle popolazioni per costruire questo tragitto che ci deve portare all'euroregione, mi pare si tenda invece dare alle minoranze una funzione propositiva, una funzione di iniziativa e quindi le minoranze diventano in qualche modo soggetti attivi, protagonisti nella costruzione di una nuova realtà territoriale.

Questo è un elemento di novità che sicuramente deve essere marcato, perché si esce da una impostazione prevalentemente difensiva, di tutela ad una situazione nuova nella quale si restituisce alle minoranze un compito attivo di iniziativa e di proposte.

In questa direzione, pur con tutta l'utopia che può accompagnare questo progetto e pur con le delusioni che lungo la strada inevitabilmente ci saranno, tentiamo di andare avanti con gradualità, partendo dalle questioni concrete e sapendo che gli assetti istituzionali hanno bisogno di essere commisurati su un tragitto più lungo e costruiti anche in una prospettiva che consideri quella che potrà essere l'evoluzione del ruolo di uno Stato moderno.

Venendo nel dettaglio riguardo al programma. Il Presidente ha dato un'indicazione in ordine alla necessità di riformare il regolamento, perché credo che dobbiamo essere consapevoli che ci sono alcune materie, nelle quali la differenziazione delle posizioni politiche richiederà che prima di muoversi si metta mano al regolamento, perché mi pare non possa essere accettata una situazione, rispetto alla quale le minoranze oggi possono disporre di una forza tale da poter interdire di fatto l'iniziativa della maggioranza.

Allora credo che nella modifica del regolamento, complessivamente considerata, si debba agire per una soluzione che migliori la funzionalità dei lavori dell'aula, ma che anche consenta di ottenere l'altro obiettivo essenziale di una distinzione dei ruoli fra maggioranza e minoranza.

Il tema della riforma elettorale.

mi pare sia stato adeguatamente affrontato e sviluppato con riferimento al dibattito che c'è stato fino ad oggi, con riferimento al ritardo che abbiamo accumulato in una materia, nella quale potevamo anche muoverci con maggiore tempestività, date le competenze che avevamo, un riferimento anche all'esigenza di tenere conto che ormai c'è convinzione che quello che si può fare in questa direzione deve prevalentemente orientarsi ad alcuni obiettivi che mi pare siano considerati nella relazione del Presidente, ma rispetto ai quali aggiungo anche qualche considerazione personale: bisogna superare la frammentazione del quadro politico con le modalità sulle quali ci sarà tempo e luogo per discutere, però non possiamo più accettare una condizione nella quale vediamo purtroppo riflessa, in termini troppo marcate nelle aule consiliari la condizione di frammentazione, di divisione che c'è all'interno della società.

Su questo punto, cons. Willeit, non sono d'accordo con la sua affermazione, quando lei dice che bisogna in qualche modo superare quello che è stato il ruolo dei partiti, in questa situazione i partiti mantengono ancora un loro ruolo essenziale, perché guai se il partito non riuscisse a svolgere quella funzione di mediazione, di tramite fra società e istituzioni, che è essenziale se si vuole che poi la politica diventi anche momento di scelta reale, momento di concretezza nelle determinazioni e nelle scelte. Quindi superamento della frammentazione.

La seconda esigenza, per la quale dobbiamo impegnarci, questa riforma elettorale riguarda l'obiettivo di arrivare effettivamente all'alternanza negli schieramenti di governo, quindi dovremo anche tendere ad una soluzione per la quale sia affidato anche all'elettore il compito di dare una indicazione, rispetto alla maggioranza che si vuole costituire.

Per quanto riguarda i comuni c'è nella relazione del Presidente l'indicazione della necessità di pervenire all'elezione diretta dei sindaci e di considerare in questa linea la necessità poi di riservare particolare considerazione alla particolare posizione dell'Alto Adige,

z_ E' stato anche accennato il problema dell'art. 50s119, statuto, in forza del quale la Giunta regionale e quella provinciale devono essere costituite come consiglieri che compongano i due Consigli provinciali e Consiglio regionale. Questo sicuramente è un limite, perché vediamo che ne esce in qualche modo mortificata l'attività legislativa, che è propria del Consiglio, ci accorgiamo che in questa situazione diventa difficile far funzionare in maniera apprezzabile gli organismi collegiali che presiedono all'esercizio della funzione legislativa e di controllo, allora credo che qui ci sia bisogno di un'iniziativa politica, per la quale l'art. 50 sia ridefinito, nel senso di consentire che alla formazione della Giunta si possa pervenire anche con elementi che provengano dall'esterno del Consiglio.

C'è il tema della riforma istituzionale, che nella relazione è stato appena sfiorato, con un'indicazione che mi sento di condividere, nel senso che mi pare di aver capito che la regione si faccia carico di portare in aula una legge-quadro, che contenga le indicazioni sulle quali le due province dovranno poi muoversi per realizzare la riforma stessa.

Mi permetto su questo punto di fornire alcune indicazioni. Occorre che alla Provincia sia data essenzialmente una funzione di governo, una funzione di programmazione, una funzione di controllo, mentre la gestione delle competenze deve essere affidata ai comuni, sapendo peraltro, con riferimento particolarmente alla situazione della provincia di Trento, ma anche con riferimento alla situazione della provincia di Bolzano, che i comuni, se vogliamo conservarli nella piccola dimensione nella quale oggi sono inseriti, hanno bisogno di trovare formule organizzative, che consentano di gestire, su basi di efficienza, i servizi, le funzioni che saranno loro assegnate.

Allora c'è bisogno che questa indicazione della necessità di trovare formule organizzative idonee risulti nelle indicazioni della legge-quadro che è stata preannunciata. Quindi decentramento delle funzioni nei comuni e la necessità che sia sollecitata questa soluzione organizzativa, per la quale i comuni possano in qualche modo superare i limiti che derivano dalla loro ridotta consistenza.

Vorrei fermarmi qui, perché sugli altri aspetti credo che la relazione in qualche modo abbia consapevolezza che c'è il bisogno di dare spazio all'attuazione delle competenze che ci sono, quelle soprattutto dirette alla funzione ordinamentale che è propria della regione, quindi non vorrei svolgere altre considerazioni.

Arrivo quindi alla conclusione. A me pare che la relazione contenga indubbiamente elementi di novità rispetto al passato, nel senso che vi si coglie un'apertura, una volontà di ridefinire in termini utili il ruolo della regione, che nel passato era condizionata anche da situazioni politiche, alle quali mi sono prima riferito, quando dicevo che la regione è stata considerata più ingombro che strumento da utilizzare.

Per questa volontà di ritagliare uno spazio nuovo alla regione, per l'intento che è stato dichiarato di uscire in qualche modo da un atteggiamento contraddittorio e rinunciatario e per affidare alla regione effettivamente un ruolo nuovo di apertura verso l'Europa delle regioni, il Partito Popolare, a nome del quale ho preso la parola in questo dibattito, dichiara il pieno appoggio al tentativo, ardito per certi aspetti, che il Presidente, assieme alla Giunta che sarà eletta, si accinge a compiere.

PRÄSIDENT: Danke! Ja, ich weiß schon, was Sie sagen wollen. Wer dafür ist, daß wir jetzt abschließen, der möge bitte die Hand erheben. Es ist ans Präsidium der Wunsch gerichtet worden, jetzt abzuschließen. 15 Ja-Stimmen. Wer stimmt dagegen? 14.

Die Absicht war ja heute abzuschließen, aber das ist nicht mehr drinnen. Ich verlese die vorgemerkten Redner: Benedetti, Alessandrini, Pinter, Passerini, Arena, Palermo. Wenn es bei dieser Rednerliste bleibt, dann werden wir am frühen Nachmittag, nach der Mittagspause möglicherweise, zur Replik kommen, sodaß morgen am Nachmittag voraussichtlich gewählt wird.

Wir setzen also die Arbeiten morgen um 10.00 Uhr fort und bitte plant ein, daß wir morgen bis zum Ende der Arbeiten, über 17.00 Uhr hinaus, arbeiten werden. Ich glaube, den Beschluß der Fraktionsführer von heute kann man auf morgen übertragen, weil ja für heute geplant war, bis zum Ende zu arbeiten. Nachdem das heute

nicht mehr gelingt, möchten wir das morgen versuchen. Das war der Fraktionssprecherbeschluß, meine Kollegen von der Lega und an den werden wir uns halten. Weitere Sitzungen sind keine mehr geplant, also auch keine Fraktionsführersitzungen mehr, weil die Beschlüsse alle gefaßt sind.

Ich danke Ihnen und wünsche einen schönen Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

PRESIDENTE: Grazie, so già quello che vuole dire. Chi è favorevole alla chiusura dei lavori, alzi la mano. E' stata fatta la proposta di chiudere per oggi i lavori. 15 voti favorevoli. Contrari? 14.

L'intenzione era di ultimare oggi i lavori, ma ciò non è stato possibile. Do ora lettura dei consiglieri ancora iscritti a parlare: Benedetti, Alessandrini, Pinter, Passerini, Arena, Palermo. Se non si aggiungeranno altri nomi alla lista, allora nel primo pomeriggio di domani, dopo la pausa di mezzogiorno, potremmo arrivare alla replica con la relativa votazione del Presidente.

I lavori proseguono pertanto domani alle ore proseguiranno dopo le 17.00 ad oltranza fino ad esaurimento dei lavori. Io credo che la decisione dei e 10.00 e capigruppo di oggi possa valere per domani, in quando si riteneva di poter finire oggi. Poiché oggi non è stato possibile, cercheremo di concludere domani. Questa era del resto la decisione dei capigruppo, colleghi della Lega, ed a tale decisione ci atterremo. Non sono previste del resto altre sedute del Consiglio e nemmeno dei capigruppo, Poiché le decisioni sono già state prese.

Ringrazio i presenti ed auguro un buon proseguimento di serata. La seduta è tolta.

(ore 17.05)